

# ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

## Militarisierung auch ohne Faschismus

Es dauerte nach 1945 zehn Jahre, dann wurde in der BRD nicht nur erneut eine deutsche Armee gegen die Sowjetunion aufgestellt, sondern die Westalliierten gestatteten auch wieder deutschen Waffenexport. Zunächst mehr oder weniger stillschweigend – den Bevölkerungen der Staaten, die im Zweiten Weltkrieg gegen den deutschen Faschismus gekämpft hatten, war die Tatsache noch nicht zumutbar.

Der Anschluß der DDR und der Zerfall der Sowjetunion brachten der Rüstungsindustrie nicht das Ende, sondern einen neuen Anfang. Mit der Expansion der NATO gegen Rußland seit den 90er Jahren und der Aufrüstung insbesondere der Ukraine seit 2014 erlebten die deutschen Waffenschmied einen stetigen Aufschwung. Seit 2004 belegt die Bundesrepublik unter den größten Rüstungsexportstaaten nach den Erkenntnissen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI stets einen der vorderen Plätze. Alle Koalitionsverträge seit 1998 enthielten einen Passus, wonach die staatliche Waffenschieberei reduziert oder – wie zum Beispiel 2018 – für die Staaten, die seit 2015 Krieg im Jemen (nach UN-Schätzungen 233 000 zivile Tote) führten, gestoppt werden sollte. Das Gegenteil war der Fall: Saudi-Arabien wurde von der Merkel-Regierung zwar nicht mehr beliefert, dafür die Verbündeten des Königreichs. Jetzt im Winter 2024 greift eine deutsche Fregatte direkt in Krieg ein.

Was sich an deutscher Aufrüstung seit 2022 abspielt, gab es in der Wirtschaftsgeschichte bisher nur in den 30er Jahren. Vergleiche der Bundesrepublik mit der faschistischen Diktatur gelten zu Recht als falsch, weil sie den Faschismus an der Macht verharmlosen. Dennoch sind statistische Daten interessant: Nach Angaben des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages beliefen sich die Ausgaben des Deutschen Reiches für das Militär ab 1925 jährlich auf jeweils ein Prozent der gesamtwirtschaftlichen Leistung und stiegen erst 1932 auf 1,5 Prozent – wie ungefähr in der BRD vor 2022. Nach der Machtübertragung an den deutschen Faschismus kletterten sie 1933 auf 3,2 Prozent, 1935 auf 5,5, 1936 auf 7,6, 1938 auf 9,6 und 1939 auf 18,1 Prozent. Der Angriff konnte beginnen. Am 14. Februar 2024 verkündete die Bundesregierung stolz, sie werde erstmals seit 1992

2,01 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung ausgeben. Das klingt nach geringer Steigerung, aber: Diese Prozentzahl entspricht mehr als 73 Milliarden US-Dollar, das ist fast



Demonstration in Unterlüß/Niedersachsen 2019

das Doppelte der Militärausgaben von 2015, und es sind 18 Milliarden Dollar mehr als 2022. Zum „Signal“ für eine „Führungsrolle“ (Boris Pistorius) hatte die Bundesregierung die passenden Bilder geliefert. Zwei Tage zuvor ließ sich nämlich Bundeskanzler Olaf Scholz im größten Produktionsstandort des Rüstungskonzerns Rheinmetall in Unterlüß in Niedersachsen (50 Quadratkilometer Fläche seit 1899, heute 2500 Beschäftigte) ablichten, als er symbolisch den ersten Spatenstich für den Bau einer neuen Munitionsfabrik vollzog. Laut einem Internetlexikon wurden im Werk Unterlüß am Ende des Zweiten Weltkrieges etwa 5000 ausländische Zwangsarbeiter sowie Kriegsgefangene von britischen Truppen befreit. Zwischen 1944 und 1945 übernahm Rheinmetall-Borsig die Trägerschaft der dortigen Ausländerkinderpflegestätte, die ein Entbindungsheim für Zwangsarbeiterinnen war und eine Tötungsstätte für deren Kinder. Ab August 1944 waren von Rheinmetall auch ungarische Jüdinnen aus dem Außenlager „Tannenberg“ des Konzentrationslagers Bergen-Belsen eingesetzt.

Das Heute hat mit diesem Gestern nichts zu tun? Scholz und die ihn begleitende dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen, eine sozialdemokratische Rußlandhasserin ersten Grades, verloren kein Wort über die Geschichte des Ortes – schließlich ist der Feind derselbe wie damals. Frederiksen regierte übrigens von 2015 bis 2019 mit der Dänischen Volkspartei, einer Partei, die damals noch weiter rechts war als die AfD – also auch mit Neonazis.

Wie das ins Bild der deutschen Massendemonstrationen gegen rechts und die AfD paßt, ist keine offene Frage: Die deutsche Medienmafia informiert nicht über solche Details.

Unkenntnis schützt allerdings weder juristisch noch historisch vor Schuld. Die vergangenen zwei Jahre haben jedenfalls nach den 50ern erneut gelehrt: Für einen Krieg gegen Rußland bedarf es keines Faschismus an der Macht, um in Deutschland enorme Rüstungssteigerungen und Profite der Kriegsindustrie durchzusetzen. Zusammen mit der IG Metall haben Rüstungskonzerne und das SPD-Wirtschaftsforum allerdings bereits am 9. Februar mitgeteilt, daß das alles zu wenig sei. Die führenden Medien sehen das genauso.

Arnold Schölzel

### Aus dem Inhalt



Verordnete Demokratie?	1
„Demokratie“ versus Rechtsextremismus?	4
Mißbraucher Antifaschismus	5
Bauernproteste und ihre Ursachen	6
Zum BSW-Programm	8
Friedenspartei im „Kosmos“	9
Aufmarschgebiet Deutschland	12
Petition Friedensbündnis Neubrandenburg	14
Ostermarschaufzug Friedenskoordination Berlin	14
Deutscher Expeditionsdrang	15
Neue Strategie der USA nach zwei Jahren	
Ukraine-Konflikt?	16
Deutsche Klimapolitik	19
Waffenstillstand oder Krieg	20
Automatisierung in China	22
Taiwan nach den Wahlen	23
Afghanistan zwei Jahre nach Abzug der NATO	24
Äthiopien: Steiniger Weg aus der Krise	25
Zur Frage der Epoche	26
Ulbricht ante portas?	28
Irrungen und Wirrungen	29
Traditionen im Sozialismus (WWA)	30
Wie ich ein guter Deutscher wurde	32
Denkfabrik aller Lukreze	33
Der Arbeiterschützenbund	34

# Verordnete Demokratie?

Nun denn, dann müssen es eben die jung gebliebenen Klassiker wieder richten: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“ Die Autoren des Kommunistischen Manifests, Karl Marx und Friedrich Engels, benutzten den Plural bewußt, weil sie damit zum Ausdruck bringen wollten, daß sie den Klassenkampf nicht einfach nur als Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, sondern als Bedingung des gesamten historischen und gesellschaftlichen Prozesses verstehen. Eines Prozesses, der im Verlauf der Geschichte die unterschiedlichsten Formen des Kampfes annehmen würde. Eine solche aktuelle Form des Klassenkampfes nahmen die beeindruckend großen Demonstrationen der

Demonstrationen gegen rechts von der Bundesregierung initiiert worden seien. Richtig aber ist, daß sie der „Ampel“ mehr als gelegene kamen.

## Rechts ist nur da, wo die AfD ist?

Dies hat die DKP in ihrer ausgezeichneten Erklärung (siehe „RotFuchs“, Februar 2024, S. 4) auf den Punkt gebracht. Pure Heuchelei sei es, wenn eine Rechtsregierung gegen rechts auf die Straße geht. „Im Schatten der Proteste hat sie den Sparhaushalt auf Kosten der Armen und unter anderem auch der protestierenden Bauern beschlossen. Ebenso die neuerliche Verschärfung des Asylrechts. Die Ampelregierung ist eine Kriegsregierung,

gesinnten Teilnehmer auf eine harte Probe. Sie brauchten ein besonders dickes Fell, die demonstrative Anwesenheit von Regierungsmitgliedern zu ertragen, also von Personen, die das Regime in der Ukraine hochrústen, in dem Nazikollaborateure und Verbrecher, die Zehntausende von Juden ermordet haben, heute als Helden verehrt werden.

Dennoch, ganz störungsfrei verliefen die selbstbeweihräuchernden Demokratiefiern dann doch nicht, aber ganz anders als die soeben beschriebenen. Der Philosoph und Staatsminister a. D. Julian Nida-Rümelin war auf der Münchner Kundgebung zugegen. Neben Lob für die Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus positionieren, sparte der Sozialdemokrat nicht an Kritik an der „Eindimensionalität der Proteste“. Was immer er unter Eindimensionalität versteht, als Teilnehmer hätte er eigentlich mitbekommen müssen, daß die CSU nicht nur an den Protesten teilnahm, sondern auch eine führende Rolle bei der inhaltlichen Ausgestaltung beansprucht hat. Auf diese Weise wollte sie der Veranstaltung ihre Duftmarke verpassen und festlegen, wer zur „demokratischen Mitte“ gehören darf. Deshalb war Nida-Rümelin wohl zunächst von den Menschenmengen beeindruckt, die „friedlich für Demokratie demonstrierten“. Aber dann: „Weniger schön ist der Versuch der Instrumentalisierung dieses Engagements von seiten kleiner radikaler Gruppen, die als Veranstalter fungierten. Gleich zu Beginn wurden alle zweifelnd demokratischen Parteien, SPD, Grüne und FDP als Ampel-Regierung und CDU und CSU als demokratische Opposition, vom Podium herab scharf kritisiert, weil sie an der Reform des europäischen Asylrechts mitwirkten. Es wurde die Abschaffung aller Staatsgrenzen gefordert, und die Teilnehmer wurden aufgefordert, sich für die Abschaffung des Kapitalismus einzusetzen. Viele Plakate richteten sich gegen Haß, vom Podium wurde Haß gepredigt.“ Nida-Rümelin bestätigt mit seiner Kritik, was wir schon eingangs vermerkt haben, nämlich, daß wir uns inmitten von Klassenauseinandersetzungen befinden. Er hofft, „daß die Bürgerproteste gegen rechts weiter anschwellen“, warnt aber in einem Atemzug vor spalterischen Tendenzen und vor „Instrumentalisierungsversuchen“ von links außen, die „das Gegenteil bewirken könnten“. Wieder fällt mir der Autor Erik Ambler mit seinem Roman „Die Angst fährt mit“ ein ... die Angst, daß die zukünftigen Proteste eine ganz andere Richtung einschlagen könnten. Vermutlich wäre er auch deshalb hellauf empört gewesen, wenn er den Text eines Protestschilds in Dortmund gelesen hätte: „Heute Rückführungen in großem Stil durch die Ampel, morgen Deportationen durch die Nazi-AfD.“

## Die Bevölkerung soll kriegstüchtig und kriegssüchtig werden

Der derzeitige Zustand des politischen Klimas ist so wenig erfreulich wie der des Klimawandels. Der Kampf gegen die Deformation der Demokratie – gerade auch der gegen den Abbau der sogenannten repräsentativen



München, 17. Februar: Demonstration gegen die NATO-„Sicherheitskonferenz“

letzten Wochen an. Es trat nämlich ein, was zu erwarten war. Den politischen Akteuren und ihren medialen Lautverstärkern war von Anfang an bewußt, daß Hunderttausende nicht nur wegen der abstrakten Begriffe „Für Demokratie“ und „Gegen die AfD“ auf die Straßen gegangen sind. Der Protest mußte also eingeehrt werden. Deshalb gaben sich die Führungskräfte der Regierungsparteien und der Opposition alle Mühe, die immer größer werdende Welle des Protests in die ihnen genehme Richtung zu kanalisieren. Mit geradezu überschwenglichen Worten haben sie von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier über Außenministerin Annalena Baerbock bis hin zum Oppositionsführer Friedrich Merz die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Demonstrationen mit Lob für ihr couragiertes Verhalten überschüttet. Gleichzeitig haben sie sich nach der Methode „Haltet den Dieb!“ an die Spitze gesetzt, um sich als die Instanz und als Garant schlechthin für den Erhalt der Demokratie, was immer sie darunter verstehen, auszugeben. Allerdings stolpert man mitunter über die eigenen Füße, z. B. als festgestellt wurde, daß auch der ehemalige Berliner Finanzsenator Peter Kurth (CDU) und einige weitere seiner Partei, „freunde“ an dem „Deportationstreffen“ in einer Potsdamer Villa teilgenommen haben. Man muß nicht so weit gehen wie einige, die behaupten, daß die

die Milliarden in Hochrüstung und Kriegsvorbereitung steckt und die Kosten auf die Bevölkerung, auf die Arbeiter, Angestellten, Handwerker und Bauern, abwälzt. Dabei kann sie sich auf die Zustimmung der CDU und der AfD verlassen.“ Dieses Ablenkungsmanöver war, das muß gesagt werden, bislang weitgehend erfolgreich. In Stuttgart artete die Demo zu einer Werbeveranstaltung für Waffenlieferungen in die Ukraine und in einen Aufruf zur bedingungslosen Solidarität mit Israel aus. Das zu ertragen bedurfte schon Nerven aus Drahtseil. Noch schlimmer, weil mit physischen Übergriffen verbunden, sind Vorfälle in Leipzig, München, Hamburg und Münster, über die Susann Witt-Stahl in der „jungen Welt“ vom 7. Februar (Aufstand der Unanständigen) berichtet. Obwohl die Organisatoren der Anti-AfD-Proteste die Teilnahme propalästinensischer Gruppen nicht ausschließen durften, wurden sie mit haarsträubenden Argumenten („importierter Antisemitismus“) in Wort und Tat als „Vergewaltiger“, „Terroristen“ und „Verpißt euch, ihr Antisemiten!“ ausgegrenzt, beschimpft und bespuckt. Der von Steinmeier und anderen beschworene „Weckruf an die demokratische Mitte“ wurde von Susan Witt-Stahl als „kulturelle Zurückung des Antifaschismus“ beschrieben und stellte die antifaschistisch

Demokratie – wird nicht nur in den handfesten Auseinandersetzungen der Arbeitskämpfe geführt, sondern er spiegelt sich auch auf den Ebenen des kulturellen und Geisteslebens wider und wirft mehr als nur ein Schlaglicht auf das Wesen dieser Demokratie. Es wird eine Gesinnungsschnüffelei in einem Ausmaß betrieben, die Ängste auslöst, und es werden Einschüchterungen betrieben, die Vergleiche nahelegen, vor denen wir vorerst noch zurückschrecken. Vorneweg Kriegsminister Boris Pistorius, der in einem Gespräch mit dem „Tagesspiegel“ unwidersprochen mit der Möglichkeit spekulieren darf, daß „Wladimir Putin eines Tages ein NATO-Land angreift“. Will er sich mit dem Satz „Wir hören fast jeden Tag Drohungen aus dem Kreml.“ als Bundeskanzler-Kandidat anbieten? Die Ängste, die er mit seinen Prognosen auslöst, überläßt er den Leserinnen und Lesern der Hauptstadtzeitung. Im Interview Tucker Carlsons, eines US-amerikanischen Fernsehmoderators, mit Wladimir Putin, das den Mainstream schon bevor es stattgefunden hat, in Panik versetzte, erklärte der russische Präsident, daß sein Land nicht daran denke, NATO-Mitgliedsstaaten anzugreifen. „Die westlichen Staaten versuchen nur, ihre eigene Bevölkerung mit einer imaginären Bedrohung einzuschüchtern“ ... und sie sowohl

kriegstüchtig wie kriegssüchtig zuzurichten, ergänzen wir. Carlson, der bislang nicht als Analphabet in Erscheinung getreten ist, wurde nach der Sendung wie auf Kommando sogleich als „nützlicher Idiot“ beschimpft. Die echten Idioten warfen ihm vor, sich lediglich die „altbekannten Lügen“ angehört zu haben. Unter der Überschrift „Der Wille zum Krieg“, so Norbert Wohlfahrt in einem Beitrag für die „junge Welt“ (6. Februar): „Atomare Bewaffnung, Kompromißlosigkeit gegenüber Rußland, militärische Aufrüstung auf allen Ebenen, Kriegstüchtigkeit als Auszeichnung gesellschaftlicher Resilienz, Eindämmung des Feindes und Denunziation von dessen vorgetragenen Sicherheitsinteressen sind einige der Bausteine eines Bellizismus, der den Pazifismus verachtet, weil er vor dem Feind kapituliert.“ Zu den Repressionen gegen israelkritische Künstlerinnen, Künstler und Intellektuelle stellt Stefan Ripplinger fest: „Längst hat sich in einer Atmosphäre der Einschüchterung der noch im Abseits Stehende begriffen: Wer gegen den Wind der Hegemonie segelt, wird nicht mehr landen. Wer mißliebige Resolutionen unterschreibt, wird bei Ausschreibungen ausgesiebt, Forderungen werden gestrichen, Preise aberkannt, Vorträge gekündigt, Ausstellungen abgesagt.“ (siehe jW, 1. Februar)

Ein in Berlin lebender Bürger, der befragt wurde, warum er an der Demonstration teilnehme, gab die schlichte Antwort, weil er die Demokratie verteidigen wolle, damit er weiterhin so leben könne, wie er jetzt lebe. Ihm sei das Motto der Friedenskoordination Berlin (Friko) entgegenzuhalten. Es ist ein Satz von Erich Fried: „Wer will, daß die Welt so bleibt, wie sie ist, der will nicht, daß sie bleibt.“ Dieses Zitat betont die Notwendigkeit, sich für Veränderungen einzusetzen, um den Schutz und Erhalt unserer Welt zu gewährleisten. Deshalb wäre die Nicht-Teilnahme bzw. ein Fernbleiben (physisch oder gedanklich) keine Option. Lapidar ausgedrückt: Da, wo wir nicht sind, da sind wir nicht. Wie also geht es weiter: „Aluta continua, the fight goes on“ – also das Bestreben, den Kampf für Frieden mit dem Kampf für Demokratie in den internationalen Beziehungen auch unter den gegenwärtigen widrigsten Verhältnissen fortzusetzen. Und zwar so lange, bis auf den Beelzebub für die Austreibung des Teufels verzichtet werden kann, also ein Übel nicht mehr durch ein anderes ersetzt werden muß. Schließlich steht ja auch die Teilnahme an Wahlen nicht in Frage, obwohl sie schon längst verboten wären, wenn sie etwas ändern würden, wie der Journalist, Satiriker und Schriftsteller Kurt Tucholsky schrieb.

Hans Schoenefeldt

## Die AfD ist Ampel und CDU häufig nur einen Schritt voraus Alle gegen rechts?

Hunderttausende sind auf den Straßen. Viele von ihnen wollen ein Deutschland ohne Rassismus, ohne Angst und Verfolgung. Sie haben das Gefühl, daß etwas aus den Fugen geraten ist. Etwas, das sich einrenken ließe, wenn es die AfD nicht gäbe. Deswegen wird jetzt über Verbote diskutiert und über die Kürzung von Parteigeldern. Aber was, wenn es gelänge, diese Partei loszuwerden und die Demonstranten wieder zu Hause blieben?

Die Rechtsentwicklung würde weitergehen. Anders ist die Politik der Ampel, die Milliarden für das Militär bereitstellt und die Kosten dafür auf die Bevölkerung abwälzt, gar nicht möglich. Die Kriegsregierung will ein „Wir“-Gefühl erzeugen. Sie nutzt die Angst vor rechten Wahlerfolgen aus, um die eigene rechte Agenda durchzusetzen. Sie distanziert sich wortreich von der AfD und marschiert doch in die gleiche Richtung. Ob bei verschärften Sanktionen für Bürgergeldbezieher oder der faktischen Abschaffung des Asylrechtes: Die AfD ist SPD, Grünen und FDP häufig nur einen Schritt voraus. Die Aufrüstung wollen sie alle, die Kürzungen für die Landwirtschaft haben sie gemeinsam beschlossen. Das ändert nichts daran, daß die AfD eine reaktionäre Partei mit einem faschistischen Flügel ist.

Der rechte Staatsumbau begann jedoch schon lange vor dem derzeitigen Höhenflug der AfD und wird bezeugt von zehntausenden Toten im Mittelmeer, von stacheldrahtbewehrten Flüchtlingsgefängnissen an den

EU-Außengrenzen, von Pushbacks und zum Sterben zurückgelassenen Menschen. In Potsdam demonstrierte Kanzler Olaf Scholz (SPD) gegen die AfD. Wenige Tage später beschloß seine Koalition im Bundestag das „Rückführungsverbesserungsgesetz“. Es entspricht dem Ziel, das Scholz schon im Oktober vergangenen Jahres im „Spiegel“ ausgab: „Wir müssen endlich im großen Stil abschieben.“ „Hart“ müsse man sein, „wenn jemand keinen Anspruch hat zu bleiben“. Doch auch „offen und modern (...), weil wir Arbeitskräfte aus anderen Ländern brauchen“. Wer nützlich ist, wird ausgebeutet, dem Rest bleibt die „Remigration“. Die Grundrechte, die jetzt vermeintlich verteidigt werden – für Geflüchtete gelten sie nicht, auch nicht für Bürgergeldempfänger, die mit Totalsanktionen in prekäre Jobs gezwungen werden. Wer gegen die deutsche Kriegstreiberei ist, wer nicht der „Staatsräson“ folgt, wird mundtot gemacht. Scholz ist ein rechter Kanzler.

Das zeigt sich auch in den ukrainischen Schützengräben und in russischen Grenzstädten, wo deutsche Waffen für Tod und Zerstörung sorgen. Die Ampel-Koalition hat sich tief in den Stellvertreterkrieg gegen Rußland verstrickt und den Staatshaushalt auf einen Kampf verpfändet, der leicht zur totalen Vernichtung eskalieren könnte. Ganz offen will sie die Bevölkerung „kriegstüchtig“ machen. Im Rahmen der NATO probt sie nun mit „Steadfast Defender“ den dritten Weltkrieg. Auch mehr als 25 000 tote Zivilisten,

die Verletzten und Hungernden in Gaza spüren den deutschen Rechtsruck. Die Ampel unterstützt die Verbrechen der rechten israelischen Regierung, schlägt sich mit Pathos auf die Seite der Kolonialherren. Deshalb boykottieren internationale Künstler den deutschen Kulturbetrieb, deshalb beklagt der Staatspräsident Namibias, Hage Geingob, „Deutschlands Unfähigkeit, Lehren aus seiner schrecklichen Geschichte zu ziehen“. Trotzdem demonstrieren auch Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) und Kriegsminister Boris Pistorius (SPD) „gegen rechts“. Würden die Vertreter der Ampel aber tatsächlich „gegen rechts“ demonstrieren, sie müßten sich selbst zur Zielscheibe machen. Sie nutzen die Proteste, um die eigene Regierung zu stabilisieren, und instrumentalisieren das antifaschistische Erbe. Nicht für eine bessere Politik, sondern für Wählerstimmen und Ruhe an der Heimatfront. Sie vertauschen Ursache und Wirkung und besorgen gerade damit das Geschäft der AfD, die nicht der Ausgangspunkt des „Rechtsrucks“ ist, sondern von seinen Folgen profitiert. Seite an Seite mit dieser Kriegsregierung wird der Antifaschismus entpolitisiert und bleibt wirkungslos – ein warmes Gefühl in kalten Zeiten. Wer jedoch bessere Zeiten will, muß den Kriegstreibern, Spaltern und Ausbeutern entgegentreten – von der Ampel bis zur AfD.

Vincent Czesla

Aus: *Unsere Zeit (UZ)*, 26.1.24

# „Demokratie“ versus Rechtsextremismus?

**D**emokratie, altgriechisch Volksherrschaft, ist eine Staatsform, deren Inhalt die jeweils herrschende Klasse bestimmt. Egal, wie „Demokratie“ ausgelegt wird, von Volksherrschaft kann in der BRD keine Rede sein, denn hier herrscht die Klasse, die Privateigentum an den Produktionsmitteln besitzt und das ist nicht die Arbeiterklasse, sondern das Kapital. Lese ich nun von der enorm hohen Beteiligung an den Demonstrationen in den letzten Wochen, drängen sich Fragen auf: Wann erlebten wir ein solches Aufbegehren gegen bisherigen Demokratieabbau?

Warum demonstrierte niemand gegen Bildungsabbau, gegen Zerstörung des Gesundheitswesens, gegen Vernichtung von Arbeitsplätzen etc.? Ja, es gibt Streiks, aber Demonstrationen sind etwas anderes.

Warum keine großen Demonstrationen gegen die Einschränkung und Liquidierung von Grundrechten in diesem Zusammenhang?

Warum keine Demonstrationen gegen Waffenlieferungen, nicht nur in die Ukraine und nach Israel, gegen das größte NATO-Manöver seit 1988, gegen die Einfuhr überbewerteten Fracking-Gases aus den USA?

Warum keine Demonstrationen für den Import von Erdgas aus Rußland? Warum keine Demonstrationen gegen jeden völkerrechtswidrigen Krieg der USA/NATO, gegen die von den USA initiierten Regimewechsel, gegen die Stationierung todbringender Waffensysteme der USA in aller Welt?

In einer Demokratie werden Andersdenkende auf Demonstrationen nicht geschlagen oder gar verhaftet und verurteilt! So geschehen bei Demonstrationen zum Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, für Palästina, gegen Corona-Maßnahmen.

Wahre Demokratie läßt andere Meinungen zu, auch solche, die sich gegen das System wenden, erfragt die Hintergründe, setzt sich mit dem vermeintlichen oder tatsächlichen Gegner auseinander. In einer Demokratie werden Andersdenkende nicht stigmatisiert.

Menschen mit humanistischen, fortschrittlichen Ansichten sind nicht rechtsradikal.

Welche „Demokratie“ verteidigen also die vielen Hunderttausenden mit den Demonstrationen? Und warum gerade jetzt, Ende Januar/Anfang Februar 2024?

Vielleicht, weil die Bauern seit Dezember 2023 anhaltend protestieren? Weil sich Spediteure und andere Unternehmen solidarisieren? Vielleicht, weil die GdL erneut, diesmal über einen längeren Zeitraum, zum Arbeitskampf aufrief? Vielleicht, weil beide Gruppierungen einen großen Rückhalt und Unterstützung in der Bevölkerung finden?

Wären Gewerkschaften das, was sie sein sollten – Interessenvertreter der Arbeiter und Angestellten – riefen sie ihre Mitglieder auf, es den Bauern und Eisenbahnern gleichzutun. Und diese Regierung? Sie kommt nicht auf das Naheliegendste: Man stelle sofort die Waffenlieferungen an die Ukraine ein. Man öffne sofort die intakte Nord-Stream-Leitung. Man streiche unverzüglich allen Altbundeskanzlern und -präsidenten sowie ausgeschiedenen Abgeordneten die monatlichen Zuwendungen,

streiche ihnen Büros, Fahrzeuge und Personal (alles mit Steuergeldern finanziert). Man Sorge dafür, daß Baerbock & Co Friseur, Kosmetik, Schneider, Fotograf etc. aus eigener Tasche bezahlen. Man könnte auch auf die nächsten Erhöhungen der Diäten und auf neue Regierungsbauten verzichten. Das wäre ein Anfang und es kämen unerhörte Summen zusammen, die in den Staatshaushalt zurückgeführt werden könnten. Damit könnte man nicht nur besagtes Loch stopfen, sondern auch in Bildung, Gesundheit etc. investieren.



Sahra Wagenknecht, Alice Schwarzer

Um es deutlich zu sagen, mit den derzeitigen Demonstrationen läßt man sich vor den Karren derer spannen, die die Situation, in der wir uns befinden, nicht nur herbeigeführt haben, sondern an ihr festhalten, sie forcieren.

Fortschrittliche Kräfte, Parteien, Organisationen etc. müssen sich zusammenschließen und gemeinsam auf die Straße gehen – und sie müssen andauern.

Im Zusammenhang mit Demokratie drängt sich Gewaltenteilung auf: Legislative, Exekutive, Judikative. Aus diesem Dreigestirn nehme ich die Judikative mal ein wenig unter die Lupe; die Justiz, die unabhängig sein soll. Damit nicht genug, Richter sind dem Gesetz verpflichtet, so will es Art. 97 Abs. 1 GG. Diese Pflicht wird durch höchstgerichtliche Rechtsprechung (Landgerichte, BGH, BVerfG) verletzt, weil die Anwendung ihrer Entscheidungen erwartet wird, auch dann, wenn mit diesen Urteilen/Beschlüssen der originäre Zweck eines Gesetzes geändert oder gar gebeugt wird. Rechtsbeugung? Der DDR unterstellt, in der BRD seit langem praktiziert; meterlange Kommentarreihen sowie Urteilssammlungen sind stille Zeugen.

Ein anderes Ding sind die zu Hauf im Bundestag herumlungernenden Lobbyisten, Interessenvertreter großer Konzerne und Unternehmen. Oder ist es etwa in unserem Sinne, wenn man bspw. nach dem Tod eines Menschen für dessen Wohnung noch weitere drei Monate Miete zahlen muß?

Ist es in unserem Sinne, wenn vermittelt der AGB, die im Jahr 2001 im BGB Einzug hielten (§ 305 BGB) und damit, unabhängig von der Art vertraglicher Beziehungen, die Risiken weitestgehend auf uns als Verbraucher, Reisender, Käufer etc. übertragen werden? Natürlich ist das nicht in unserem Sinne, aber im Sinne der Herrschenden. Rechtsextremismus? Die BRD, als Rechtsnachfolgerin Nazideutschlands,

startete mit ihrer Gründung ganz rechts. Ich erinnere an Nazis (Gestapo, SS, Wehrmacht), die in Politik, Justiz, Wirtschaft sowie im öffentlichen Dienst der BRD sofort ihren Platz fanden oder wieder einnahmen. Erinnert sei an Landsmannschaften und Wehrsportvereine in der BRD, an rechtsorientierte Parteien schon lange vor dem neuen Großdeutschland. Die CSU 2013: „Rechts ist nur noch die Wand.“ Es geht auch aktueller: Die Berliner CDU möchte rechts von sich selbst nur die Wand sehen (Generalsekretär Evers im Februar 2020). Die alte BRD jedenfalls mußte nicht rücken, sie stand bereits ganz rechts.

Rechtsruck? Ein Ruck ist etwas Plötzliches. Schon vor 30 Jahren wurde nicht nur in der BRD, sondern in einer Vielzahl europäischer Länder nach rechts gerückt. Ist den Demonstranten das nicht bewußt? Übrigens, die AfD gründete sich 2013 und ebenso lange sitzt sie im Bundestag. Elf Jahre verschlafen! Elf Jahre zugesehen, wie sich die AfD etablieren und Stimmen gewinnen konnte! Aktuell ist hier gar nichts gerückt, dieses Land war und ist rechts. Was für ein Aufmacher: Mitglieder der AfD sitzen im November 2023 irgendwo beieinander. Eines ihrer Themen wird durch die Medien herausgestellt, wird zum Auslöser der aktuellen Demonstrationen stilisiert: Ausländerfeindlichkeit! Beileibe kein neues Thema und ein Thema, aus dem diese Partei noch nie ein Hehl machte.

Daß in dieser Runde auch Herren saßen, die ein Parteibuch der CDU ihr eigen nennen, wird tunlichst verschwiegen. Verschwiegen wird grundsätzlich, daß Vertreter dieser beiden Parteien längst miteinander kugeln, Tuchfühlung aufnehmen. Vermutet werden darf, daß in den Bundesländern, in denen die AfD bei der Bundestagswahl die meisten Stimmen bekommen wird, sich die CDU anbietet.

Während die einen offen ihre rechte Gesinnung zeigen, halten die anderen damit (noch) hinterm Berg.

Bleibt zu klären, wer ruft zu diesen Demonstrationen auf, wer hält dort Reden? Zu den Initiatoren gehören u.a. „fridays for future“ und der DGB. Gern hätte ich noch weitere Initiatoren genannt, aber meine Suche im Internet blieb erfolglos. Da frage ich mich, warum?

Warum erwuchs aus der Friedensbewegung „Aufstand für Frieden“ (Wagenknecht, Schwarzer) nicht eine solche Massenbewegung? Warum wurde sie von den Medien mit Dreck beworfen und diskreditiert? Auch bei dieser Bewegung ging es um Demokratie, Frieden und gegen rechts!

Warum demonstrieren die Menschen in diesem Land nicht schon seit Jahrzehnten für Demokratie und gegen Rechtsextremismus in solchen Dimensionen? Das sind doch keine neuen Erscheinungen!

Es ist offensichtlich: Gegen das Aufbegehren der Bauern, Spediteure, Lokführer und anderer braucht diese Regierung Aktionen, deren Zweck Ablenkung und weitere Einschränkung sowie Vermeidung weiterer berechtigter Proteste und Demonstrationen ist.

**Tabea Schloßberg**  
Berlin



# Mißbrauchter Antifaschismus

Jubel von allen Seiten: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zeigte sich begeistert von den Hunderttausenden, die in den vergangenen Wochen gegen Fremdenfeindlichkeit und die AfD auf die Straße gegangen sind. Er fügte hinzu: „Wir brauchen jetzt ein Bündnis aller Demokratinnen und Demokraten.“ Und der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) meinte: „Wenn Demokraten zusammenhalten, haben Extremisten keine Chance.“ Auch für manche, die in den vergangenen Tagen mitgelaufen sind, hatte der Massenauflauf vielleicht den Anschein, hier sei endlich die antifaschistische Einheitsfront entstanden, die in den 30er Jahren gefehlt hätte. Das könnte sich als blutiger Irrtum erweisen.

Bis tief in die Sozialdemokratie war die heute sorgfältig vergrabene Einsicht von Georgi Dimitroff nicht nur bekannt, sondern wurde geteilt. Er definierte den Faschismus an der Macht als „terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“. Dieses Finanzkapital aber ist in den USA, Japan und Westeuropa nicht besiegt. In diesen Kreisen wird heute von ihren reaktionärsten und am meisten militaristischen Elementen an einem dritten

Weltkrieg gegen das sozialistische China und das mit ihm verbündete Rußland gearbeitet.

Faschismus ist in seinem Kern eine Herrschaftsform des Kapitals und läßt sich nicht auf Rassenhaß und Fremdenfeindlichkeit reduzieren. Beraubt man den Antifaschismus dieser Einsicht, kann er sowohl als Instrument der Regierungsabsicherung in Stellung gebracht werden als auch zur Vorbereitung eines neuen Angriffskrieges. Ebenso zur Vorbereitung von notwendigen neuen Repressionswellen gegen alles Antikapitalistische. Das ist das, was jüngst passiert ist und was so großen Jubel vom Palais Schaumburg über die Hardthöhe und das Außenministerium bis hin zum Kanzlerbunker ausgelöst hat.

Dieser Mißbrauch des Antifaschismus ist möglich geworden, weil es den Herrschenden gelungen ist, den Antifaschismus seit dem Sieg über die DDR in den Köpfen von Millionen Deutschen fast restlos zu entkernen. Er wurde nahezu völlig auf die Vernichtung von Juden reduziert. Im christlichen Lager spiegelte Martin Niemöller die 1945 noch unbestritten verbreitete Einsicht in die innere Systematik der Unterdrückung im Faschismus wider, indem er seine heute kaum mehr zitierten Sätze über

die Verfolgungswellen mit den Worten begann: „Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Kommunist ...“ Ein Antifaschismus, der sich der millionenfachen Opfer des großen Völkerschlachtens des letzten Jahrhunderts als würdig erweist, wird den Kern des Faschismus als einer Herrschaftsform des Kapitals wieder freilegen müssen. Sonst droht die Gefahr, sich zum dritten Mal in die Blutmühle treiben zu lassen – mit einer verlogenen Fahne des Antifaschismus in der Hand.

Es sollte diejenigen, die mit ehrlicher Inbrunst gegen jede Art von Ausländerfeindlichkeit demonstrieren, stutzig machen, wenn zeitgleich CDU/CSU, FDP und auch Kriegserüchtigungsminister Boris Pistorius (SPD) Überlegungen begrüßten, die deutsche Armee auch für Menschen ohne deutschen Pass zu öffnen. Der vermeintliche Antifaschismus wird damit zum Türöffner für die weltweite Anwerbung von Kanonenfutter für einen neuen deutschen Krieg gegen Rußland. Er wendet sich so direkt gegen die, die Deutschland 1945 vom Faschismus befreiten.

**Manfred Sohn**

*Redaktionell geringfügig gekürzt  
Aus: UZ, 26.1. 2024*

# Demagogie der Herrschenden

Die Bundesregierung fordert von den Bürgern einerseits Einschränkung ihres materiellen Lebensstandards, verteilt andererseits das Haushaltsbudget für Aufrüstung, Waffenlieferungen und aggressives Kriegstraining. Die Teilnahme am größten NATO-Manöver seit Ende des kalten Krieges, „Steadfast Defender 2024“, an oder in unmittelbarer Nähe der gesamten Westgrenze Rußlands, von Norwegen bis Rumänien, ist eindeutig gegen Rußland gerichtet. Mit seiner Präsenz in den baltischen Staaten will Deutschland die strategisch wichtigsten Posten in Europa einnehmen.

Und wie reagiert das „verampelte“ Volk?

Es will nicht „kriegstüchtig“ werden, wie es Kriegsminister Pistorius namens der Ampel-Crew fordert. Es will das friedliche Leben, will materielle und persönliche Sicherheit und nicht, daß Milliarden für das Töten und Zerstören verpulvert werden. Es beginnt, sich zu wehren. Streiks in der materiellen Produktion, im Verkehrs-, Bildungs- und Gesundheitswesens nehmen zu. Landesweit erhebt sich Protest gegen Sozialabbau und Verarmung. Der Frust gegen die Regierungsparteien spiegelt sich im Wahlverhalten wider. Etablierte Parteien verlieren in der Gunst ihrer Wähler – eine Steilvorlage für die AfD, die es versteht, mit Demagogie und Täuschung nicht wenige Bürger auf ihre Seite zu ziehen, derweil sich die Führungsspitze der Partei Die Linke immer mehr von ihrem systemkritischen Programm

verabschiedet. Ihre friedenspolitischen Ziele werden durch Zustimmung zu Waffenlieferungen für den Stellvertreterkrieg der USA in der Ukraine gegen Rußland ersetzt. Ihr einziges Streben ist das nach Mitverwaltung des herrschenden Machtsystems.

Die BRD-Regierung hat sich mit ihrer, die Interessen und Forderungen des Volkes mißachtenden, Innen- und militaristischen Außenpolitik in eine politische Krise manövriert und versucht nun, ihre Macht mit repressiven Mitteln, Lügen, falschen Versprechen und Volksverdummung über die Zeit bis zur nächsten Wahl zu retten. Scheinheilig solidarisieren sich Regierungsmitglieder mit den Teilnehmern an den Massendemonstrationen in Berlin und anderen Großstätten gegen die AfD.

Doch das sollte als das erkannt werden, was es ist: ein Versuch, den Volkszorn zu unterwandern und als Feigenblatt für ihre eigene rechtsfördernde Wirtschafts-, Innen- und Außenpolitik zu mißbrauchen.

Es ist erfreulich, daß sich Hunderttausende an den Demonstrationen in mehreren Großstädten und Tausende in mittelgroßen und kleineren Städten beteiligen, nicht zuletzt auch ein Zeichen dafür, daß immer mehr Menschen erkennen, wes Geistes Kind die AfD ist. Es ist aber Wachsamkeit geboten, wenn Bundespräsident Steinmeier sich dafür bedankt, daß die Bürger durch ihre Teilnahme an den Demonstrationen „unsere Republik“

verteidigen und aufruft: „Wir brauchen jetzt ein Bündnis aller Demokraten und Demokratinnen, egal ob sie auf dem Lande leben oder in der Stadt, ob jung oder alt, ob mit oder ohne Migrationsgeschichte.“

Was das protestierende und demonstrierende Volk jetzt tatsächlich braucht, ist ein starkes Bündnis aller Friedenskräfte, um die Bundesregierung zu zwingen, ihren Kriegskurs zu verlassen und ihr Versprechen, für das Wohl des Volkes zu sorgen, einzulösen. Schließlich haben sie und die Vorgängerkabinette mit ihrer Sozial-, Wirtschafts- und Außenpolitik den Nährboden für die AfD und andere rechte Kräfte und deren zunehmenden Einfluß auf die Menschen selbst erzeugt.

Immer skrupelloser schürt die Ampel die gefährlichen Flammen eines Weltenbrandes durch ihre Waffen-Deals und „Liefertricks um die Ecke“ an die ukrainische Marionettenregierung der USA und der NATO. Dazu malt sie erneut das Gespenst einer unmittelbaren russischen Gefahr für Deutschland an die Wand. Im bundesweiten Protest gegen rechts sollte den antirussischen Kriegsabsichten der NATO und der eigenen Regierung eine Absage erteilt werden.

Wer Krieg gegen Rußland erwägt, plant, vorbereitet und im NATO-Manöver „Steadfast Defender 2024“ trainiert, provoziert den dritten Weltkrieg.

**Manfred Wild**  
Berlin

# Bauernproteste und ihre Ursachen

„Zehntausende Bauern haben am Montag mit Traktoren den Verkehr blockiert, in ganz Deutschland protestierten sie gegen die geplanten Subventionskürzungen der Ampelkoalition“, meldete das Handelsblatt am 10.1.24. Fast auf den Tag genau – allerdings vor 52 Jahren titelte das „Neue Deutschland“: „Bauernproteste in der ganzen BRD. Mit über 300 Warndemonstrationen protestierten am Freitag zehntausende Bauern gegen den fortschreitenden Ruinierungsprozeß in der BRD-Landwirtschaft. Durch fast alle Kreisstädte rollten Kolonnen von Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen. Mit Plakaten und Transparenten forderten die Bauern die Sicherung ihrer bedrohten Existenz.“ Nicht nur die Bilder der Proteste gleichen sich, auch deren strukturelle Ursachen. Gab es 1960 noch 768 000 landwirtschaftliche Betriebe in Westdeutschland (Gesamtfläche: 11,31 Mio. Hektar), waren es 1972 noch knapp 650 000, die die gleiche Fläche bewirtschafteten. Das kontinuierliche Höfesterben wurde noch nicht einmal durch die Annexion von über 3800 landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und 464 volkseigenen Gütern im Jahre 1989/1990 gebrochen, 1995 gab es 393 000 Höfe mit insgesamt 16,83 Mio. Hektar Fläche. Während die agrarisch genutzte Fläche, von der zwei Drittel auf Ackerbau und ein Drittel auf Vieh- und Weidewirtschaft entfallen, seit 30 Jahren nahezu gleichgeblieben ist (2023: 16,6 Mio. Hektar), sank die Zahl der Betriebe auf aktuell 254 300. Die „größten Bauern“ sind gar keine: Mehr als ein Zehntel der Agrarfläche befindet sich im Eigentum von Großkonzernen, zu denen die Bauunternehmung „Zech-Group“, die Versicherungsgesellschaft „Münchener Rück“ und die Aldi-Gruppe gehören. Auffällig ist der hohe Anteil der Betriebe im Osten Deutschlands, die als juristische Person (GmbH, Aktiengesellschaft) verfaßt sind. Während auf dem Gebiet der früheren BRD Einzelunternehmen (zumeist Familienbetriebe und Nebenerwerbslandwirte) 82 Prozent der Agrarfläche bewirtschaften, unterstehen auf dem Gebiet der früheren DDR 51 Prozent der Fläche der Verwaltung durch juristische Personen. Das ist nicht der Freude ostdeutscher Bauern am aus Westdeutschland importierten Gesellschaftsrecht geschuldet, sondern Ergebnis des in den 90er Jahren vonstatten gegangenen Aufkaufs großer Flächen durch westdeutsche Kapitalgesellschaften. Auf der Strecke bleiben die Klein- und Mittelbauern sowie die Nebenerwerbslandwirte. Die Großbetriebe schlucken die Agrarfläche, die bei der Betriebsaufgabe kleinerer Höfe frei wird. Die vormaligen Eigen- und Nebenerwerbsbauern, die in die wirtschaftliche Krise und Insolvenz geraten sind, werden zu Lohnarbeitern. In Deutschland arbeiten aktuell 937 900 Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, 46 Prozent davon in Familienbetrieben. Die Zahl der lohnabhängig Beschäftigten sank von 1991 (1,7 Mio.) auf derzeit etwa 550 000 (davon ca. 50 Prozent Saisonarbeiter). Eine Entwicklung, die

schon Friedrich Engels (Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland, 1894) beschrieb: „Und so sinkt der Bauer immer tiefer. Steuern, Mißwachs, Erbteilungen, Prozesse treiben einen Bauer nach dem andern zum Wucherer, die Verschuldung wird immer allgemeiner und für jeden einzelnen immer tiefer – kurz, unser Kleinbauer ist wie jeder Überrest einer vergangenen Produktionsweise unrettbar dem Untergang verfallen. Er ist ein zukünftiger Proletarier.“

Die nötigen Investitionen für den Neu- und Umbau von Ställen, den Bau von Lagern oder den Zukauf von Maschinen stiegen in den letzten Jahren immens. Auch der Kleinbauer ist gezwungen, um noch einen Ertrag zur Sicherung des Lebensunterhalts zu erzielen, mit bescheidener Ausstattung mehr und effizienter zu produzieren, insbesondere um mit den Angebotspreisen der Großbetriebe mithalten zu können. Die Bruttoinvestitionen deutscher Agrarbetriebe haben in den letzten 12 Jahren um fast 50 Prozent zugenommen, die durchschnittliche Verschuldungsrate je Hektar liegt momentan bei etwa 2800 Euro. Nicht verwunderlich, kostet doch z.B. ein Stallneubau je Kuhplatz zwischen 10 000 und 13 000 Euro, stiegen die Betriebsmittelpreise (Energie, Dünger, Futter, Bauten, Maschinen und Verbrauchsmaterialien) in bisher ungeahnte Höhen. Phosphat-Stickstoff-Dünger legte in drei Jahren von ca. 250 auf 938 US-Dollar pro Tonne zu, Harnstoff verteuerte sich um das 4,5fache, Erdgas verdoppelte seinen Preis binnen eines Jahres. Entgegen eines weit verbreiteten Irrtums ist der Landwirt nur im Ausnahmefall auch vollständiger Eigentümer der von ihm bewirtschafteten Fläche, im Mittel sind ca. 60 Prozent der Betriebsfläche eines Hofes gepachtet. Dadurch vertieft sich der Grad der Abhängigkeit von den Agrarbanken, da in aller Regel auch die Pachtzahlungen kreditfinanziert sind. Lag die Pacht je Hektar vor 20 Jahren im Bundesdurchschnitt noch bei 230 Euro, kletterte der Pachtpreis inzwischen auf stolze 380 Euro. Das Maß der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche ist begrenzt, eine Zupacht weiterer Flächen setzt voraus, daß sie in erreichbarer Nähe liegen und eine Mindestnutzungsgröße aufweisen. Der Erwerb von Nutzflächen ist angesichts verteuerter Bodenpreise kein Ausweg: Die Bodenpreise haben sich zwischen 2010 und 2020 verdoppelt, im Jahr 2022 erreichten sie mit 31 911 Euro/Hektar einen Höchststand. Im Verdrängungswettbewerb liegen die Betriebe vorn, die auf großen Flächen soviel wie möglich Ertrag aus dem Boden holen. Dies läßt sich nur durch Monokulturen (Mais, Gerste, Roggen, Raps) erreichen, die maschinell effizient bearbeitet werden können. Im Bereich der Viehzucht und der Weidewirtschaft (Milchproduktion) liegt die Priorität auf Spezialisierung. War die Spezialisierung anfangs noch eine Möglichkeit, die Existenz des eigenen Betriebs zu retten, führte die Abschaffung der Milchquotierungen durch die EU den Milchbauern mitten hinein in die

Konkurrenz auf dem internationalen Markt. Das Kilo Milch brachte im Juli 2020 31 Cent ein, im Juli 2022 60 Cent, im Juli 2023 sackte der Preis wieder auf 40 Cent ab, inzwischen steigt er wieder leicht. Ein Milchpreis unter 48 Cent deckt für deutsche Landwirte die Produktionskosten nicht mehr. Die Absatzmärkte für in Deutschland produzierte Milch haben sich drastisch reduziert, im Inland werden die Abnahmepreise von den großen Lebensmittelkartellen diktiert. Der hochspezialisierte Milchbauer wird zum Anhängsel und Spielball der Molkereien und Handelsorganisationen.

Die Situation auf dem Getreidemarkt gleicht dem, im Jahre 2023 kam es aufgrund der hohen Menge von international gehandeltem Weizen und Mais zu einem Preisverfall für deutsches Getreide. Der Preis für eine Tonne Weizen fiel auf dem europäischen Markt von 300 Euro (Januar 2023) auf 205 Euro (Februar 2024) und liegt damit inzwischen nahe dem Erzeugerpreis von 185 Euro/To. Steigen die Betriebskosten und fallen die Erzeugerpreise gleichzeitig, ist das wirtschaftliche Überleben des Betriebs nicht mehr gewährleistet. Das Statistische Bundesamt meldete für die Erzeugerpreise im November 2023 einen Rückgang zum Vorjahresmonat um 11,0 Prozent, im Oktober 2023 lag die Veränderungsrate zum Vorjahresmonat bei minus 14,5 Prozent. Kleinbetriebe sind angesichts dieser Erzeugerpreisentwicklung gezwungen, auf Rücklagen zuzugreifen, um den laufenden Betrieb aufrechterhalten zu können. Diese Ressource ist indessen zu meist erschöpft, da einzelbetriebliche Kreditvolumina in aller Regel bereits ausgeschöpft sind (Finanzierung der Landmaschinen und technischen Anlagen). Mehr als die Hälfte aller Höfe, nämlich 130 000, sind Kleinbetriebe, die mit durchschnittlich einer Vollarbeitskraft im Familienverband im Mittel 36 Hektar bewirtschaften. Diese Betriebe erzielten im Jahr 2022 einen Bruttoertrag von 19 120 Euro vor Steuern, wohlgemerkt bei Vollzeitarbeit. In der Landwirtschaft bedeutet das 48 Std./Woche. Die EU-Subventionen, seit 1962 in Kraft, deren Zweck eigentlich in der Förderung von Investitionen in Saatgut und Landmaschinen lag, wurden für die meisten Kleinbetriebe zum Tropf, der das Existenzminimum sichert. 2022 erhielt die Bundesrepublik rund 6,3 Mrd. Euro EU-Zuschüsse für den landwirtschaftlichen Sektor, 70 Prozent davon sind Flächenprämien (Direktzahlung je Hektar). Ohne diese Direktzahlungen wäre die Mehrheit der landwirtschaftlichen Betriebe schon heute „stehend K.O.“: Zwischen 41 und 62 Prozent des landwirtschaftlichen Einkommens der Haupterwerbs- und Nebenerwerbsbetriebe generieren sich daraus. Je größer die Hektarzahl, desto höher die Direktzahlung, Milliardenbesuche an die Großgrundbetriebe beschleunigen den forcierten Verdrängungswettbewerb. 30 Prozent der EU-Subventionen fließen nicht unmittelbar an bäuerliche Betriebe, sondern speisen im wesentlichen

den Wasserkopf der Agrarbürokratie, z.B. 60,06 Mio. Euro an die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) oder 17 Mio. Euro an das Bayerische Landwirtschaftsministerium, München.

Wenig überraschend also, daß die Sparmaßnahmen der Ampel beim Agrardiesel und der Kfz-Steuer das Faß buchstäblich zum Überlaufen brachten. Der Bauernprotest, so mächtig er auch bundesweit voranschritt, hat letztlich nur zu einem kleinen Zugeständnis geführt. Die Kürzung der Agrardiesel-Subvention wurde schließlich Anfang Februar im verabschiedeten Bundeshaushalt festgeschrieben, bis spätestens 2026 fällt die Subvention zur Gänze weg. Die eilig aus dem Hut gezauberte „Tierwohlabgabe“, die für die Konsumenten das Fleisch verteuert, kann kaum zur Kompensation dienen. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) hat zwischenzeitlich eingeräumt, daß der Ertrag aus der Abgabe nicht zweckgebunden den Bauern zufließt. Es folgt der Abgesang auf die Bauernproteste. Die bürgerlichen Medien sind sich einig. Der Spuk protestierender Bauern soll raus aus dem öffentlichen Bewußtsein: „Die Verabschiedung des Haushaltsfinanzierungsgesetzes und damit auch die schrittweise Abschaffung der Agrardieselbeihilfe sind konsequent. Die Landwirtschaft wäre gut beraten, nach vorne zu denken“, zitiert die Frankfurter Rundschau am 6. Februar den Agrarökonom Professor Alfons Balmann. „Nach vorne denken“ also. Als hätten das die Bauern nicht schon längst getan und sind gerade deshalb auf die Straße gegangen. „Vorne“ ist nichts – außer Ruin und Insolvenz.

Profitieren werden die Großbauern. Schon heute verfügen 1,6 Prozent Großbetriebe über mehr als 25 Prozent der Nutzfläche. Der Schwellenwert, unterhalb dessen die Zahl der Betriebe abnimmt und oberhalb dessen die Zahl der Betriebe zunimmt, hat sich bei 100 Hektar eingeepegelt. Betriebe dieser Größe nahmen von 5200 im Jahr 2010 auf 38 000 in 2022 zu. Längst werden nicht mehr nur die „Kleinen“, sondern auch die „Mittelgroßen“ Opfer der Entwicklung auf dem Agrarsektor. Der Deutsche Bauernverband (DBV) bei dem ca. 90 Prozent der Betriebe organisiert sind, rudert bereits zurück und wiegelt ab. Von der Führung des DBV enttäuscht, organisieren die Bauern inzwischen ihre Aktionen selbst. Am 9. Februar erfährt man in der ARD von dem Landwirt Kai Bartels, wie sich die Proteste inzwischen formieren: „Das ist ganz einfach von unten heraus. Wir haben keinen Verband und keine Vereinigung oder so was. Man spricht mit Verwandten, mit Bekannten und geht in eine WhatsApp-Gruppe, bei der sich ein paar Leute zusammengefunden haben.“ Der Widerstand der Bauern ist mittlerweile zersplittert, die Aktionen haben allerdings nichts von ihrer Radikalität verloren. Baumstämme auf der A2, durch Mist blockierte Hafenzufahrten in Bremerhaven sowie Proteste gegen Medienunternehmen. Insbesondere die von Regierungsseite inszenierten Massenaufmärsche „gegen rechts“ haben den Bauern den Eindruck vermittelt, daß die bürgerlichen Medien dies als willkommenen Anlaß nahmen, den Bauernprotest totzuschweigen. In der Nacht zum 8. Februar kipten Landwirte

Mist vor die Tore der „Nordsee-Zeitung“ in Bremerhaven, kurz zuvor blockierten 400 Bauern das Medienzentrum der „Allgäuer Zeitung“ in Kempten. Längst hat sich unter den Bauern herumgesprochen, daß ihre Gegner nicht nur im Berliner Regierungsviertel und den Chefetagen der Lebensmittelkonzerne, sondern auch in den öffentlich-rechtlichen Redaktionsstuben der Nachplapperjournalisten sitzen. Äußerungen des DBV-Präsidenten Joachim Rukwied säen Zweifel, ob die Führung des DBV auf der richtigen Seite steht: „Blockaden dieser Art sind ein No-Go. Wir sind ein Verband, der die demokratischen Gepflogenheiten wahrt. Persönliche Angriffe, Beleidigungen, Bedrohungen, Nötigung oder Gewalt gehen gar nicht.“ Stillhalten ist die Verbandsdevise, Verrat der Kleinbauerninteressen das Ziel. Der Vorsitzende des Südbrandenburger Bauernverbandes, Thomas Göbel, rät: „Wir sagen im Moment, Luft holen, Kraft sammeln für die Frühjahrsbestellung“ – die gleichen Sprüche waren auch schon bei den Protesten Anfang der 70er Jahre zu hören. Damals wie heute genügend Anlaß für Sozialisten und Kommunisten, sich ernsthaft um die „Bauernfrage“ zu kümmern. 1971 versuchte die DKP mit ihrem „Demokratischen Bauernprogramm“ eine Antwort zu geben. Heute geht es darum, ein Bewußtsein dafür zu schaffen, daß die regierungsamtlich verfügbaren Kürzungen bei den Bauern nur einige der Speerspitzen sind, mit denen die Lasten der Krise und die sich schon jetzt anhäufenden Kosten der herbeigewünschten Kriegstüchtigkeit auf die Werktätigen abgewälzt werden sollen.

**Dr. Ralf Hohmann**

## Aufstand der Bauern

„Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will.“ Wer kennt nicht Georg Herweghs Zeilen aus seinem 1863 verfaßten Gedicht. Einst war es Kampfansage der entstehenden Arbeiterbewegung, später der Sozialdemokratie. Aus Furcht vor seinen revolutionären Wirkungen wurde es verboten. Und die Sozialdemokratie mit dem Sozialistengesetz 1878 ebenfalls. Lang, lang ist's her. Die Sozialdemokratie wurde „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“ (Tarnow) und mutierte inzwischen sogar zum „Spitzenpersonal des Imperialismus“, wie Kriegskanzler Olaf Scholz nachdrücklich beweist. Seine Partei ist es auch, die von revolutionärem Geist der Arbeiterklasse nichts mehr wissen will. (...)

Dem Kapitalismus ist es glänzend gelungen, diese Klasse zu spalten, gegeneinander aufzuhetzen und jeglichen revolutionären Gedanken auszutreiben.

Da beweisen inzwischen andere Klassen und Schichten mehr Mut, ja revolutionären Mut. Allen voran die Bauern. Auch Mittelschichten, z.B. Handwerker, Spediteure, solidarisch unterstützt von anderen Selbständigen. Unruhe stiften auch die Lokführer. Auslöser sind regelmäßig soziale Gründe. Aber die

Forderungen der „Aufständischen“ gehen schon weit darüber hinaus. Weg mit dieser unfähigen Regierung, Schluß mit dieser volksfeindlichen Politik, ist immer öfter zu hören. (...)

(...) Die Reaktion der Reaktionäre läßt nicht auf sich warten. Grüne Kriegstreiber mit an der Spitze. Verunglimpft werden Unzufriedenheit, Protest und Aufstand als Rechts- oder Linksextremismus. „Besorgt“ äußern sich die Mächtigen über Unterwanderung durch Extremisten. Sprechen von Überschreitung demokratischer Grenzen. Das Land brodeln. Zwei Drittel der Bevölkerung befürwortet den Protest, so jüngste Umfragen. Die unwilligen und unfähigen Machthaber verschanzen sich hinter ihren Kordons, trauen sich nur unter martialischem Polizeischutz in die Öffentlichkeit. Haben all ihre Gewalten in Stellung gebracht. Fürchten um Macht und Pfünde.

Und sie reden ihre Politik schön. Habeck: „Diese Republik ist der beste Staat, den Deutschland je hatte.“ Kriegslüstern betreiben sie in Wirklichkeit den weiteren Abbau sozialer und demokratischer Rechte und ruinieren das Land.

Mit „freiheitlich-demokratischer“ Ordnung hat das nichts mehr zu tun. Höchste Zeit, dieser Politik Paroli zu bieten. Daß es möglich ist, beweist der „Bauernaufstand“. Noch sind Herweghs Zeilen nicht verboten.

**RA Hans Bauer**  
Berlin

*Redaktionell gekürzt  
Aus: OKV, Mitteilungen 2/24*

### Übrigens

Die DDR –  
Ausgeschrieben:  
Deutsche Demokratische Republik –  
Hatte im Staatsnamen verankert  
Die Demokratie.

In der Bezeichnung BRD –  
Ausgeschrieben:  
Bundesrepublik Deutschland –  
Findet sich dieser Grundsatzbegriff nicht.

**E.Rasmus**

# BSW: Zu programmatischen Aussagen

Langsam war nichts Programmatisches zunächst von Verein, dann von der Partei „Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit“ (BSW) greifbar. Nach der Vereinsvorstellung am 23. Oktober 2023 in der Bundespressekonferenz änderte sich das noch nicht, auch nicht nach der Parteigründung am 8. Januar 2024 in Berlin. Erst seit dem Parteitag am 27. Januar liegt neben dem knappen Parteiprogramm ein 20seitiges weiteres Programm zur Wahl des EU-Parlaments am 9. Juni vor, dazu kommen die Reden auf dem Parteitag. Dennoch äußerten sich viele Menschen in den vergangenen Monaten – auch in Zuschriften an den „RotFuchs“ – zu der noch zu gründenden Partei. Die Meinungen schwankten zwischen manchmal euphorischer Hoffnung auf einen Neuanfang linker Kräfte in der BRD und starker Skepsis, oft verbunden mit dem Hinweis, daß die mit dem Namen Wagenknecht 2018 entstandene Initiative „Aufstehen. Die Sammlungsbewegung“ bereits nach einem halben Jahr im März 2019 zum Erliegen kam.

Bei der Vorstellung des Vereins im Oktober machten die Gründerinnen und Gründer deutlich, daß sie gegen den kriegsbereiten und zum Krieg mobilisierenden politischen Mainstream antreten – gegen die bedingungslos den Völkermord Israels in Gaza unterstützende AfD, gegen die Koalitionsparteien, gegen CDU/CSU und gegen die Partei Die Linke, deren Führung die NATO-Erzählungen nachbetet. Aus BSW-Sicht gehört zu dieser Kriegspolitik die „zunehmende Verengung des Meinungsspektrums“. Einige der BSW-Gründer hatten zu der bisher mit 50 000 Teilnehmern größten Demonstration gegen die deutsche Kriegspolitik am 25. Februar 2023 in Berlin aufgerufen. Die Kundgebung wurde von den Bürgermedien als „rechtsoffen“ verleumdet, ein Etikett, das zunächst auch dem BSW aufgeklebt wurde.

Das hat sich inzwischen geändert: In Politik und den tonangebenden Medien wird seit Wochen die AfD als Hauptfeind behandelt. Das geschieht unter dem Eindruck der hohen AfD-Umfragewerte und angesichts der Massendemonstrationen, die den „Ampel“-Parteien sowie CDU/CSU Gelegenheit boten, von ihrem bedingungslosen Festhalten am Krieg gegen Rußland abzulenken. Sie haben vor allem mit ihrer antisozialen Politik der AfD den Nährboden geliefert. In einigen Bürgermedien keimte sogar die Hoffnung, das BSW könne der AfD bei Wahlen einige Prozente abnehmen.

Das wäre auf jeden Fall ein Erfolg, den die Partei Die Linke nicht einmal mehr anstrebt. Deren Führung rühmt sich des Erfolgs einer „Erneuerungskampagne“, während sich die Austritte der unzufriedenen Basis fortsetzen. Langjährige Genossinnen und Genossen aus dem hessischen Kreisverband Marburg-Biedenkopf kritisierten zum Beispiel laut UZ beim Verlassen der Partei „eine halbherzige Friedenspolitik, anhaltende Unterwanderung durch NATO-ergebene Kreise, verbreitete Abkehr von basisdemokratischen und

anderen zentralen Grundsätzen der Partei, Ausgrenzung und Diffamierung Andersdenkender, Ignoranz gegenüber Verteidigern der Freiheitsrechte, ein getrübt Verhältnis zur Rechtsstaatlichkeit, Vernachlässigung ländlicher Regionen.“ Hinzu komme der „augenscheinliche Mißbrauch von Parolen wie dem ‚Kampf gegen Rechts‘ als Waffe gegen jede Art ungewollter Opposition“. Wer Proteste gegen Corona-Maßnahmen, Massendemonstrationen für Frieden und Abrüstung oder die Proteste gegen eine zum Höfesterben führende Landwirtschaftspolitik „im Namen des Antifaschismus bekämpft, fördert indirekt das Aufkommen eines neuen Faschismus“, zitierte die UZ Martin Gronau, der die „Linke“ bisher im Ortsbeirat Marburg-Weidenhausen vertrat.

Die programmatischen Aussagen des BSW konzentrieren sich auf vier Punkte: „Wirtschaftliche Vernunft“ – womit keine Überwindung des Kapitalismus gemeint ist, sondern vor allem eine Einschränkung der Monopolmacht mit Hilfe von Steuern sowie Veränderungen bei Beihilfen und Vergaben zugunsten mittelständischer Betriebe. „Soziale Gerechtigkeit“, wobei es um Umverteilung von oben nach unten gehen soll, um die Kluft zwischen Arm und Reich etwas zu schließen. Das BSW fordert einen Mindestlohn von 14 Euro. „Frieden“ – wobei sich das BSW auf Willy Brandt und Michail Gorbatschow beruft. Angestrebt werden u. a. „eine neue Ära der Entspannung“, neue Verträge über Abrüstung und gemeinsame Sicherheit. Auslandseinsätze der Bundeswehr lehnt das BSW ab, verlangt aber zugleich eine „angemessene“ Ausrüstung der Armee. Das BSW tritt für eine multipolare Weltordnung und gegen eine neue Blockkonfrontation ein, „in der Europa zwischen den USA und dem sich immer selbstbewußter formierenden neuen Machtblock um China und Rußland zerrieben wird“. Das unterschätzt den unter deutscher Führung immer aggressiver auftretenden EU-Machtblock gewaltig. Der „globale Süden“ hat auf diese Kräfteverhältnisse jedenfalls einen völlig anderen Blick. Der vierte Punkt „Freiheit“ enthält ein Bekenntnis zu mehr Demokratie. Das BSW äußert sich hier auch zur Migration: „Zuwanderung und das Miteinander unterschiedlicher Kulturen können eine Bereicherung sein. Das gilt aber nur, solange der Zuzug auf eine Größenordnung begrenzt bleibt, die unser Land und seine Infrastruktur nicht überfordert, und sofern Integration aktiv gefördert wird und gelingt.“ Migration sei aber „nicht die Lösung für das Problem der Armut auf unserer Welt“, was wohl auch niemand jemals behauptet hat. Migration ist für den Imperialismus ein Instrument für Lohndrückerei und zur Verschärfung der Konkurrenz unter den Ausgebeuteten durch Schüren von Nationalismus. Wer in seiner Heimat politisch verfolgt wird, soll laut BSW Anspruch auf Asyl haben. Das BSW tritt ein für „faire Weltwirtschaftsbeziehungen und eine Politik, die sich um mehr Perspektiven in den Heimatländern bemüht“.

All das besagt: Das BSW will, wie Sahra Wagenknecht auf dem Gründungsparteitag erklärte, keine „Linke 2.0“ sein und ist es auch nicht. Es ist aber eine Partei, die für Kommunisten, Sozialisten und andere Linke auf Grund ihrer Friedensorientierung Bedeutung hat. Das BSW verleiht der weitverbreiteten Stimmung gegen Hochrüstung, Waffenlieferungen und Wirtschaftskrieg Ausdruck. In der sozialen Frage verbreitet es sozialdemokratische Illusionen über eine neue Sozialpartnerschaft, die Gefährlichkeit des deutschen und des von ihm dominierten EU-Imperialismus sieht es nicht. Im Gegenteil. Es wird die Vertretung „eigener Interessen“ durch die EU verlangt, die aber nur Interessen des Monopolkapitals sein können. Insofern ist fraglich, ob das imperialistische, auf kolonialer und neokolonialer Ausplünderung basierende Konstrukt, das die westeuropäischen Gemeinschaften von Beginn an waren, eine „europäische Idee von Frieden, Wohlstand, sozialer Sicherheit und Freiheit“ haben kann. Das BSW tritt „für eine neue gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung ein, um ein gemeinsames Haus Europa aufzubauen“. Diese ist nach 1990, nach der „Charta von Paris“, nicht ohne Grund gescheitert: Der Imperialismus hat kein Interesse an der damit gemeinten gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitsordnung, akzeptiert aber gern die Illusion, eine solche wäre ohne Überwindung der Macht des Monopolkapitals möglich.

So bleibt die DKP zwar die einzige zu den EU-Wahlen kandidierende Partei, die das Friedensthema auf marxistischer Grundlage in den Mittelpunkt stellt, aber das BSW kann und sollte ein wichtiger Bündnispartner sein. Viele Genossinnen und Genossen der Partei Die Linke gehören in diesem Sinne auch zu „uns“, zu allen, die für Frieden und Völkerverständigung eintreten, die Parteiführung nicht mehr. Bis zum 18. März muß auch das BSW 4000 Unterstützerunterschriften für die Wahl zum EU-Parlament vorlegen. Wer kann, sollte dabei helfen. (Formular: [www.bsw-vg.de](http://www.bsw-vg.de))

Arnold Schölzel

## Meine getrennten Freunde!

Ihr dürft euch jetzt nicht hassen in eiseskalter Zeit.

Man kann ein Haus verlassen und bleibt sich nah im Streit.

Im Streit die Hoffnung hassen, kann ein Beginnen sein.

Die Welt ist aufgerissen. Macht eure Gräben klein!

Wer wollte denn erleben in blindgeschossener Zeit, daß die Vernunft vor Gräben umsonst nach Brücken schreit?

Hartmut König  
28. Januar 2024



# Friedenspartei im „Kosmos“

„Nie wieder Krieg“ als deutsche Leitkultur: Das „Bündnis Sahara Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit“ bekennt sich auf seinem Gründungsparteitag zu Antifaschismus und Friedenspolitik

Historischer Tag, historischer Ort: Am 27. Januar hat das „Bündnis Sahara Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit“ (BSW) im traditionsreichen „Kosmos“ in der Karl-Marx-Allee in Berlin-Friedrichshain seinen Gründungsparteitag abgehalten. Rund 400 Mitglieder aus ganz Deutschland sind zusammengekommen, um die Politik des Landes zu verändern, Geschichte zu schreiben. Am Holocaust-Gedenktag, 79 Jahre nach der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau durch die Soldaten der Roten Armee, 80 Jahre nach der Befreiung Leningrads von der mörderischen Hungerblockade der Wehrmacht. „Der Ort hat Geschichte“, erinnert das ZDF kleinteilig. „Walter Ulbricht und Erich Honecker hatten hier im Kino ‚Kosmos‘ Ehrenplätze.“ Das war natürlich abwertend gemeint, tatsächlich spannt das Zweite aber ungewollt einen großen Bogen von der antifaschistischen DDR, deren Armee Zeit ihrer Existenz an keinem Kriegseinsatz beteiligt war, hin zu einem neuen Deutschland, das wieder für Frieden und Miteinander stand.

Die Schriftstellerin Daniela Dahn, parteilos, wie sie betont, verbindet in ihrer Eröffnungsrede Antifaschismus und Friedenspolitik der neuen Partei. Es sei ein „unhaltbarer Zustand“, daß Bürger, die die „Zeitenwende hin zur Kriegstüchtigkeit“ ablehnen, sich gegenwärtig „genötigt sehen könnten, die AfD zu wählen“. Von diesem Parteitag gehe „das unmißverständliche Engagement für Antirassismus und Antifaschismus aus“, sagt sie unter anhaltendem Applaus der Anwesenden. Es ist keine Floskel, es ist überzeugendes Bekenntnis aller wider die Claqueure, die BSW rechts verorten wollen. Und auch das sagt Daniela Dahn unter großer Zustimmung im Saal: „Der Kapitalismus mit seinen verheerenden, militärischen Geostrategien, mit seinen sozialen Verwerfungen und der daraus folgenden Ableitung von Wut auf Sündenböcke – bringt er abermals all das hervor, was schon einmal ins Verderben geführt hat?“ Und sie mahnt: „Alle Geknechteten und Geblendeten vom NS-Regime zu befreien, dafür haben allein 13 Millionen Soldaten der Roten Armee ihr Leben gelassen. Dafür sind wir auf ewig zu Dank verpflichtet, wie immer sich die Weltlage inzwischen verändert hat.“

Es sei immer daran zu erinnern, das größte Verbrechen der Menschheitsgeschichte sei von Deutschen begangen worden, „es war alles andere als ein Vogelschiss“, so Dahn, der es wichtig ist zu betonen, „daß sich gerade am heutigen Datum eine Partei konstituiert, der es am Herzen liegt, das Gedächtnis dafür wachzuhalten und Folgerungen daraus zu ziehen“. Denn es gehe auch darum, „mißbräuchliches Erinnern nicht zu dulden. Welch Schindluder hat ein Außenminister

der Grünen mit der einzig richtigen Schlußfolgerung: ‚Nie wieder Auschwitz‘ getrieben, als er damit den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien rechtfertigte!“ Nichts führe so direkt zur Enthumanisierung wie Krieg, mahnt Dahn. Deshalb sei es so unverzichtbar, „wenigstens eine konsequente Friedenspartei im Parlament zu haben“. Die Ablehnung der Linke-Parteiführung „aus fadenscheinigen Gründen“, die Demonstration „Aufstand für Frieden“ von Alice Schwarzer und Sahara Wagenknecht zu unterstützen, habe den „Bruch endgültig“ gemacht.

„Wir machen uns gemeinsam auf den Weg, die Politik in Deutschland zu verändern“, stimmte die Namensgeberin der Partei die

Miteinanders werden und nicht eine Partei der Intrigen und des Postengeschachters wie alle anderen.“

Unter ebenfalls großem Applaus stimmte Wagenknecht die Partei auf das Wahljahr 2024 ein, mit deutlicher Kritik an der Ampel. Diese sei „die dümmste Regierung Europas“ und führe Deutschland schlimmstenfalls in einen Krieg. Notwendig sei unbedingt ein politischer Neubeginn. Wagenknecht warnte, alle Proteste als „rechts“ oder „rechtsoffen“ zu diffamieren. Es seien „verrückte Diskussionen, die wir in unserem Land teilweise führen. Das Werben für Frieden: rechts. Die Verteidigung der Bauernhöfe: rechts. Die Kritik an Schulschließungen und Konformitätsdruck in der Corona-Zeit: rechts. Die For-



Foto: Webseite der Partei BSW

Mitglieder im „Kosmos“ auf den Aufbruch ein. Die jüngsten Meinungsumfragen geben ihr recht, BSW kommt aus dem Stand bei INSA auf sieben Prozent, weitere elf Prozent können sich vorstellen, die neue Partei zu wählen, während Die Linke mit drei Prozent einen neuen Tiefpunkt erreicht. Tatsächlich kommen viele BSW-Mitglieder aus der Linkspartei, wo sie sich über viele Jahre engagiert haben. Viele kommen aber eben auch aus anderen Parteien oder haben sich das erste Mal in ihrem Leben entschieden, politisch aktiv zu werden, darunter Gewerkschafter, Betriebsräte, erfolgreiche Unternehmer, Krankenpfleger und Polizisten, Theologen und Atheisten, Großstädter und Dorfbewohner, wie Sahara Wagenknecht betonte. In einem Land, das sich immer mehr in Lager spalte und in dem die einzelnen Milieus sich immer seltener begegnen, sei das keine Selbstverständlichkeit, sondern etwas „ganz Besonderes und Wertvolles“. Das BSW werde auch nur erfolgreich sein, wenn die Unterschiedlichkeit als Gewinn begriffen werde, „wenn wir Toleranz und Respekt nicht nur in der Gesellschaft einfordern, sondern auch hier in unserer Partei leben“, so Wagenknecht. „Wir sind keine Linke 2.0 und das muß auch für unseren Umgang miteinander gelten. Laßt uns eine Partei des

derung nach Begrenzung der Zuwanderung und die Sorge vor islamistischen Parallelgesellschaften: rechts.“ Und nachdem man den Leuten jahrelang eingehämmert habe, daß alles Vernünftige rechts sei, „wundert man sich, wenn am Ende eine tatsächlich rechte Partei, die Rechtsextremisten und Nazis in ihren Reihen hat, als Sieger hervorgeht, jetzt bei über 20 Prozent steht und im Osten auf die absolute Mehrheit hofft.“ Dies sei nicht erstaunlich und auch nicht Ergebnis einer besonders genialen Politik in der AfD-Zentrale, sondern es sei „das Ergebnis der falschen Politik im Berliner Regierungsbezirk“. Wenn jetzt Ampel-Politiker auf die Straße gehen und „heldenhaft“ demonstrieren gegen die Ergebnisse ihrer eigenen Politik, sei das „Heuchelei und Scheinheiligkeit“. „Man muß es ganz klar sagen, wenn sie die AfD wirklich schwächen wollen, dann müssen sie nicht demonstrieren, sondern endlich ihre miserable Politik verändern“, erklärte Wagenknecht unter großer Zustimmung der Anwesenden. Es sei verständlich, daß sich viele Menschen an den Demonstrationen beteiligten, weil sie „ehrlich Angst haben vor dem Erstarken der AfD und diese Angst habe ich auch“. Aber natürlich müsse man auch sagen, wer die AfD wirklich schwächen will,

der sollte auch für politische Forderungen demonstrieren“, etwa einen höheren Mindestlohn von wenigstens 14 Euro, für bessere Renten und ein Rentensystem wie in Österreich, für bezahlbare Energie und gegen die Wirtschaftssanktionen, die nicht Rußland, sondern die deutsche Wirtschaft ruinieren, für einen Mietendeckel und für Krankenhäuser ohne Renditedruck, für Frieden und ein Ende der Hochrüstung, „und am besten gleich für Neuwahlen und ein Ende der unsäglichen Ampel“. Es sei absurd, daß die AfD heute als „Friedenspartei“ gelte, obwohl sie den Rekordrüstungsetat der Ampel eher noch zu klein findet. Und CDU-Chef Friedrich Merz im Kanzleramt wäre „ganz sicher nicht das kleinere Übel“, betonte Wagenknecht ausdrücklich. Der BlackRocker wolle die Rente noch weiter kürzen und Taurus-Marschflugkörper an die Ukraine liefern, „damit Selenskyi demnächst mit deutschen Waffen sogar Moskau angreifen kann“. Wagenknecht betonte: „Dieser Krieg muß beendet werden und war ganz schnell auf dem Verhandlungsweg. Und das wäre möglich, wenn man es wirklich wollte.“ Sie finde es „seltsam“, daß in dem Land, „das angeblich so tapfer unsere Freiheit und unsere Werte verteidigt, ein Nazi-Kollaborateur wie Stepan Bandera, dessen Milizen am Holocaust beteiligt waren, der für die Morde an tausenden Juden, Russen und Polen verantwortlich ist, als Nationalheld verteidigt und verehrt wird, nach dem Straßen und Plätze benannt werden, und daß diese wirkliche

Rechtsoffenheit unsere grünen Moralapostel überhaupt nicht stört. Das zeigt die Doppelmoral und Heuchelei ihrer Politik.“

Oskar Lafontaine bekräftigte in einer fulminanten Schlußrede des Parteitages die notwendige Klarheit in der Friedensfrage und schlug dabei den Bogen zu dem von Daniela Dahn gemachten Auftakt. „Wir erinnern uns an den Tag, an dem Auschwitz befreit wurde von der Roten Armee. Dieser Tag ist eine Verpflichtung für alle, die in Deutschland Politik machen, angesichts des industriellen Tötens von sechs Millionen Juden alles zu tun, daß das niemals wieder passiert.“ Und „weil man uns immer wieder Affinität zur AfD andichten will, eine weitere Bemerkung: Die AfD steht wie keine andere Partei an der Seite Israels auch jetzt in diesem Krieg gegen Gaza. Es gibt kein kritisches Wort gegenüber der israelischen Armee. Ich halte diese Position für völlig unhaltbar. Für mich ist das, was im Gazastreifen geschieht, ein Kriegsverbrechen, das wir anklagen müssen, ohne jede Einschränkung.“ Und „wenn man Schuld empfinde angesichts der Ermordung von sechs Millionen Juden, dann muß man doch auch Schuld empfinden angesichts der Ermordung von 27 Millionen Sowjetbürgern. Und so wie es angesichts unserer Geschichte niemals vertretbar wäre, wieder Waffen zu liefern, mit denen Juden ermordet werden können. Genauso verwerflich ist es, Waffen zu liefern, mit denen wieder Russen ermordet werden können.“ Er wünsche sich, so Lafontaine, daß

die Parole „Nie wieder Krieg“ wieder zum „Leitmotiv unserer Gesellschaft wird, zur deutschen Leitkultur“.

Der Parteitag im „Kosmos“ hat sich deutlich und ausnahmslos gegen Krieg und für Frieden ausgesprochen. Die neue Partei fordert einen sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine und im Gazastreifen sowie einen Stopp der Waffenlieferungen und eine Beendigung der Wirtschaftskriege. Sahra Wagenknecht hat dies bei anderer Gelegenheit ausdrücklich auf die verheerenden Folgen der Syrien-Sanktionen bezogen, die den Wiederaufbau des Landes blockieren und den Menschen jede Zukunftsperspektive rauben, so daß sie sich zur Flucht gezwungen sehen. Die Klarheit der Positionierung gegen Krieg und für Frieden, den für das Überleben der Menschheit zentralen Fragen, kann gar nicht hoch genug bewertet werden.

„All das verdient Unterstützung“, betonte Daniela Dahn im „Kosmos“. „Gemessen daran, sind die offenen oder auch umstrittenen Fragen nachrangig. Nicht zweitrangig.“ Die Partei steht objektiv links von allen anderen im Bundestag, ihre zehn Abgeordneten sind zu recht entsprechend im Plenarsaal platziert.

**Rüdiger Göbel**

*Redaktionell gekürzt*

*Die Reden des Parteitages auf Youtube: <https://www.youtube.com/@BuendnisSahraWagenknecht/videos>*

## Nachfolgend veröffentlicht der RF Leserbrief, die uns zum Bündnis Sahra Wagenknecht erreichten

### Wie ich zum Bündnis Sahra Wagenknecht fand

Ich melde mich zu Wort, weil in einigen Beiträgen im Februar-„RotFuchs“ eine gewisse Zurückhaltung zum Bündnis Sahra Wagenknecht für mich erkennbar ist.

Ich bin Mitglied des BSW und möchte begründen, warum ich eingetreten bin. Im Leitartikel von Arnold Schölzel in der Februar-Ausgabe, dem Beitrag von Susan Bonath und in der Presseerklärung der DKP „Gegen die Rechtentwicklung – Für Heizung, Brot und Frieden“ finden sich so viele Gründe, warum es dieser Partei dringend bedarf, einer starken Partei, die sich gegen die Rechtentwicklung in unserem Land stellt. Das BSW hat momentan kaum mehr als 500 Mitglieder und schon mischt es die Parteienlandschaft gewaltig auf. Das Politbarometer des ZDF vom 3. Februar weist es bereits mit sechs Prozent aus, die Linke liegt nur noch bei drei Prozent. Für mich ist das ein Beweis dafür, daß sich sehr viele Menschen nach einer wirklichen Alternative zum bestehenden Parteiensystem sehnen.

Seit 1989 war ich Mitglied der PDS, viele Jahre Kreisvorsitzender im Landkreis Aschersleben-Staßfurt, ich saß für die PDS im Landtag von Sachsen-Anhalt, mehr als 20 Jahre im Kreistag und war neun Jahre Bürgermeister von Löderburg, dem größten Dorf unseres Landkreises. Mit vielen anderen Genossen und Genossinnen waren wir auf Straßen und Plätzen präsent, haben Politik für die Abgehängten gemacht und sehr viel Sympathie und Zulauf erfahren. Wir waren eben die „Kümmererpartei“. Das wurde im Laufe der Jahre immer weniger. Jöran Klatt und Constantin Braun haben in der Januar-Ausgabe des „RotFuchs“ treffend den Niedergang dieser einst stolzen Partei beschrieben. Dem ist nichts hinzuzufügen. Lange, bevor ich vor sieben Jahren die Linke verlassen habe, hatte ich mich an Dietmar Bartsch, Gregor Gysi, Jan Korte und die Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt mit einem Offenen Brief gewandt. In dem Brief, den ich auch vor dem Parteitagsgelände an alle Delegierten verteilte, hatte ich meinem Unmut Ausdruck verliehen. Geholfen hat es nichts. So habe ich schweren Herzens meine Partei verlassen.

Seit 2014 bin ich ein aktiver Unterstützer der Solidarität mit den ostukrainischen Volksrepubliken, deren Führer von maßgeblichen Genossen der PDL als „Separatisten“ diffamiert worden sind. Als Mitglied der „Friedensbrücke“, die von der couragierten Liane Kilinc und Dr. Raissa Steinick aus Thüringen geleitet wird, habe ich sehr viele medizinische Güter, Krankenhausbetten, Kinderkleidung und Spielsachen, Nähmaschinen und Kleidung für Erwachsene gesammelt. Zahlreiche Genossen aus unserem Kreis haben dabei tatkräftig geholfen. Von der Führung der Linkspartei gab es kaum Reaktionen darauf.

In der Februar-Ausgabe 2022 des RF ist ein Brief abgedruckt, den ich an den Fraktionsvorsitzenden der SPD im Bundestag geschrieben habe. Der Brief datierte vom 19. Dezember 2021. Darin machte ich auf das aufmerksam, was dann acht Wochen später passierte. Und wie hat sich Die Linke zum russischen Einmarsch in die Ukraine positioniert? Gysi, Bartsch und andere setzten ihn mit den verbrecherischen Kriegen der USA und ihrer Verbündeten in Jugoslawien, Libyen, dem Irak und Syrien gleich, sie verurteilten

den faschistischen Putsch im Februar 2014 kaum. Es gab nie einen geharnischten Protest gegen das jahrelange Morden der ukrainischen Soldateska in Donezk, Lugansk, Gorlowka und vielen anderen Orten. Wer mit den dortigen Menschen mitgelitten hat, konnte das russische Eingreifen nicht verurteilen. Kurz und gut, ich bin froh, wieder eine politische Heimat gefunden zu haben. Keine der anderen Bundestagsparteien ist für mich wählbar. Ich hoffe, daß das BSW die Menschen von seinen unterstützenswerten Zielen überzeugen kann. Es ist wichtig zu erkennen, daß die AfD mit falschen Karten spielt und nicht die Alternative ist, für die sie sich ausgibt. Wir müssen aktiv werden gegen eine beängstigend stark gewordene AfD und gegen eine Regierung, die den Kriegskurs forciert und das Land dem Untergang preisgibt.

Ich will dazu beitragen, daß das Bündnis Sahara Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit die Kraft entwickelt, den Etablierten wirksam die Stirn zu bieten.

**Dr. Rolf Funda, Staßfurt**

in die Beamtenschaft zurückzuholen, verurteilte Massenverbrecher so schnell es ging aus den Gefängnissen zu holen und mit Pensionen zu bedenken. „Neuer Name – alter Geist!“

In perfektionierter Heuchelei rufen die Verursacher der Misere nun unisono: „Haltet den Dieb!“ und hoffen, damit ein ganzes Volk hinters Licht und in den Abgrund führen zu können.

Offenheit und Aufklärung der fundamentalen gesellschaftlichen Ursachen sind die Voraussetzung für die Formierung einer wirklichen Gegenbewegung. Dies bei der gegenwärtigen medialen und informationstechnischen Unterdrückung der Wahrheit zu leisten, dürfte die erste riesengroße Hürde zur Erhaltung einer Aussicht auf Änderungen sein, die dann nur von sehr mutigen Menschen mit einem klaren und gut begründeten Programm umgesetzt werden können. Dabei wird das kleine Wörtchen Macht und dessen Verhältnis zum Wörtchen Freiheit eine maßgebliche Rolle spielen.

**Renato Lorenz, Berlin**

## Worauf es ankommt

Natürlich hat die extreme Rechte Erfolg, wenn die Bürgerlichen mit ihrer „Demokratie“, die Liberalen ohne Liberalität und die Linken ohne linke Konsequenz und sie alle zusammen nicht einmal mehr die Tatsachen verschleiern können, die sich für die Mehrheit der Bevölkerung aus deren Politik ergeben haben. Die AfD braucht diese nur – meist sogar wahrheitsgetreu – zu benennen, um den Nerv von Unzufriedenen zu treffen.

Die allgemeine Desinformation und die zunehmende politische Naivität werden durch die verbreitete Unwissenheit über gesellschaftliche und historische Zusammenhänge und wegen der ängstlich verfolgten Eigeninteressen am Erhalt der eigenen Existenz immer größer. Da braucht es kein schlüssiges Konzept, sondern nur die Erhebung von Vorwürfen, die jedermann von den sicht- und spürbaren Zuständen in der Gesellschaft als bewiesen erkennen kann.

Es ist der Zeitpunkt gekommen, ein erreichbares Angebot über die notwendigen Änderungen zu vermitteln. Die Linken haben sich mit ihrem offensichtlich gewordenen Streben nach „Mitverantwortung“ im Schoß der bestehenden Gesellschaftsstruktur, insbesondere durch die Illusion, etwas durch Minderheitsbeteiligung an Regierungen bewegen zu können, disqualifiziert. Sollte die BSW-Partei diesen Fehler wiederholen und zudem verheimlichen, daß aus dem Dilemma nur der Weg über eine gesellschaftliche Umwälzung in sozialistische Verhältnisse führt, wird sie schnell zu weniger als eine Randnotiz der Geschichte werden. Die Medien der Herrschenden arbeiten jetzt schon mit allen Mitteln daran.

Und sie haben viele Mittel und Möglichkeiten, wie die aktuellen Demonstrationen gegen rechts beweisen. Dazu gehört auch, vergessen zu machen, daß sie selbst die Geister riefen, die sie vorgeben, nun wieder loswerden zu wollen. Doch man tat alles, Nazis Anfang der 50er Jahre schnell wieder

## Sozialismus-Frage nicht beantwortet

Im Februar-Heft fand der Aufsatz von Rudolf Krause „Zum Bündnis Sahara Wagenknecht“ mein besonderes Interesse. Eine mir nicht unwichtig erscheinende Problematik hat er unberührt gelassen – die Haltung von Sahara Wagenknecht zum Sozialismus. Im Grunde genommen sind ihre Forderungen unter kapitalistischen Verhältnissen nicht realisierbar, dazu braucht es die grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft hin zum Sozialismus.

Die PdS als Vorgängerpartei der Linken hatte den Sozialismus noch im Parteinamen, konnte dieser Frage also nicht ausweichen. Die Linke geht dieser Frage allgemein aus dem Wege, vertritt eine allgemeine pluralistische linke Haltung und vermeidet eine klare sozialistische Profilierung, dabei sollte es ihre Aufgabe sein, die Menschen auf eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft vorzubereiten.

Nach 1989/90 ist der Sozialismus in breiten Kreisen der Bevölkerung in Verruf geraten – aber es ist ja nicht der Sozialismus schlechthin gescheitert, sondern nur ein mit vielen Unzulänglichkeiten verbundener Versuch der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft. Der Kapitalismus ist effektiv nicht mehr in der Lage, die anstehenden Probleme zu meistern. Aber es wird dauern, bis der Sozialismus als Perspektive wieder eine Mehrheit im Bewußtsein der Bevölkerung erlangt. Doch deshalb darf man diese Frage doch nicht umgehen, sondern muß sich bemühen, sie breiteren Bevölkerungskreisen verständlich zu machen. Diese Problematik zu verschweigen – so Sahara Wagenknecht – bringt den durchaus berechtigten Vorwurf des Populismus. Trotzdem werde ich bei den bevorstehenden Wahlen dem BSW meine Stimme geben.

**Dr. Peter Hoffmann, Nassenheide**

## Meine Meinung

Den Leserbrief von Peter Truppel aus Cottbus im Januar-RF fand ich sehr interessant, weil ich ähnlich gelagerte Ansichten auch schon in meiner näheren Umgebung gehört habe. Natürlich kann man dem nur zustimmen, was die weltanschaulichen Grundgedanken und Zusammenhänge anbelangt.

Die alles entscheidende Frage bleibt jedoch weitestgehend offen: Wie und mit wem setze ich das in der gegenwärtigen Situation um? Auf keinen Fall kann ich davon ausgehen, daß alle anderen meine Weltanschauung teilen. Nehmen wir nur die gegenwärtigen Bauernproteste. Diese Menschen kämpfen zu recht um ihre Existenz bzw. ihre Zukunft, doch gesellschaftliche Veränderungen sind für sie ein Randproblem. An einem Traktor las ich ein Schild, auf dem die Ampelregierung mit der DDR und der Planwirtschaft verglichen wurde. Gelegentlich ertönte auch ein Ruf: „Wir sind das Volk!“ Die Protestler sind für mich momentane Verbündete, aber nur die wenigsten Gleichgesinnte. Hinzu kommt der enorme Druck, den die bürgerliche Propaganda auf diese Menschen ausübt und dem viele nichts entgegenzusetzen haben. So bediente sich ein Redner auch der populären und irreführenden Einteilung in „Diktatur und Demokratie“ und glaubte, den Teilnehmern das erklären zu müssen.

Die ungenügende Berücksichtigung des Bewußtseinsstandes der Menschen ist nach meiner Auffassung die größte Schwachstelle linker Politiker. Wenn ich den Landwirten und Kleinunternehmern mit dem Vokabular von Peter Truppel kommen würde, könnte ich mir ihre Gegenreaktion schon vorstellen: „Die Ampel will unsere Betriebe kaputt machen und die Sozialisten wollen sie verstaatlichen. Wo ist nun der Unterschied, denn in beiden Fällen bin ich mein Eigentum los!“

Mich persönlich ärgert es, wenn linke Kräfte es einfach nicht verstehen, mit ihrer Argumentation den sogenannten kleinen Mann auf der Straße zu erreichen oder auch nur auf ihn zuzugehen. Wunschenken oder gar „Holzhammermethoden“ sind hier vollkommen unangebracht!

Bei der Bewertung politischer Verlautbarungen und insbesondere des Verhaltens und Auftretens ihrer Protagonisten hat sich bei mir der Grundsatz bewährt: „Wenn der politische Gegner dich lobt, dann hast du etwas falsch gemacht!“ Warum wohl läßt man Schirdewan, Ramelow & Co. in Ruhe, während Sahara Wagenknecht immer wieder ins Zentrum der Angriffe gerückt wird? Sie hatte doch zum Schluß weder bei den Linken noch im Bundestag irgendeine Funktion inne.

Ich wünsche ihr jedenfalls viel Geschick, weiterhin einen großen Zulauf und eine noch stärkere Immunität gegenüber der bürgerlichen Propaganda. Ihr Einfluß und der ihrer echten Mitstreiter wird weiter wachsen, nicht durch einfaches Wiederholen von Leitsätzen aus den Werken von Marx, Engels und Lenin, sondern durch kluges und geschicktes Umsetzen unter strikter Beachtung der Realität und dem Verständnis für die Belange des einfachen Volkes.

**Hans-Jürgen Schmidt, Neubrandenburg**

# Kriegshaushalt der Ampel beschlossen

Der im Bundestag verabschiedete Haushalt der Ampelregierung für das Jahr 2024 ist die in Geld gegossene Handlungsmaxime in Richtung Krieg. Bildung, Bahn und Bau – überall kürzen SPD, Grüne und FDP. Bei Rentnern wird gestrichen, bei der Gesundheit, beim Müttergenesungswerk und der Jugendhilfe. Die Bauern müssen mehr für ihren Agrardiesel zahlen, der Strom wird teurer gemacht. Bei Armee und Aufrüstung aber buttert die Ampel richtig drauf. Von den Gesamtausgaben in Höhe von 477 Milliarden Euro in diesem Jahr geht fast jeder fünfte Euro in Waffen und Militär. Finanziert auch mit Kriegskrediten. Rund 90 Milliarden Euro, mehr als je zuvor seit 1945. Mit dabei die neuen Waffengeschenke an die Ukraine für den US-Stellvertreterkrieg, die auf

acht Milliarden Euro verdoppelt wurden. Bezahl wird mit Elend und Armut hier.

Die Ampel hat sich dem Aufbau militärischer Stärke verschrieben, meldet „Führungswillen“ an, sieht sich in einer „Führungsverantwortung“ und erhebt nicht nur innerhalb der EU, sondern auch für die NATO Anspruch auf eine „gestaltende Rolle“. Für die baltischen Staaten spielt man Schutzmacht. Die von Lettland geplanten Massenausweisungen von Russen scheinen da kein Hinderungsgrund. Im Gegenteil. Deutschland soll an die vorderste Front. Russenhaß ist offenbar willkommene Legitimation. Eine Regierungspolitik als Geisterfahrt in die deutsche Geschichte.

Beim laufenden Großmanöver „Steadfast Defender“ proben Bundeswehr und

NATO-Verbündete gerade mit 90 000 Soldaten einen umfassenden Krieg mit Rußland. In Brüssel boxt Kanzler Scholz 50 Milliarden Euro Wirtschaftshilfen für die Ukraine durch, wovon zwölf Milliarden die deutschen Steuerzahler berappen müssen, und mahnt weitere Aufstockungen bei den Waffenlieferungen an Kiew an. So soll der finanzielle Rückzug der USA kompensiert werden.

In den zehn Jahren seit Beginn des Ukraine-Konflikts mit dem US-finanzierten Maidan-Putsch 2014 sind die deutschen Militärausgaben fast verdreifacht worden.

Sevim Dagdelen

Redaktionell gekürzt  
Aus: junge Welt, 3.2.2024

## Aufmarschgebiet Deutschland

*Deutsche Militärs erarbeiten erstmals seit dem Kalten Krieg einen konkreten Operationsplan für militärische Operationen auf deutschem Boden im Fall eines Krieges mit Rußland. Deutschland ist laut NATO-Plänen Drehscheibe für den Aufmarsch nach Osten.*

### Operationsplan Deutschland

Zum ersten Mal seit dem Kalten Krieg stellt die Bundesrepublik einen umfassenden „Verteidigungsplan“ auf, bei dem es sich um konkrete Planungen für „den operativen Einsatz der Bundeswehr in Deutschland in Frieden, Krise und Krieg“ handelt. Hintergrund ist die sich mit der drohenden weiteren militärischen Eskalation des Einflußkampfes zwischen den NATO-Staaten und Rußland „verschärfende sicherheitspolitische Lage in Europa“, erläutert die Bundeswehr: Es gelte, sich „letztendlich auch“ auf „Krieg einzustellen“. Wesentliche Teile der deutschen Streitkräfte sind inzwischen in unterschiedlicher Form im NATO-Aufmarsch in größtmöglicher Nähe zur russischen Westgrenze gebunden. Die deutschen Militärs gehen bei der Erarbeitung des Operationsplans davon aus, daß „ein größerer Teil“ der Bundeswehr „in Deutschland selbst nicht eingeplant“ werden könne, da er „an der Ostflanke“ der NATO „gebraucht“ werde. Nicht zuletzt deshalb stützt sich der Operationsplan maßgeblich auch auf die Einbindung ziviler Kräfte und Reservisten.

### Nach Osten

Mit dem Plan erhofft sich die Bundeswehr eine „schnelle Handlungsfähigkeit über alle Ressort- und Ländergrenzen hinweg“. Das Papier soll die Bundesrepublik befähigen, den „Aufmarsch der alliierten Streitkräfte über und durch Deutschland an die NATO-Ostflanke“ durchzuführen. Dabei gehe es unter anderem um die Verkehrsleitung bei Truppenmärschen, um das Betanken der Militärfahrzeuge, um Unterstützung bei technischen Problemen und um die Unterbringung und Verpflegung der NATO-Soldaten auf ihrem Weg nach Osten. Ziel und

Aufgabe der deutschen Streitkräfte sei es, „Aufmarschwege für Verbündete“ freizuhalten und „Konvois (zu) versorgen“. Dieser sogenannte Host Nation Support zählt demnach zu den „wesentlichen Beiträgen“ Deutschlands zur NATO-Verteidigungsplanung und damit „letztlich auch zur Landes- und Bündnisverteidigung“. „Bereits jetzt“ laufen nach Angaben der Bundeswehr „verstärkte Übungen“ in diesem Bereich: Der Umfang der Truppenbewegungen habe wesentlich zugenommen, die Reaktionszeiten seien geringer geworden.

### Vom Frontstaat zum Aufmarschgebiet

Bei der Ausarbeitung des Operationsplans greifen die deutschen Militärs nach Angaben des verantwortlichen Generals André Bode, Befehlshaber des Territorialen Führungskommandos der Bundeswehr, „auf alte Überlegungen aus dem Kalten Krieg“ zurück. Allerdings seien die damaligen Kriegspläne „nicht eins zu eins übertragbar“. Hintergrund sind mehrere Jahrzehnte Ostexpansion von EU und NATO und damit auch des unmittelbaren deutschen Einflußgebietes über die ehemalige Westgrenze der Sowjetunion hinaus. Mit seiner Expansion nach Osten hat der NATO-Block nicht nur die Nachkriegsordnung untergraben, sondern auch Deutschlands strategische Position im Ringen der Großmächte um Osteuropa verändert. Während des Kalten Krieges verlief die Frontlinie zwischen den Blöcken noch durch die heutige Bundesrepublik bzw. durch Berlin. Heute stoßen die Einflußsphären viele hundert Kilometer weiter östlich aufeinander. Die Bundesrepublik ist nicht mehr Frontstaat, sondern „die logistische Drehscheibe für Marschbewegungen der Partnerstreitkräfte“ auf dem Weg nach Rußland, wie das Verteidigungsministerium formuliert.

### Angriffe auf die Infrastruktur

General Bodemann rechnet deshalb „nicht“ mit einer „Panzerschlacht“ auf deutschem Boden. Aufgrund Deutschlands „geostrategischer Lage“ als militärisches Transitland gehen die

Militärplaner vielmehr von Angriffen auf die „kritische Infrastruktur“ aus. Wahrscheinlicher seien Sabotageaktionen mit dem Ziel, „den Aufmarsch zu behindern oder zu verhindern“ – etwa durch „irreguläre Kräfte“ oder „eingesickerte“ Spezialkräfte –, aber auch Angriffe mit „ballistischen Raketen“. Insbesondere Häfen, Brücken und Energieunternehmen seien „bedroht“.

### Ausbau der Marschwege

Berlin treibt bereits seit Jahren Maßnahmen voran, um europaweit die infrastrukturellen Voraussetzungen für die Verlegung militärischer Großverbände zu verbessern – beispielsweise mit den PESCO-Projekten Network of Logistic Hubs und Military Mobility. Ziel ist nach Angaben des deutschen Verteidigungsministeriums der „Aufbau eines europäischen Logistik-Netzwerkes, um Ausrüstung, Material und Munition zu lagern und für Transporte vorzubereiten“. Zudem sollen Verfahren für Truppenbewegungen zwischen den EU-Staaten beschleunigt und die Verkehrsinfrastruktur modernisiert werden – „insbesondere in Richtung NATO-Ostflanke“.

### Militärischer Musterkorridor

Jüngster Vorstoß in diesem Bereich ist eine kürzlich von den Niederlanden, Deutschland und Polen unterzeichnete Absichtserklärung, in der sich die drei Staaten dem Aufbau eines „grenzüberschreitenden Musterkorridor(s) für den militärischen Verkehr von Westen nach Osten“ verschreiben. Laut Verteidigungsministerium planen Den Haag, Berlin und Warschau gemeinsam „die Organisation des zentralen militärischen Verkehrs (der NATO-Nachschubtruppen) von West nach Ost“. Verantwortlich für die Umsetzung des Musterkorridors „von den Tiefseehäfen an der Nordsee an die besonders exponierte NATO-Ostflanke“ ist die im deutschen Ulm angesiedelte NATO-Kommandostruktur JSEC, die „sämtliche Truppenbewegungen der NATO im europäischen Bündnisgebiet“ koordiniert.

german-foreign-policy.com, 7.2.24



# Antirussische Kriegsrhetorik nimmt an Fahrt auf

Nachdem die Unterstützung für den Stellvertreterkrieg der NATO gegen Rußland in der Ukraine Anzeichen eines Zusammenbruchs zeigt, nimmt die hysterische antirussische Rhetorik an Fahrt auf, bis dann der Countdown zu einem umfassenden Krieg eingeläutet wird. Das Jahr 2024, das gerade erst begonnen hat, ist bereits gezwungen, sich mit verantwortungslosen Vorhersagen eines bevorstehenden Zusammenstoßes zwischen der NATO und Rußland auseinanderzusetzen, was nichts Geringeres als den Ausbruch des Dritten Weltkriegs bedeuten würde.

Europa habe drei bis fünf Jahre Zeit, sich darauf vorzubereiten, bis Moskau zu einer militärischen Bedrohung an der Ostflanke der NATO wird, verlaublich sagte die estnische Premierministerin Kaja Kallas in einem Interview mit der britischen Times. „Unser Geheimdienst schätzt, daß es drei bis fünf Jahre dauern wird, und das hängt stark davon ab, wie wir unsere Geschlossenheit wahren und unsere Haltung gegenüber der Ukraine beibehalten“, sagte Kallas.

Um angesichts dieser Ansage nicht ins Hintertreffen zu geraten, veröffentlichte die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) unter Hinweis auf Rußlands „imperiale Ambitionen“ einen Bericht, in dem es heißt, daß der Kreml „möglicherweise nur sechs bis zehn Jahre braucht, um seine Armee so weit aufzubauen, daß er einen Angriff auf die NATO wagen könnte“.

Jeder, der am Wunsch Rußlands zweifelt, die Feindseligkeiten in der Ukraine endlich zu beenden, muß nur an die Gespräche in Istanbul im Jahr 2022 denken, bei denen die ukrainische Delegation Berichten zufolge kurz vor der Annahme eines Waffenstillstands stand, nur wenige Wochen nach Beginn der umfassenden militärischen Operation Moskaus. Doch diese Bemühungen wurden offenbar vom damaligen britischen Premierminister Boris Johnson zu nichtegemacht, der seine Marschbefehle von niemand geringerem als dem Hegemonen auf der anderen Seite des Atlantiks entgegennahm. Über die Rolle von Boris Johnson bei der Zerschlagung jeglicher Hoffnung auf Frieden wurde im Mai 2022 in der Online-Publikation *Ukrainska Prawda* berichtet. Dem Medium

zufolge kam der britische Premierminister mit „zwei simplen Botschaften“ überraschend in Kiew an: Wladimir Putin sei „ein Kriegsverbrecher“, mit dem nicht verhandelt werden dürfe, und daß der Westen, selbst wenn Kiew bereit sei, ein Abkommen mit Moskau zu unterzeichnen, dazu nicht bereit sein wird. Mit anderen Worten: Es ist der Westen, der einen fortgesetzten Krieg zwischen Moskau und Kiew wollte, nicht Rußland.

Die Ausarbeitung der Rußland unterstellten Absichten entstand nicht im luftleeren Raum. Die USA steuern kopfüber auf eine bedeutende Präsidentschaftswahl zu, deren Ausgang den weiteren Verlauf des Konflikts in der Ukraine maßgeblich bestimmen wird. Wie man sehen kann, haben die Demokraten nicht die Absicht, die Macht abzugeben, nachdem so viel Kriegsbeute auf dem Spiel steht. Aus diesem Grund werden die Monate vor den US-Präsidentschaftswahlen von allen möglichen aggressiven Gebärden begleitet werden, die in Richtung Rußland gerichtet sind, mit dem Ziel, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß Westeuropa kurz vor einer Invasion russischer Streitkräfte steht.

Abgesehen von den lächerlichen Prognosen einer bevorstehenden russischen Invasion, verstärken die NATO-Mitgliedsstaaten den Angstfaktor, indem sie ihre größte Militärübung seit einem Jahrzehnt veranstalten – direkt im Grenzgebiet zwischen der Ukraine, Polen und Deutschland. An den Kriegsspielen unter dem Motto „Steadfast Defender 2024“ (Standhafter Verteidiger 2024) nehmen rund 90 000 Soldaten aus allen 31 Mitgliedsstaaten der NATO teil – inklusive Schweden.

Die letzte Militärübung, die mit der jetzigen vergleichbar wäre, fanden 1988 auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges statt, als 125 000 westliche Truppen zu den von den USA angeführten „Reforger“-Manövern zusammenkamen.

Christopher Cavoli, Oberbefehlshaber der Alliierten für Europa, sagte während einer Pressekonferenz, daß die Übungen ein „sich abzeichnendes Konfliktszenario gegen einen gleichberechtigten Gegner“ simulieren würden. Es versteht sich von selbst, daß diese massiven Kriegsspiele zu einem sehr prekären

Zeitpunkt im Kräftemessen zwischen Rußland und der Ukraine stattfinden, ein Kräftemessen, das Rußland mit Leichtigkeit gewinnen würde. Sollte sich die Situation in Kiew weiterhin verschlechtern, besteht jedoch die Möglichkeit, daß „Steadfast Defender“ als Finte der NATO-Streitkräfte genutzt wird, um in die Westukraine einzumarschieren und diese zu besetzen.

Diese Idee hat in jüngster Zeit bei westlichen Militärexperten großen Anklang gefunden. Abgesehen von der Möglichkeit militärischer Stellvertreteraktionen gegen Rußland, muß Moskau mit einer Reihe von „Nadelstichen“ durch die Lakaien der NATO und nicht zuletzt durch die baltischen Staaten rechnen.

Im Jahr 2022 verabschiedete das lettische Parlament beispielsweise ein Gesetz, nach dem alle russischen Staatsangehörigen bis zum 1. September 2023 nachweisen mußten, daß sie die lettische Sprache beherrschen, andernfalls drohe ihnen die Abschiebung.

Vor kurzem bestätigte Riga, daß geplant ist, 985 Russen abzuschubsen, weil sie den Sprachtest entweder nicht bestanden oder nicht angetreten haben. Unnötig zu erwähnen, daß diese Ankündigung in Moskau für Aufsehen sorgte, nicht zuletzt beim russischen Präsidenten, der auf die Parallelen hinwies zwischen dem, was jetzt in Lettland geschieht, und dem, was im Donbass geschah: „Im Jahr 2014 gab es in der Ukraine einen Staatsstreich und daraufhin folgte die Erklärung, daß Russen in der Ukraine nominell Nichtbürger sind. In der Folge wurden eine ganze Reihe weiterer Entscheidungen erlassen, die dem, was jetzt in Lettland und anderen baltischen Republiken passiert, den Weg bereitet haben, wo russische Menschen einfach über die Grenze abgeschoben werden“, sagte Putin. Die Botschaft hier ist klar: Das Jahr 2024 wird kein einfaches Jahr sein. Die westliche Militäralianz wird alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Beziehungen zwischen dem Westen und Rußland so schlecht wie möglich zu halten.

**Robert Bridge**

*Der Autor ist ein US-amerikanischer Schriftsteller und Journalist.*

## Deutsche Kriegshysterie

Das Wissen um die geschichtlichen Wahrheiten, die jetzt und heute gefragt, aktueller denn je sind, sind im Deutschland von heute bei den Vorbereitungen auf einen dritten Weltkrieg unerwünscht, der freien Meinungsäußerung entzogen. Die psychologische Kriegsführung befindet sich in vollem Gange. Dazu gehört das Feindbild, die schreckliche, unmenschliche Darstellung des Feindes und die Herstellung von Kriegsfähigkeit und -bereitschaft. Nahezu rund um die Uhr wird der Krieg herbeigetrommelt, wird immer mehr

nach Eskalationsstufen geschrien. Es nimmt skurrile Formen an zu hören, wie allen voran Grüne-Politiker(innen) nach Waffen und Waffensystemen rufen, fordern, die immer vernichtender sind und vor allem russisches Gebiet erreichen.

Ohne Pause wird uns bereits in die Hirne gehämmert, der Russe werde angreifen und einige wissen schon genau, wann und wo. Findet der Krieg gegen Rußland nicht schon lange statt und erreichen nicht längst Raketen und Drohnen russisches Gebiet? Ist

es dann nicht nur eine Frage der Zeit, daß Rußland gezwungen sein wird zu reagieren? Kriegstreiber auf westlicher und deutscher Seite wollen genau das und glauben an den Sieg auf dem Schlachtfeld. Stellt sich wirklich niemand von den Millionen, die gerade gegen rechts demonstrieren, die Frage, ob sie nicht von der Kriegsgefahr und ihren Antreibern abgelenkt werden sollen? Besteht zwischen Faschismus und Krieg kein Zusammenhang?

**Roland Winkler, Aue**

# Von Ostdeutschland muß Frieden ausgehen!

## Der Staatsvertrag 2+4 vom 12. September 1990 – ein aktuelles Dokument zur Friedenssicherung

*RF dokumentiert eine Petition des Friedensbündnisses Neubrandenburg an die Regierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 1. Februar 2024*

Die Bundeswehr und die NATO bereiten das bisher größte Manöver Europas an den Grenzen zu Rußland vor, wo sie von Februar bis Mai dieses Jahres den Krieg proben wollen. Deutschland ist zur Drehscheibe für die Waffenströme und für das US-Kommando geworden – unter Bruch des 2+4-Vertrages. Deutschland hat sich zur Kriegspartei gegen Rußland gemacht, völkerrechtlich sogar in der Rolle des Angreifers, denn Rußland hat Deutschland nicht angegriffen. Damit wächst die Gefahr, dass der Krieg sich nach Mitteleuropa, nach Deutschland, ausweitet, entweder als Akt der Selbstverteidigung der Atommacht Rußland, die sich dadurch bedroht fühlt, oder auch einfach als Ergebnis eines möglichen gefährlichen Mißverständnisses. Eine erfolgversprechende Verteidigung Deutschlands ist nur noch nicht-militärisch möglich, durch Diplomatie und im Extremfall gewaltfreien zivilen Widerstand seiner gebildeten und selbstbewußten Bevölkerung. In dieser bedrohlichen Situation eröffnet der 2+4-Vertrag reale Schutzmöglichkeiten, die bislang kaum bekannt sind: Der Vertrag gibt den sechs ostdeutschen Bundesländern besonderen völkerrechtlichen Schutz, als für ausländisches Militär gesperrte atomwaffenfreie Zone. Die ostdeutschen Bundesländer tragen heute gemeinsam die dauerhaften Aufsichtspflichten und Weisungsrechte der

2+4-Vertragspartei DDR gegenüber dem vereinten Deutschland. Diese Situation ermöglicht Maßnahmen, mit denen sich zumindest Ostdeutschland aus eigener Kraft aus der drohenden Gefahr von Krieg auf deutschem Boden ausklinken und damit die Kriegsgefahr insgesamt verringern kann. Sieben solcher Maßnahmen wurden ermittelt, die eigentlich auf der Hand liegen:

1. Keine Militär-Transporte in und über Ostdeutschland! Laut 2+4-Vertrag darf von deutschem Boden „nur Frieden ausgehen“. Also müssen die ostdeutschen Landesregierungen das Verbot von Militärtransporten durch oder über ihr Gebiet in der Praxis durchsetzen.
2. Atomwaffenfreie Zone. Gemäß 2+4-Vertrag sind atomwaffenfähige Ausrüstungen in oder über der ehemaligen DDR verboten. Die ostdeutschen Landesregierungen müssen dies in der Praxis durchsetzen.
3. Rotkreuz-Schutzzonen einrichten. Das humanitäre Kriegsvölkerrecht ermöglicht, bereits im Frieden entmilitarisierte Rotkreuz-Schutzzonen (traditionell „Offene Städte“) zu erklären und international anzumelden. Diese wichtigen Erklärungen sind Landesaufgaben im Rahmen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.
4. Keine NATO-Kämpfe und Manöver in Ostdeutschland. Die ostdeutschen Länder holen von allen NATO-Staaten die bisher fehlende Zusicherung ein: Niemals NATO-Waffenexplosionen auf deutschem Boden! Freunde bombardieren einander nicht. So versperrt sich Deutschland als Schlachtfeld für eine NATO-Kriegsführung.

5. Dialog statt Waffen. In Ostdeutschland noch bestehende Rußland-Kontakte auf Länderebene werden für Gespräche genutzt über gegenseitige deutsch-russische Sicherheitsabreden und über eine Beendigung des Krieges in der Ukraine.

6. Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag. Mit Verweis auf die einstige UN-Mitgliedschaft der DDR und ihr laut 2+4-Vertrag atomwaffenfreies Gebiet treten die ostdeutschen Länder als Gemeinschaft diesem Vertrag von 2021 bei.

7. Deutsche Verfassung. Nicht nur das Grundgesetz (Artikel 146), sondern auch der 2+4-Vertrag fordern seit 1990 die deutsche Verfassung. Dabei haben die Vertragsparteien BRD und DDR die Daueraufgabe erhalten, militärbezogene Inhalte dieser neuen Verfassung zu überwachen. Diese deutsche Verfassung wurde aber bis heute nicht einmal begonnen – grundgesetzwidrig. Die ostdeutschen Landesregierungen und Parlamente ergreifen die Initiative, die schon laufende Diskussion über eine deutsche Verfassung voranzutreiben. Auf der Grundlage des 2+4-Staatsvertrages haben die ostdeutschen Länder also die Möglichkeit und die Pflicht, zum Frieden beizutragen. Wir fordern von unserer Landesregierung und unseren Volksvertretern, daß sie in Abstimmung mit den anderen ostdeutschen Landesregierungen ihren Pflichten nachkommen und diese Maßnahmen umgehend in Angriff nehmen.

**Roswitha Clüver**

Sprecherin des Friedensbündnisses Neubrandenburg

## Ostermärsche 2024

Die Ostermärsche finden in diesem Jahr vom 28. März bis zum 1. April statt, auf denen die Friedensbewegung ihre Themen in die Öffentlichkeit tragen will.

„RotFuchs“ veröffentlicht Auszüge des Aufrufs der Friedenskoordination Berlin

Die Bundesregierung behauptet, sie sei zur Krisenverhinderung, Konfliktbewältigung und Friedensförderung verpflichtet. (...) Die Regierungsmitglieder schwören, ihre Kraft dem Wohle des Volkes zu widmen und Schaden von ihm abzuwenden.

### Können wir das glauben?

Die Regierung will Bundeswehr UND Bevölkerung kriegstüchtig machen. Sie findet, daß Spannungspolitik ein Fehler sei und europäische Sicherheitspolitik jetzt nur gegen Rußland gehen könne. Sie hat entschieden, den Rüstungshaushalt in diesem Jahr um 40 % zu steigern. Deutsche Truppen werden an Rußlands Grenze gestellt. Die NATO übt bereits den Atomkrieg. Die superschnelle US-Hyperschallwaffe „Dark Eagle“ wird in Europa stationiert, die Rußland mit einem Enthauptungsschlag führerlos machen könnte. Ein nuklearer Gegenschlag

auf unser Land, in dem das Einsatzkommando stationiert ist, wird dadurch riskiert.

### Werden so Krisen verhindert, Konflikte bewältigt oder Frieden gefördert?

Die Regierung der Ukraine huldigt dem Nazihelden Stepan Bandera und verfolgt und demütigt Menschen, die als unukrainisch angesehen werden. Die Bundesregierung unterstützt die Ukraine mit immer mehr Waffen. Ist das die Lehre, die wir aus der Nazizeit ziehen müssen? Die Bundesregierung unterstützt die Regierung Israels, die einen Genozid am palästinensischen Volk verübt. „Zu sagen, die Waffen müssen schweigen, ist nicht Aufgabe von Politik“ meint dazu die Außenministerin. (...)

Massive Kürzungen im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich, Reallohnverlust und Inflation sind die Folgen von Hochrüstung

und Wirtschaftskrieg. Aktionäre der Rüstungs- und Finanzkonzerne bereichern sich schamlos. Soziale und demokratische Rechte werden abgebaut.

### Wird so Schaden von uns abgewendet?

Wer Zweifel hat, den Regierungs-Narrativen mißtraut oder gar Kenntnis darüber hat, daß diese nicht stimmen, und das äußert, wird zum Antidemokraten erklärt: Einschränkung der Meinungsfreiheit, Bespitzelungsgebot bis hin zur willkürlichen Strafverfolgung sind die Folgen.

Ist das etwa Demokratie?

Alles Fragen, auf die es nur eine Antwort gibt: NEIN!

**Wir verweigern die Kriegstüchtigkeit!  
Wir verlangen Entspannung und Eskalation!**

# Deutschlands Expansionsdrang ungebrochen

Jeder Expansionsversuch in die Ukraine endet für Deutschland mit einer schmachvollen Niederlage, dem Ruin und nationaler Demütigung. Zweimal in einem Jahrhundert hat es der deutsche Imperialismus versucht, der dritte Versuch läuft aktuell. Wird Rußland den Deutschen ein drittes Mal vergeben? Das Land rüstet in rasantem Tempo auf, und der populärste Politiker ist derzeit der Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius – so etwas hat es dort seit Hitlers Zeiten nicht mehr gegeben. Als Nachbarn sehen wir es deutlich: Die Herrschenden in Deutschland sind wieder hingerissen von dem Traum, die Ukraine zu erobern. Genau wie vor hundert Jahren. Im Jahr 1918 besetzten die deutschen Truppen das Land, veranstalteten eilig ein „Casting“ und ernannten den zaristischen General und reichen Großgrundbesitzer Pawel Skoropadski zum Hetman. Sie beschlagnahmten den gesamten Weizen – die Selbstbedienung mit ukrainischem Getreide war das wichtigste wirtschaftliche Motiv der Besetzung – und begannen mit dem Aufkauf von Ländereien. Die einheimische Bevölkerung war empört, es kam zu endlosen Aufständen und zahllosen Massakern. Viele flohen, während der deutsche Kaiser Wilhelm dem Hetman „Sicherheit“ und andere Annehmlichkeiten zusagte. Der erste Versuch, die Ukraine von Rußland zu trennen, scheiterte. Die Deutschen mußten ihre Truppen zurückziehen, verloren bald den Krieg und eigene Gebiete, der Kaiser wurde vom Thron gestürzt. Die Weimarer Zeit begann – das reichste Land Europas hungerte, fror und litt unter einer ungeheuren Inflation. Unter Hitler unternahmen die Deutschen einen neuen Versuch. Von 1941 bis 1944 existierte das Reichskommissariat Ukraine. Diesmal verzichtete man auf die Einsetzung eines Hetmans, doch davon abgesehen, verlief alles ähnlich wie ein Vierteljahrhundert zuvor: Landwirtschaftliche Erzeugnisse und Arbeitskräfte wurden ohne Scham und Rücksicht aus der Ukraine nach Deutschland verbracht. Viele Ukrainer gingen zum Partisanenkrieg über. Dagegen wurde mit beispielloser Grausamkeit vorgegangen. Während der knapp drei Jahre als Reichskommissariat verlor die Ukraine etwa ein Drittel ihrer Bevölkerung. Die zweite Besetzung endete wie die erste: Die Deutschen wurden verjagt, verloren anschließend auch diesen Krieg und wieder eigenes Land. Wieder einmal lag ein besiegt und entehrtes Deutschland in Trümmern. Heute entschied sich Deutschlands Führungsspitze abermals, die zweimal augenscheinlich gewordenen historischen Gesetzmäßigkeiten zu ignorieren und zum dritten Mal Land- und Ressourcenraub im Osten zu versuchen. Im Grunde genommen geht Deutschland erneut seiner traditionellen imperialen Linie nach – es bekämpft Rußland und schöpft Erzeugnisse der ukrainischen Landwirtschaft sowie die wenigen dort noch verbliebenen Arbeitskräfte ab. Die Mittel haben sich leicht verändert, die Ziele und Absichten keineswegs. Was in der Ukraine seit 2014 geschieht, ist eine neue schleichende Besetzung, diesmal in Zusammenarbeit mit

den USA. Jetzt distanziert man sich in Washington D.C. allerdings langsam von seinem Unterstützungswillen – er hat dem dort amtierenden Präsidenten keine schnellen Siege gebracht. Also müssen die Deutschen (samt ihren übrigen europäischen Vasallen) den Krieg mit Rußland nun allein weiterfinanzieren und das deutsch-US-amerikanische Marionettenregime in Kiew allein weiter aufrüsten. Kampfpanzer wurden bereits an die ukrainische Front gebracht, derzeit wird über die Lieferung von



Taurus-Marschflugkörpern debattiert. „Kriegstüchtigkeit“ wird nun den Deutschen verordnet. Das letzte Mal, als dieser Begriff in der deutschen Propaganda verwendet wurde, hieß der Kanzler Adolf Hitler. Seitdem hatte man sich in der Alt-BRD vor diesem Begriff gedrückt, doch heute ist der Revanchismus offensichtlich nicht mehr aufzuhalten. Die Militarisierung hat zweifelsohne einen wirtschaftlichen Sinn. Die Deutschen sehen, wie erfolgreich die militärisch-industriellen Komplexe der USA und Rußlands sind und erkennen, daß die Rüstungsgüterproduktion ein Wachstumsmotor für die stagnierende Volkswirtschaft sein könnte. Anders als die USA oder Rußland haben sie jedoch keine eigenen Ressourcen – Energie, Stahl, sonstige Grundstoffe – für die Förderung des militärisch-industriellen Komplexes. In Berlin steht man also vor einem Problem, das schon Hitler bekannt war. Und wieder sieht man dieselbe Lösung wie Hitler: Die Ressourcen liegen in Rußland. Also, auf nach Rußland! Ich frage mich, ob die Deutschen wissen, welche Gefühle sie jetzt bei den Russen geweckt haben. Da ist ein Politiker Norbert Röttgen, der vom Bundeskanzler Olaf Scholz das Eingeständnis verlangt, er solle der Ukraine dringend die Taurus-Marschflugkörper liefern, mit denen man so bequem russische Städte beschießen kann. Es gibt kein Land auf der Welt, das sich gegenüber Rußland so oft und so stark schuldig

gemacht hat. Die abscheulichen Verbrechen, welche die deutschen Faschisten in Rußland begangen haben, sind so gewaltig, daß sie jede Vorstellungskraft sprengen. Das Blut von Millionen von Menschen, die von Deutschen getötet wurden, schreit noch immer zum Himmel, und der Schrei läßt das Blut jedes Russen hochkochen. Das kann nicht vergessen werden. Haben wir uns an den Deutschen jemals für ihre Verbrechen gerächt? Nein, die Rote Armee hat eine unerhörte Milde gezeigt. Hätten wir einfach – Auge um Auge, Zahn um Zahn – das wiederholt, was die Deutschen bei uns getan haben, gäbe es heute kein Deutschland mehr. Aber wir haben keine Vergeltung geübt. Unsere Soldaten versorgten statt dessen die Zivilbevölkerung mit Brot und Eintopf. Die UdSSR verhinderte, daß die Briten und US-Amerikaner ihren Morgenthau-Plan der völligen Zerstörung Deutschlands verwirklichen konnten – die Angelsachsen wollten das Land in mehrere kleine deindustrialisierte Stücke aufteilen und die Deutschen zum Aussterben verurteilen. Deutschland ist das Land, das seine heutige Existenz Rußland zu verdanken hat. Daran sollten deutsche Politiker denken. Jeder Expansionsversuch in die Ukraine endete für Deutschland mit einer schmachvollen Niederlage, dem Ruin und einer Demütigung. Das Land, das Bismarck 1870 zusammengefügt hat, steht wieder einmal am Rande des Zerfalls und der Zerstörung. Wird Rußland Deutschland auch dieses Mal retten? Eine gute Frage.

Wiktorija Nikiforowa, Moskau  
Redaktionell gekürzt  
Quelle: ria.ru, 5.2.24

**Helmuth Helge** (101) aus Berlin verfaßte 1984 ein Gedicht, das er dem Tag der Nationalen Volksarmee der DDR am 1. März widmete. Mit der Veröffentlichung seiner Verse grüßen wir unsere verdienstvollen Nestor und langjährigen RF-Autor.

## Bewaffneter Frieden

Noch grünt die Wiese, blüht der Flieder,  
noch nisten Vögel dort im Strauch.  
Noch singen Kinder Friedenslieder,  
noch steigt aus Essen friedlich Rauch.

Noch gehen Verliebte stille Wege,  
noch baun ihr Glück sich Frau und Mann.  
Noch gilt dem Alten unsere Pflege,  
noch schafft sich jeder Neues an.

Noch grüßt der Schlosser früh sein Werkort,  
noch fährt der Kumpel in den Schacht.  
Noch denkt der Pfarrer: da sei Gott vor ...  
Noch stehn Armeen auf Friedenswacht.

Doch wehe uns, wenn wir vergessen,  
was Marx und Lenin einst gelehrt:  
Voll Haß will uns der Feind erpressen –  
Doch er wird kraftvoll abgewehrt!

Es rettet uns kein höheres Wesen,  
kein Pastor und kein Pazifist –  
an jeder Mauer ist zu lesen:  
FÜR FRIEDEN, DER BEWAFFNET IST!

# Neue Strategie der USA nach zwei Jahren Ukraine-Konflikt?

Zwei Jahre beleuchte ich im „RotFuchs“ den Ukraine-Konflikt, der durch USA, GB und NATO mit Lügen und Provokationen entfacht, aufrechterhalten und eskaliert wurde und wird. In den gleichgeschalteten Medien des kollektiven Westens bekamen wir nur diese Bewertung – das westliche Narrativ (nur das ist „korrekt“) – vorgesetzt, von welchem abzuweichen ernste Folgen (politische, ökonomische und teilweise auch juristische) nach sich zogen und ziehen.

In den bisherigen „RotFuchs“-Beiträgen hingegen wurden die Leser bereits – quasi vorab – mit wichtigen Aussagen des Interviews „Tucker Carlsons mit Präsident W. Putin“ bekanntgemacht, welches sich u.a. mit dem Vertrauensbruch der USA zur NATO-Osterweiterung, mit weiteren Ursachen und Zielen des Ukraine/NATO-Rußland-Konflikts (Maidan und Donbass-Genozid) sowie mit dessen Beendigungsmöglichkeiten, aber auch mit von Rußland abgelehnten regionalen und globalen Kriegen befaßten. (Ein Angriff auf die Atommacht Rußland würde existentielle Konsequenzen für den Angreifer haben). Dennoch ist es ratsam, den von den hiesigen Mainstreammedien nur teilweise veröffentlichten Interviewtext ganz zu lesen, um das eigene Geschichtsbild zu erweitern. Nach diesem Interview-Gespräch können sich Millionen Interessierte, aber auch die Entscheidungsträger im Westen nicht mehr herausreden, nicht zu wissen, wie Putin und Rußland ticken. Als Realisten verstehen wir aber auch, daß sich nicht gleich alles im Westen ändern wird, aber wir können davon ausgehen, daß sich die Welt, wie das bisher undenkbbare Interview beweist, verändert hat und weiter verändern wird.

## NATO-Großmanöver bedrohen die RF

Als wichtiger Teil des „NATO-Großmanövers Steadfast Defender 24“ (Standfester Verteidiger) steht die BRD mit der auf fünf Monate angesetzten sowie territorial vom Norden und Osten EU-Europas ausgedehnten „Militärübung Quadriga 2024“ im Mittelpunkt.

Die BRD will dabei Führungsverantwortung übernehmen, stellt 12 000 Mann des eigenen Heeres bereit und sieht sich als wichtige Drehscheibe für die Truppenaufmärsche der aggressiven nationalen und internationalen NATO-Kräfte an den Grenzen Rußlands. In erster Linie will die BRD natürlich die Einsatzbereitschaft der Truppen und deren Fähigkeiten zur Verteidigung trainieren. Das Konzept der Übung sieht vier Teilübungen vor, Grand Center, Grand North, Grand South und Grand Quadriga, die alle in das Großmanöver Steadfast Defender 24, welches aus einem maritimen nordamerikanischen Teil und aus 40 000 Mann Landstreitkräfte von 31 NATO-Mitgliedstaaten in dem Übungsraum von Norwegen bis Rumänien besteht, integriert sind. Alle diese NATO-Kräfte wollen die

schnelle Verlegung von Personal und Kriegsmaterial durch Deutschland an die russische Nord- und Westgrenze „üben“. Tausende Militärfahrzeuge, eine Vielzahl an Flugzeugen, Hubschraubern und Drohnen werden dazu durch NATO-Europa und besonders durch die BRD gekarrt.

Quadriga wurde bewußt so umfangreich angelegt, damit dessen Truppen von der deutschen Öffentlichkeit auch gesehen werden, ganz im Sinne der Gewöhnung der Bürger an diese aggressive Form der als Verteidigung proklamierten Kriegsvorbereitung. Solche Kriegstreiber wie Kiesewetter, Strack-Zimmerman und Hofreiter können die Werbetrommel für die Manöver in den Medien, von denen ihre Ergüsse in goebbelscher Manier verbreitet werden, nicht laut genug schlagen.

Bezeichnet wird der Aufmarsch von 90 000 Mann, nebst den dazugehörigen Waffen an der russischen Grenze, als Abschreckung des im Westen als aggressiv verteufelten Rußlands vor einem Angriff auf die NATO-Staaten. Wie antwortete doch Putin auf diese zum westlichen Narrativ gehörende und von Tucker Carlson vorgetragene Frage nach den russischen Angriffsplänen auf Polen und das Baltikum? „Ein Einmarsch in Polen (und in die baltischen Staaten, d. A.) ist absolut ausgeschlossen, es sei denn, Polen greift die Russische Föderation (RF) an.“ Außerdem, so Putin weiter, „wollen wir keine regionalen und globalen Kriege führen, denn das widerspricht unseren Interessen“.

Dieses Großmanöver des kollektiven Westens zeigt durch den produzierten Waffenlärm sogar Gehörlosen, wer der eigentliche Aggressor ist. Es dient als Ablenkung von den letzten Niederlagen des Westens und soll seine Bürger auf kommende Konflikte und Kriege vorbereiten. Es wird aber auch dazu genutzt, die Infrastruktur in EU-Europa kriegsfähig zu machen und kann im Eskalationsfall für einen überraschenden Eingriff in einen laufenden Konflikt (z.B. Ukraine-Konflikt) eingesetzt werden.

## RF gestärkt, Ukraine und NATO geschwächt?

Rußland gehört neben den USA zu den Gewinnern im Ukraine-Konflikt. Es hat mit einer konzentrierten Leistung den Sanktionen des Westens nicht nur widerstanden, sondern eine funktionierende und effektive Wirtschaft, eingeschlossen einen auf die Bedürfnisse der russischen Spezialoperation (SO) und auf einen möglichen NATO-Angriff ausgerichteten militär-industriellen Komplex (MIK) aufgebaut. Heute steht die Wirtschaft des Landes als erste Wirtschaftsmacht Europas im Wettbewerb mit Japan um den vierten Platz des preisbereinigten BIP in der Welt. Seine Armee hat dank der umfassenden Modernisierung seiner Waffen, darunter Panzer, Artillerie und Raketenwerfer,

Aufklärungs- und Kampfdrohnen, selbstlenkende Gleitbomben, luftkosmische Komplexe und seiner neuen Hyperschall-, Laser- und elektronischen Waffen sowie gut ausgerüsteter und ausgebildeter Soldaten, wenn auch langsam, so doch stetig weitere russischsprachige Territorien der Ukraine aus den neonazistischen Klauen befreit.

Rußland hat dabei nicht geringe personelle und materielle Verluste erlitten, die nach den gut informierten Analysten MacGregor und Scott Ritter im personellen Bereich bis 150 000 Totalausfälle, zuzüglich der zweifachen Anzahl an Verwundeten und im materiellen Bereich in die Tausende gehende Verluste an Panzern, gepanzelter Technik, Artilleriesystemen sowie Drohnen, Schiffen und Booten betragen. Dem Land gelang es, die personellen und materiellen Verluste ohne Qualitätseinbußen wieder aufzufüllen.

So konnten die von der Ukraine angegriffene kritische Infrastruktur in Südrußland sowie die Krimbrücke wiederhergestellt werden, und die bedrohte russische Schwarzmeerflotte fand im östlichen Mittelmeer sichere Häfen.

Die RF hat die hybriden Angriffe der Ukraine und des kollektiven Westens, die seiner Vernichtung und Aufteilung dienen sollten, erfolgreich abgewehrt und hält das Pulver, auch bei den gerade stattfindenden Großmanövern der NATO, trocken.

Die Spezialoperation (SO) Rußlands in der Ukraine, so Putin, geht in eine neue Phase, da Rußland in diesem Stellvertreterkrieg die Oberhand gewonnen hat und zu einer mit Reserven gesicherten aktiven strategischen Verteidigung mit hohem Angriffspotential und kampferprobten Taktiken übergegangen ist.

Bei der jetzigen Kampfführung der Streitkräfte der RF (SK der RF) werden die klassischen Formen der Angriffsvorbereitung durch gezielten Artillerieeinsatz, aber auch durch den Masseneinsatz von Aufklärungs- und Kampfdrohnen sowie selbstlenkenden Gleitbomben zum Brechen der Festungen und von Verteidigungslinien umgesetzt. Das brachte militärische Erfolge und Landgewinne, wie man in Bachmut, Awdejewka, Cherson u.a. Orten, wo schwerste Kämpfe stattfinden, sehen kann.

In Awdejewka kam es auf diese Weise zur taktischen Einkreisung (16.2.24) der Stadt mit Möglichkeiten zu deren vollständiger Befreiung. Trotz mehrerer Elitebrigaden, die der neue ukrainische Oberkommandierende Syrskyj von anderen Frontabschnitten abzog und in Awdejewka und Bachmut einsetzte, gab es keine Rückeroberungen durch die ukrainischen Streitkräfte (ukr.-SK), aber riesige personelle Verluste. Die SK der RF handeln erfolgreich bei der Erfüllung der Hauptaufgaben Entmilitarisierung und Entnazifizierung, denn bei ihren Gegnern handelt es sich hauptsächlich um ASOW-Nazi-Einheiten.



Viele dieser ASOW-Soldaten mußten gezwungen werden, in russische Gefangenschaften zu gehen.

Rußland ist militärisch und wirtschaftlich stärker als vor der SO, aktiviert aber, um vor militärischen Überraschungen sicher zu sein, weitere 170 000 Soldaten auf freiwilliger Basis, wofür die Finanzierung bereits gesichert ist. Der oft gescholtene russische Generalstab hat die Lage richtig beurteilt und rechtzeitig wirksame Maßnahmen eingeleitet.

Das Land hat auch die weltweiten Isolationsbestrebungen des Westens erfolgreich überwunden.

**Die Ukraine** hat in diesem Konflikt, trotz anfänglicher Landgewinne in Kiew und Char'kow, am meisten verloren: so ca. 20 % ihres Territoriums (mit steigender Tendenz), 432 000 tote und verstümmelte Soldaten alleine 2023 (für beide Jahre kommt man auf die unvorstellbare Zahl von 900 000 bis 1 Million), wie der ukrainische Journalist Daniil Yanevsky auf der Basis von Krankenhausakten ermittelte, mehrfach die materielle Ausrüstung der gesamten Armee (seit Beginn der russischen SO in der Ukraine: 735 Flugzeuge u. Hubschrauber, 12 137 Drohnen, 464 Flugabwehrsysteme, 14 953 Panzer u.a. gepanzerte Fahrzeuge, 1218 Fahrzeuge von Mehrfachraketenwerfern, 8000 Feldartilleriegeschütze und Mörser sowie 18 404 spezielle Militärfahrzeuge, darunter auch die westlichen „Wunderwaffen“). Die Ukraine verlor außerdem ca. 16 Millionen Menschen, die geflüchtet sind sowie große Teile der lebensnotwendigen und kritischen Infrastruktur und der Wirtschaft.

Auch die Aufnahme der Ukraine in die NATO wird auf dem vom 9. bis 11.7.24 in Washington stattfindenden NATO-Gipfel nicht vollzogen werden (GB-Aussage).

Allein bei der durch Fehllnahmen und falschen Strategien mißlungenen Sommeroffensive, die jetzt dem abgesetzten Oberkommandierenden Salushnyj in die Schuhe geschoben wird (als Bauernopfer zum Machterhalt Selenskyjs und zur Verlängerung des Konfliktes zunächst bis zu den US-Präsidentenwahlen, d. A.), verlor die Ukraine täglich bis zu 1000 Soldaten und viel Militärgerät, erreichte aber nur geringste Geländegewinne, die derzeit wieder von den russischen Streitkräften zurückerobert werden. Kriegswichtige Militärbasen in der Ukraine wurden mit Hyper- und Überschall-Kinshal-, Iskander- und sogar Zirkon-Raketen, aber auch mit gelenkten Gleitbomben, angegriffen und zerstört, so auch der Schießplatz von Celidowo, dessen 1680 NATO-Söldner stark dezimiert wurden. Auf einem Truppenübungsplatz bei Kiew soll es zum Beschuß von deutschen Militärspezialisten unter Führung des Generalinspektors der Bundeswehr Breuer gekommen sein).

Die hohen personellen Verluste zwangen die Ukraine, die schlecht laufende totale Mobilisierung um drei Monate zu verlängern, um 450 000 bis 500 000 Soldaten auch zwangsweise einzuziehen, darunter auch solche mit schweren Krankheiten, mehr Frauen sowie zwangsausgewiesene wehrfähige ukrainische Flüchtlinge. Unwillige werden (ohne

EU-Widerspruch) in ukrainische KZ eingesperrt.

Sollte die Mobilisierung der notwendigen Angriffskräfte in der Ukraine nicht gelingen, schlägt GB vor, ein Expeditions-corps der NATO aufzustellen, welches das von der Ukraine gehaltene Territorium durch NATO-Truppen besetzen und dort eine Flugverbotszone einrichten soll. Auch NATO-Marinekräfte sollen in diesem Rahmen zum Einsatz kommen. Abgesehen von der bisherigen Skepsis der anderen NATO-Partner über die Machbarkeit, steht die Frage im Raum, ob es sich dabei nicht schon um den Beginn des dritten Weltkrieges handelt. Den Plan dafür will GB im Mai 2024 vorlegen.

Das ganze dient bereits der Vorbereitung einer Ukraine-NATO-Groß-Offensive im Herbst 2024, wofür viel Geld, moderne Waffen und Munition benötigt wird, welche die Ukraine nicht hat und der Westen nur unter verschärften und politisch eingeschränkten Bedingungen (USA) bereitstellen will und kann (die Kreditfähigkeit der Ukraine hat sich verschlechtert, die Arsenale der NATO-Staaten sind weitgehend leer und die westliche Verteidigungsindustrie benötigt lange Umstellungszeiten).

### Warum ändern die USA ihre Ukrainepolitik?

Dazu äußerte sich der US-amerikanische Militär- und Außenpolitikexperte Stephen Bryen in der Hongkonger „Asia-Times“.

Der US-Experte gibt darin zu, daß die ukrainischen Truppen auf breiter Front schwere Verluste hinnehmen müssen. Die Ukraine könne das russische Militär noch eine Weile aufhalten, nicht jedoch stoppen. Wenn Kiew von anderswo Truppen nach Awdejewka verlege, würden neue Schwachstellen an den jeweiligen Frontabschnitten entstehen, die die russische Seite ausnutzen könnte (das ist bereits mehrfach eingetreten, d. A.). Angesichts der militärischen Lage entstand bei den europäischen Regierungen „Panik“ und Washington sucht eine „neue Ukraine-Politik“. Mit dem im Januar begonnenen NATO-Groß-Manöver „Steadfast Defender 24“ wird diese neue Politik bereits umgesetzt. Damit will der kollektive Westen von seinen Niederlagen ablenken und den Eindruck von Sicherheit und Zuverlässigkeit erwecken.

S. Bryen glaubt nicht daran, daß die NATO damit Moskau stark beeindrucken könnte. Er stellte fest, daß die europäischen NATO-Staaten einen Großteil ihrer „strategischen Kriegsmaterialreserven“ bereits in die Ukraine geschickt hätten, weshalb ihre eigenen Bestände stark verringert sind.

Das Ankurbeln der Rüstungsproduktion verläuft, so Bryen, sinngemäß weiter, in den USA und EU-Europa „schwerfälliger und problematischer“ als in Rußland, wo der gesamte MIK ohne Materialprobleme seit langem auf Hochtouren läuft.

Unabhängig davon, ob man von einer bestehenden „russischen Bedrohung“ des Westens überzeugt ist oder nicht, sieht er die USA gegenwärtig nicht in der Lage, „Europa zu retten“, selbst wenn dies gewollt wäre.

Aufgrund dieser Entwicklung müßten die USA anerkennen, daß sie einen konventionellen

Krieg gegen Rußland (und natürlich auch gegen China sowie gegen Mittelmächte wie Iran und sogar kleinere Staaten, weil diese miteinander verbunden sind) nicht gewinnen können und deshalb zu einer „neuen Politik“ übergehen müssen.

Die Basis der „neuen Politik“ in der Ukraine bestehe darin, so Bryen, „daß diese den Krieg verlieren wird und ihre Regierung Kiew möglicherweise räumen und die Hauptstadt nach Lwow verlegen muß“.

Man wird wohl von der hauptsächlich konventionellen Kriegsführung zu einer terroristischen Taktik gegen die RF übergehen. Bryen dazu: „Operativ wird die Politik wahrscheinlich darin bestehen, Spezialoperationen, Attentate, Bombenanschläge, einschließlich der möglichen Sprengung von Kernreaktoren (wahrscheinlich in Südrußland) anzuwenden, um die Russen zu bestrafen und sie aus dem Gleichgewicht zu bringen.“ (Diese Variante der Kampfführung wird schon einige Monate in der Ukraine angewendet, d. A.).

Worum geht es den USA bei der Weiterführung des Ukraine-Krieges?

Bryen beschreibt drei Szenarien:

1. Den Krieg fortzusetzen und dazu Geld vom Kongreß einfordern. Diese Variante sei fast aussichtslos, weil sich bei einer kollabierenden Ukraine kaum Unterstützer finden lassen.

Die Sperrung der Hilfeleistungen für die Ukraine durch die Republikaner könnte die Biden-Administration im Wahlkampf nutzen, um den Republikanern die Schuld für den „Verlust der Ukraine“ zu geben.

2. Die prowestliche ukrainische Regierung am Laufen halten, selbst wenn diese Kiew verlassen müßte. Dazu ist es notwendig, daß die derzeitige Regierung politisch überlebt. Wenn es zu einem Staatsstreich kommt, ist alles verloren.

Hier ist Washington bestrebt, einen „politischen Zusammenbruch“ Kiews bis zu den Wahlen im November 2024 zu verhindern. Damit ist die Ukraine unzufrieden, denn ihre Soldaten müßten ihr Leben in einem bereits verlorenen Krieg riskieren.

3. Rußland muß aus Europa herausgehalten werden, d. h., daß die europäischen Länder davon abgehalten werden müßten, eigenen Abkommen mit Moskau zu schließen. Wenn Kiew untergeht, gehen auch Europa und die NATO unter.

Sollte es Moskau gelingen, eine prorussische Regierung in Kiew einzusetzen, wären die Europäer faktisch darauf angewiesen, wieder zu einem pragmatischen Miteinander mit Moskau überzugehen. In diesem Zusammenhang spielt Deutschland, so Bryen eine zentrale Rolle. Zwar wolle die gegenwärtige Bundesregierung „nicht mit Rußland reden“, allerdings nur „zumindest nicht jetzt“. Und Bryen drückt die US-Befürchtung aus, daß sich diese Berliner Haltung sogar „in naher Zukunft“ ändern könnte.

Oberst a.D. Gerhard Giese

# Größte deutsche Waffenschmiede expandiert

*Der westliche Imperialismus gerät militärisch außer Rand und Band. Der vom kriegerischen Rüstungswahn bestens profitierende größte deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall tut es dabei der NATO gleich: Er weitet seine Ostflanke aus.*

Die Düsseldorfer Waffenschmiede kaufte sich jüngst nach eigenen Angaben erstmals in Rumänien ein. Mit 72,5 % erwarb Rheinmetall den größten Anteil des dort ansässigen Herstellers von Militärfahrzeugen Automecanica SRL. Dieser habe ein „jährliches Umsatzpotenzial von rund 300 Millionen Euro“, heißt es. Eindeutiger Wachstumsmotor für den Rüstungsgiganten ist somit das Bestreben der NATO, westliche Dominanz über die osteuropäischen Märkte zu erlangen.

Erst vor knapp zwei Monaten hatte sich Rheinmetall beim rumänischen Verteidigungsministerium einen Großauftrag an Land gezogen. Für fast 330 Millionen Euro soll der deutsche Konzern die Flugabwehr-Artilleriesysteme von Rumäniens Armee vom Typ Oerlikon GDF 103 modernisieren. Dabei ist Rumänien das EU-Land mit der größten Armutsquote von offiziell über 34 Prozent. Damit das Kriegsgeschäft brummt, hat die NATO ihren Mitgliedstaaten das Ziel vorgegeben, mindestens zwei Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes in den Militärhaushalt zu pumpen. Deutschland wird die Vorgabe mit rund 85 Milliarden Euro in diesem Jahr wohl sogar „übererfüllen“. Das Volumen des bundesdeutschen Militärhaushalts hat sich damit seit

2017 etwa verdoppelt. Und Rheinmetall profitiert enorm von der Militarisierung auf Kosten der Steuerzahler. Zuletzt frohlockte der Konzern über zahlreiche Großaufträge. In Ungarn baut er dafür beispielsweise seine Munitionssparte massiv aus. Bauteile für Panzerfahrzeuge und Munition für Puma-Panzer spülen jeweils höhere dreistellige Millionenbeträge in die Konzernkassen. Viele weitere Millionenaufträge kommen hinzu. 2020 lag sein Jahresumsatz bei rund 5,4 Milliarden Euro, für letztes Jahr hatte der Konzern einen Umsatz von bis zu 7,6 Milliarden anvisiert. Bis 2026 rechnet Rheinmetall sogar mit einem Anstieg seines Jahresumsatzes auf 13 bis 14 Milliarden Euro.

Susan Bonath  
Redaktionell gekürzt  
Quelle: RTDE, 3.2.24

## „Den US-geführten Kriegs- und Armutskapitalismus bändigen!“

Im Herbst 2022 wurde bekannt, daß BlackRock beim „Wiederaufbau“ der Ukraine „federführend“ sein soll. Modernisiert, entbürokratisiert, digitalisiert – die Ukraine soll ein „Leuchtfener der Hoffnung für die Kraft des Kapitalismus“ werden, so BlackRock-Chef Lawrence Fink.

Für dieses Leuchtfener beschickt der US-geführte Kriegskapitalismus die Ukraine, läßt eine unbekannte Zahl an ukrainischen Soldaten unsichtbare Tode sterben. Und je mehr vor dem Wiederaufbau zerstört wird, um so lukrativer erscheint dort der Wiederaufbau, etwa eine neue Panzerfabrik für Rheinmetall vor Ort. Übrigens: Neun der zehn größten Aktionäre des deutschen Rüstungskonzerns kommen aus den USA, BlackRock, Vanguard & Co.

Dieser Stellvertreterkrieg bringt für die US-Aktionäre nicht nur neue Gewinne aus dem Rüstungsgeschäft, sondern auch für die US-Frackingindustrie: Sie vergiftet nicht nur Boden, Pflanzen, Wasser und Luft, sondern bringt in den USA auch frühen Tod für Anwohner und Arbeiter an den Bohrstellen.

Die US-Regierung hat die EU vom russischen Gas abgetrennt. So nehmen auch deutsche „Umwelt“-Prediger beim Kauf von US-Frackinggas nicht nur den viermal höheren Preis in Kauf, sondern auch zerstörte Umwelt und den Tod von Menschen.

### De- und Re-Industrialisierung in US-Hand

Nicht nur die De-Industrialisierung, auch die Re-Industrialisierung Deutschlands liegt in der Hand vor allem von US-Konzernen, so bei der Intel-Chipfabrik, die aus Brüssel, Berlin und Magdeburg mit 10 Milliarden Euro subventioniert wird – die Gewinne freilich fließen an BlackRock & Co.

Durch die Kriegshaushalte wird in den EU-Staaten die Infrastruktur für die Mehrheit der Bevölkerungen abgebaut, privatisiert,

verteuert, Arbeitsplätze werden verlagert. Dabei spielen auch die weiteren US-Kapitalakteure wie Hedgefonds und „Heuschrecken“-Investoren sowie ihre zivile Privatarmee aus US-Beratern eine führende Rolle.

Ein stets gut aufgelegter US-Präsident Obama hatte den europäischen NATO-Mitgliedern auferlegt: Rüstungshaushalte auf zwei Prozent des BIP erhöhen! Nun verlangt sein Nachfolger Biden: Zwei Prozent sind nicht genug! Neue NATO-Mitglieder, neue Spezialtruppen, neue US-Militärstützpunkte gehören zum weiter gen Rußland getragenen, kapitalen Leuchtfener in Europa – wie in Asien gegen China.

### Die Systemkrise der Kapital-Demokratie und ihre „neuen Werte“

Die neuen Oligarchen BlackRock & Co. treiben die Staaten noch tiefer in die Überschuldung. Pharmakonzerne verkaufen Medikamente und Impfstoffe, die nicht getestet werden. Private Unternehmen werden nur noch gegründet oder angesiedelt, wenn der Staat sie subventioniert. Der Korridor der veröffentlichten Meinung sowie der des „Sagbaren“ wird immer enger. BlackRock & Co. machen Multimillionäre und Multimilliardäre noch reicher und treiben die Mehrheit der Bevölkerung, auch den einstmaligen gelobten Mittelstand, in die Armut. (...)

Die Vielfachkrise mit Klima, Unwettern, Energie und Kriegen sowie einer besonders gepuschten „Flüchtlingskrise“ soll es überdecken: Die westliche Kapital-Demokratie steckt in einer Systemkrise, allen voran in den USA, aber auch in besonders US-abhängigen Staaten wie Israel und Großbritannien sowie in EU-Staaten wie Deutschland, Frankreich, Italien: Die absterbenden, kapitalfinanzierten „Volks“parteien fördern durch ihre asoziale, antidemokratische Politik einen noch offeneren Rechtsradikalismus. (...)

### Die völkerrechtliche und menschenrechtliche Weltordnung

(...) Die US-geförderten Kriege, zuletzt in der Ukraine und im Nahen Osten, haben die Destanzierung von der „einzigen Weltmacht“, aber auch die Selbstorganisation des „Rests“ der Welt beschleunigt. Die von China mitorganisierten Allianzen wie BRICS und die Shanghai Cooperation Organization erweitern sich, rohstoffgebundene Währungen lösen sich vom Dollar. In Afrika, Lateinamerika und weltweit bilden sich rasant weitere Bündnisse in Form von Parteien, Initiativen, Medien.

Unter Obama wurde die Feinderklärung gegen Rußland und China zum Systemkonflikt verschärft und die US-Doktrin des nuklearen Erstschlags erneuert. Die US-Führung ist zu jeder Brutalität fähig. Zu der seit Februar 2022 in eine neue Phase getretenen Konfrontation in der Ukraine kam im Oktober 2023 eine Gewaltexplosion im Nahen Osten hinzu. Eine von Brasilien und mit großer Mehrheit angenommene Resolution für eine allseitige Feuerpause blockierten die USA im UN-Sicherheitsrat – nichts Neues, hatten die USA seit 1972 doch Dutzende israelkritische oder das Land auch nur in seinem Besatzungsregime einschränkende Resolutionen blockiert: Auch so fördert man den dauerhaften Bruch von Völkerrecht und Menschenrechten.

Und doch ist etwas in Bewegung: Eine Mehrheit der Staaten, die überdies die große Mehrheit der Weltbevölkerung stellt, schickt sich an, diese tödliche Logik zu benennen und der Praxis der Kapital-Demokratien in den Arm zu fallen. Die US-definierte „regelbasierte internationale Ordnung“ muß vollständig ersetzt werden durch das UN-Völkerrecht und die UN-Menschenrechte einschließlich der Arbeits- und Sozialrechte – und der Weg zur Systemalternative, zum Sozialismus, muß geöffnet werden.

Werner Rügemer, Köln  
Redaktionell gekürzt  
Quelle: globalbridge.ch, 28.1.24

# Die sozialdemokratische Bombe

Die SPD-Spitzenkandidatin für die Europawahl, Katarina Barley, schließt die Beschaffung nuklearer Waffen durch die EU nicht aus. „Auf dem Weg zu einer europäischen Armee“ könne auch eine EU-Atom-bombe „ein Thema werden“, erklärte Barley am 13. Februar. Zuvor hatte unter anderem der ehemalige deutsche Außenminister Josef Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) „eine eigene atomare Abschreckung“ der EU verlangt. Während Frankreichs Präsident Emmanuel Macron eine Ausweitung des französischen Nuklearschirms über die EU in Aussicht stellt, bringen führende deutsche Medien zum wiederholten Mal eine deutsche Bombe in die Diskussion. Die Absicht, die Bundesrepublik oder ersatzweise die EU sollten nuklear aufrüsten, ist nicht neu. Offensiv diskutiert wurde sie unter anderem nach dem Wahlsieg von

Donald Trump in der US-Präsidentenwahl im November 2016 und dann wieder vor dem US-Wahlkampf im Jahr 2020. Zur Begründung hieß es jeweils, man benötige Ersatz für einen etwaigen Wegfall des US-Nuklearschirms über Europa.

Die Forderungen nach nuklearer Aufrüstung der EU oder sogar der Bundesrepublik werden von Plädoyers für eine beispiellose konventionelle Aufrüstung begleitet. Bundeskanzler Olaf Scholz hat mehrfach bekräftigt, dauerhaft zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung in den Militäretat investieren zu wollen. Sobald die 100 Milliarden Euro Sonderschulden für die Bundeswehr aufgebraucht seien, könnten jährlich bis zu 56 Milliarden Euro zum Erreichen des Ziels fehlen, vermuten Beobachter. Am 12. Februar hatte der Bundestagsabgeordnete Anton Hofreiter (Bündnis 90/Die Grünen)

ein weiteres 100 Milliarden Euro schweres Paket zur Aufrüstung der Bundesrepublik und der Ukraine verlangt. Einen Tag später äußerte der CDU-Militärpolitiker Roderich Kiesewetter, es sei „völlig klar, daß wir eher 300 statt 100 Milliarden benötigen, damit die Bundeswehr kriegstüchtig wird“. Der SPD-Politiker Andreas Schwarz wiederum fordert „eine Herausnahme sämtlicher Verteidigungskosten aus der Schuldenbremse“; das sei nötig, um zum Beispiel „in den Zivil- und Katastrophenschutz (zu) investieren“. Auch benötige man „viel mehr Cyberabwehr, Bunker, mobile Operationssäle, Lazarettversorgung“. Nicht zuletzt gehe es außerdem um langfristige Abnahmegarantien für die Rüstungsindustrie.

*german-foreign-policy.com, 14.2.24  
Redaktionell gekürzt*

## Putin – der Wolf im Schafspelz?

Das Interview von Tucker Carlson mit Wladimir Putin hinterließ ein breites, jedoch geteiltes Echo. Während sich Politiker und Medien des globalen Südens mit dem Inhalt solidarisierten, stellten westliche Politiker und „Qualitätsmedien“ Putin als Lügner hin. Am 10. Februar 2024 hieß es in einem Kommentar im Uckermark Kurier: „Wer glaubt schon dem Wolf im Schafspelz?“

Ihnen sei gesagt: Mehr als 70 Prozent der 144,5 Millionen Bewohner Rußlands tun dies. Sie wissen, daß der Westen bezüglich der Osterweiterung der NATO sein Wort brach. Sie wissen, daß der Maidan-Putsch 2014 in der Ukraine eine prorussische Regierung beseitigte und eine prowestliche installierte. Sie begrüßten, daß die russischstämmige Bevölkerung des Donbass daraufhin die unabhängigen Republiken Donezk und Lugansk ausrief. Sie wissen, daß die Minsker Verträge Scheingefechte waren, wie Merkel und Steinmeier inzwischen zugaben. Seit 2018 drängte die russische Duma den Präsidenten, Maßnahmen zu ergreifen, um die russischen Bewohner der Donbass-Republiken vor den erwiesenermaßen von den Asow-Truppen verübten Massakern zu schützen. Am 21. Februar 2022 erkannte Moskau die Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Lugansk an. Am 24. Februar 2022 marschierten russische Truppen in die Ukraine ein. Am 5. März 2022 reiste der frühere israelische Premierminister Naftali Bennett nach Moskau, um zwischen den Kriegsparteien zu vermitteln. Putin hatte Zugeständnisse gemacht. Der ukrainische Präsident erklärte sich im Gegenzug bereit, auf einen NATO-Beitritt zu verzichten. Ein Vertragsentwurf, bekannt als „Istanbuler Kommuniké“, lag auf dem Tisch. Am 9. April 2022 besuchte der

britische Premier Boris Johnson Kiew. Die Botschaft: „Der kollektive Westen ist nicht bereit, Vereinbarungen über Garantien zu unterschreiben.“ Danach gab es eine Reihe von Friedensvorschlägen u.a. aus dem UN-Generalsekretariat, aus dem Vatikan, aus Mexiko, Brasilien, Chile, Argentinien, Kolumbien, Indien, Südafrika, Sambia, Senegal, Uganda, Ägypten, der Republik Kongo, Indonesien und

Ist es so abwegig, wenn sich Rußland vom Westen bedroht fühlt? 2014 forderte Bundespräsident Joachim Gauck auf der Münchner Sicherheitskonferenz die deutsche Regierung zu einer aggressiveren, auch militärisch operierenden Außenpolitik auf.

Der Ex-Pfarrer aus der DDR wollte einst Schwerter zu Pflugscharen schmieden. Die grüne Chefdiplomatin Annalena Baerbock verkündete, „Rußland zu ruinieren“. Der CDU-Politiker Oberst a.D. Roderich Kiesewetter will, daß Berlin die Ukraine in die Lage versetzt, „den Krieg nach Rußland zu tragen“. Bundeswehr-Generalinspekteur Carsten Breuer fordert: „In fünf Jahren müssen wir kriegstüchtig sein.“ Auf zwölf Seiten Papier beschlossen das SPD-Wirtschaftsforum, die IG Metall und der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie am 9. Februar 2024 „Industriepolitische Leitlinien und Instrumente für eine zukunftsfähige Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.“ Jenseits des Urals lagern riesige Rohstoffreserven, wahrscheinlich die größten des Planeten. Dorthin zielen die Interessen des Westens nicht zum ersten Mal in der Geschichte. Das russische

Volk weiß aus leidvoller Erfahrung, was es bedeutet, wenn der Westen mit Worten auf Rußland zielt und dabei aufrüstet. Die Folgen bezahlten 27 Millionen Landsleute mit dem Leben. Die russische Bevölkerung will, daß sich ein solches Leid nicht wiederholt. Es weiß inzwischen auch, daß der Westen überall dort, wohin er seine „Werte“ bringen wollte, Ruinen und Elend hinterließ. Es hat Guatemala, Vietnam, Chile, Grenada, Nicaragua, Afghanistan, Irak, Jugoslawien, die Sahelzone, Libyen, Syrien – die Liste ist lang – nicht vergessen. Wer sind nun die Wölfe in Schafspelzen?

**Wolfgang Herrmann, Dreesch**



**Es geht dem Westen um Rohstoffe in Rußland: Arbeiter von Surgutneftegas in Sibirien**

Saudi-Arabien. Waren diese Bemühungen nichts wert, weil sie von „Wölfen in Schafspelzen“ ausgelöst wurden?

Heute ist die Ukraine in der Defensive. Um die Niederlage abzuwenden, stellen die USA und die EU mittlerweile dreistellige Milliardensummen bereit. In der Bundesrepublik schwächelt die Wirtschaft, in Rußland wuchs sie 2023 um 3,6 Prozent. Bundeskanzler Scholz mußte in Washington um weitere US-Milliarden für die Ukraine werben, weil Deutschland mit der Unterstützung der Ukraine überfordert scheint.

# Von der Doppelmoral deutscher Klimapolitik

Die thermodynamischen Bedingungen und Prozesse der Erdatmosphäre – landläufig als „Klima“ bezeichnet – sind keineswegs statisch, sondern im Gegenteil äußerst dynamisch; dies übrigens auch ohne das Zutun des Menschen. Die durch menschliche Aktivitäten verursachte Freisetzung großer Mengen „fossilen“ CO<sub>2</sub> forciert die unter dem Begriff „Klimawandel“ zusammengefaßten Phänomene jedoch, und es wäre dringend notwendig, die ungebremsste Steigerung der Treibhausgasemissionen nicht nur zu stoppen, sondern tatsächlich zu reduzieren. Um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperaturen bis zum Jahr 2100 auf 1,5°C zu begrenzen, müßten die weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen im Vergleich zu 2020 um 43 % reduziert werden, heißt es in den auf der Grundlage verschiedener Modellrechnungen postulierten „Klimazielen“ der Pariser Weltklimakonferenz. Ein ambitioniertes Ziel, das – so die von Politikern und Medien gebetsmühlenartig wiederholten Formeln – von uns allen Opfer verlangt. Über den tatsächlichen Nutzen von CO<sub>2</sub>-Steuer, Heizungsgesetz und anderer unter dem hehren Ziel des „Klimaschutzes“ in der BRD und den anderen EU-Staaten eingeführten Maßnahmen läßt sich trefflich streiten. In Deutschland hat der „Klimaschutz“ Formen einer regelrechten Pseudo-Religion angenommen, der sich alles und jeder unterordnen muß. Deutschland, so könnte man

meinen, rettet die Welt – ganz allein! Um so mehr verwundert es, daß dieselben Politiker und Medien, die geradezu inflationär von „Klimakrise“, „erneuerbaren Energien“ und der notwendigen Reduktion der Treibhausgasemissionen sprechen, im gleichen Atemzug immer weitere und umfangreichere militärische Unterstützung für den „Freiheitskampf der Ukraine“ gegen den „brutalen Aggressor Rußland“ fordern. Übrigens: Der von Deutschland an die Ukraine gelieferte Leopard IIa5 verbraucht im Durchschnitt ca. 414 Liter Diesel auf 100 km. Da muten die 12,1 l/100 km eines Audi Q8 geradezu lächerlich gering an. Eine Panzerhaubitze 2000 – 14 davon bekam die Ukraine – bringt es auf 238 l/100 km, jeder einzelne der 90 gelieferten Schützenpanzer Marder bereichert die Atmosphäre pro 100 km mit dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 130 l auf der Straße, bis 400 l im Gelände. Im Krieg gegen Rußland werden selbst „böse“ Treibhausgase plötzlich „gut“.

Wie kommt es, daß ausgerechnet die eifrigsten Prediger des „Klimaschutzes“ beim Thema Kriegsgerät und Klima auffällig schweigsam werden? Die Antwort ist, wie immer, vielschichtig, doch dürften Ideologie und Lobbyismus hier gewichtige Rollen spielen. Zahlen über vom Militär verursachte CO<sub>2</sub>-Emissionen sind rar, und das nicht nur aufgrund von Geheimniskrämerei. Tatsache ist: Die meisten Emissionen werden gar nicht erst gemessen! Und wozu sollte man das auch tun, werden doch dank einer auf Druck der USA in das Kyoto-Protokoll aufgenommenen Klausel die Militäremissionen nicht auf die nationalen Emissionen der Unterzeichnerstaaten angerechnet.<sup>1</sup> Welche Folgen diese Ausnahmeregelung hat, wird am Beispiel des 2006 formulierten, vielzitierten 2-Prozent-Ziels (bis 2028 sollen alle NATO-Mitgliedstaaten ihre Militärausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes steigern) deutlich. 2021 hatten erst sechs der damals 31 NATO-Mitglieder den „Plan“ erfüllt<sup>2</sup>, doch bereits zu diesem Zeitpunkt überstiegen die NATO-Militärausgaben die Ausgaben der OVKS (Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit)<sup>3</sup> um das 16fache! Der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck des NATO-Militärs stieg von 196 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent (tCO<sub>2</sub>e) im Jahr 2021 auf 226 Mio. tCO<sub>2</sub>e im Jahr

2023 – durch kriegerische Handlungen verursachte Emissionen nicht mitgerechnet. Zum Vergleich: Deutschland, die noch immer größte Industrienation Europas, verursachte im Jahr 2022 Treibhausgasemissionen im Umfang von ca. 750 Mio. tCO<sub>2</sub>e. Anders ausgedrückt: Der Militärssektor der NATO verursacht pro Jahr deutlich mehr Treibhausgasemissionen als viele Länder dieser Erde. Und noch eine Zahl, die nachdenklich macht: Die Militärausgaben der NATO lagen 2023 bei 1,26 Billionen US-Dollar – für die Bekämpfung der Folgen des Klimawandels hingegen versprochen die größten Treibhausgasproduzenten der Welt nur 100 Milliarden pro Jahr (und selbst dieses Versprechen wurde nicht eingehalten).

2021 hatten, wie bereits gesagt, erst sechs NATO-Länder das 2-Prozent-Ziel erreicht. Was würde passieren, wenn bis 2028 alle NATO-Mitglieder den „Plan“ erfüllt hätten? Konservative Schätzungen gehen in diesem Fall von einem jährlichen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck von 295 Millionen tCO<sub>2</sub>e aus – eine fast 50-prozentige Steigerung im Vergleich zu 2021! Der Widerspruch zu den Zielen der Pariser Klimakonferenz könnte nicht stärker sein. Schlimmer noch: Das einst nur für die NATO definierte 2-Prozent-Ziel hat sich zu einer globalen Richtschnur entwickelt, und was die NATO selbst angeht, so formulierte Generalsekretär Stoltenberg es 2023 wie folgt: „Wir sollten uns davon lösen, die 2 Prozent als ein Maximum zu betrachten und statt dessen 2 % des Bruttoinlandsprodukts als Minimum (der Militärausgaben) ansehen.“ Wie es scheint, sind wir auf dem „besten Weg“ dazu.

## Nachtrag:

Von Februar bis Juni 2024 hält die NATO das größte Manöver seit Jahrzehnten ab. Vier Monate lang sollen mehr als 90 000 Soldaten den Ernstfall zu Land, zu Wasser und in der Luft proben. Mehr als 1000 Kampfflugzeuge, 50 Schiffe, dazu etliche Kampfflugzeuge werden sich nach Kräften bemühen, die Treibhausgasemissionen in diesem Jahr in neue Rekordhöhen zu treiben. Daran beteiligt sind auch F-35 Jagdflugzeuge, deren CO<sub>2</sub>-Emissionen um ein Vielfaches höher liegen als die der alten F-16 Jäger: Ein einziger F-35 verbraucht 5600 Liter pro Stunde und stößt dabei Treibhausgas entsprechend einem CO<sub>2</sub>-Äquivalent von 2,2 Tonnen aus! Da müßte ein Traktor schon lange fahren, um auf diese Mengen zu kommen. Die Bundeswehr will übrigens gleich 36 dieser schmucken Kerosin-Schlucker bestellen, aber wir wissen ja: Vom Militär verursachte Treibhausgas sind nicht klimaschädlich.

Dr. Dörte Hansen



## LIED ZUR MAGEREN HOFFNUNG

Nach Milliarden wird gesucht,  
Wofür schon Millionen starben.  
Frage lautet: Falsch verbucht?  
Geldminister Lindner flucht,  
Mutig fragt er „I.G.Farben“.

Von der Erde abzukoppeln –  
Ängste für ein Übermorgen –  
Werden sich mehr als verdoppeln,  
Weil trotz Mondflug wir nur hoppeln,  
Angesichts der Klimasorgen.

Kriege kurzerhand zu ahnden?  
Waffenproduzenten kichern,  
Weil sie diesen Satz schon ahnten,  
Juckt sie nicht das Mörderfahnden.  
Also weiter Auftrag sichern?

Macht den Alltag nicht zum Western  
Ohne jegliche Balance.  
Hallo, Leute, Brüder, Schwestern,  
Lasst die Unvernunft im Gestern,  
Gebt der Zukunft eine Chance!

Lutz Jahoda  
29.11.23

- 1 Vgl. Kyoto-Protokoll 1997. Die entsprechende Klausel wurde in spätere Beschlüsse der Weltklimakonferenzen übernommen.
- 2 Estland, Polen, Lettland, Griechenland, Großbritannien, USA.
- 3 Hierzu gehören Rußland, Armenien, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Belarus



# Waffenstillstand oder Krieg

## Blitztour von US-Außenminister Blinken durch den Mittleren Osten ohne Ergebnis

Zum fünften Mal ist Antony Blinken durch den Mittleren Osten gereist. Er besuchte Saudi-Arabien, Ägypten, Katar, Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde im von Israel besetzten Westjordanland. An- und Abreise waren von Angriffen des US-Militärs in Syrien und Irak begleitet. Als Vergeltung für einen tödlichen Drohnenangriff auf die US-Militärbasis „Tower 22“ im syrisch-jordanischen Grenzgebiet, bei dem drei US-Soldaten getötet worden waren, feuerte die US-Armee 125 Raketen auf 85 Ziele an sieben Orten im syrisch-irakischen Grenzgebiet (2. Februar 2024). Mehr als 30 Zivilisten und Soldaten starben. In Bagdad wurden drei Angehörige von Hascht Schaabi bei einem Drohnenangriff auf ihr Fahrzeug getötet (8. Februar 2024). Die US-Administration bezeichnet ihre Angriffe als „Selbstverteidigung“ und beruft sich auf Artikel 51 der UN-Charta. Die bewaffneten Gruppen des „Islamischen Widerstandes im Irak“ und Syrien haben seit Beginn des Krieges gegen Gaza mehr als 160 mal US-Militärbasen im Irak, Syrien und Jordanien angegriffen. Sie fordern den Abzug der US-Truppen aus Syrien und ein Ende der US-geführten „Anti-IS-Allianz“, in deren Rahmen Soldaten aus Dutzenden Staaten u.a. im Irak stationiert sind. Dringlichstes Ziel für die Kampfverbände, die sich „Achse des Widerstandes“ nennen, ist das Ende der US-Unterstützung für den israelischen Krieg gegen Gaza und ein sofortiger Waffenstillstand. Die USA sprechen von „Stellvertretern des Irans“ und machen den Iran für die Angriffe verantwortlich.

### Skepsis und Absagen

Noch bevor Blinken wieder nach Washington zurückkehrte, wurde bekannt, daß seine Vermittlungsmission in der Region wenig Zustimmung erhielt. Ägypten drohte, den Friedensvertrag mit Israel (26. März 1979) zu lösen, sollte Israel die Palästinenser aus dem Gazastreifen in die ägyptische Wüste Sinai vertreiben. Saudi-Arabien ließ Blinken wissen, daß eine „Normalisierung“ der Beziehungen mit Israel nur in Frage käme, wenn der Krieg in Gaza beendet sei, die israelische Armee sich aus dem Küstenstreifen zurückgezogen habe und wenn Israel einen unabhängigen Staat Palästina in den Grenzen von 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt anerkannt habe. In Katar wurde Blinken die „generell positive“ Reaktion der Hamas auf einen Waffenstillstandsplan mitgeteilt, der von den Geheimdiensten der USA (CIA), Israels (Mossad), von Ägypten und Katar vorgelegt worden war. In Tel Aviv allerdings machte Ministerpräsident Benjamin Netanyahu gegenüber Blinken klar, daß die von der Hamas vorgelegten Änderungen an dem Entwurf für ihn unakzeptabel seien. Israel werde „bis zum totalen Sieg“ die Hamas in Gaza bekämpfen, so Netanyahu. Er habe die israelischen Streitkräfte angewiesen, eine Offensive auf die südisraelische Stadt

Rafah vorzubereiten. Die Hamas hatte nach mehrtägigen Beratungen einem Vorschlag für einen Waffenstillstand prinzipiell zugestimmt, hat aber Berichten zufolge eigene Forderungen hinzugefügt. Der ursprüngliche Vorschlag war Ende Januar von Geheimdienstmitarbeitern des israelischen Mossad, der US-amerikanischen CIA, von Ägypten und Katar in Paris ausgehandelt worden. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Reuters, die nach eigenen Angaben das Papier „eingesehen“ habe, soll die Hamas einen dreistufigen Waffenstillstand über 135 Tage (jeweils 45 Tage) vorgeschlagen haben, der zum Ende des Krieges führen solle.

### Gaza in der Schwebe

Internationale und UN-Hilfsorganisationen warnen seit Tagen vor einem israelischen Großangriff auf Rafah, wo aktuell mehr als eine Million Menschen auf engstem Raum, in einfachen Zelten, in Regen und Wind versuchen, sich zu schützen. Neben Kämpfen zwischen israelischen Truppen und palästinensischen Kämpfern sind die Menschen ungebremsten Bombardierungen der israelischen Streitkräfte aus der Luft, von Land und vom Wasser ausgesetzt. Hilfslieferungen warten am Grenzübergang Rafah, weil die israelische Seite ihre Durchfahrt mit unübersichtlichen Kontrollen der Waren verzögert und verschleppt. Krankenhäuser werden von der israelischen Armee belagert und alle Zugänge gesperrt, bevor die Ärzte aufgefordert werden, die Einrichtung zu evakuieren. Die Al Amal-Klinik in Khan Younis wurde Anfang der Woche (5. Februar 2024) nach einer 14tägigen Belagerung von den israelischen Streitkräften zur Evakuierung von Kranken und schutzsuchenden Inlandsvertriebenen gezwungen. Rund 8000 Menschen machten sich auf den Weg nach Rafah, das Israel trotz Markierung als „sicheres Gebiet“ seit Beginn des Krieges bombardiert. UNICEF und andere UN-Hilfsorganisationen sowie der UN-Generalsekretär António Guterres sprechen von katastrophalen, unhaltbaren Zuständen für die Bevölkerung. Für Kinder sei das Leben in Gaza ein „nicht endender Albtraum“, so ein UNICEF-Sprecher.

### „Sollen wir alle verhungern?“

Ein Familienvater, der der Autorin bekannt ist, namentlich aber nicht genannt werden möchte, sandte nach langer Pause vor wenigen Tagen an seine Freunde in Deutschland die folgende Nachricht: „Liebe Freundinnen und liebe Freunde, vor einer Woche mußten wir wieder unsere Notunterkunft verlassen, weil sie bombardiert wurde. Zum vierten Mal mußten wir unsere Habseligkeiten irgendwie zusammenpacken und wieder nach einer anderen Unterkunft suchen – und das, während um uns herum in Sichtweite geschossen wurde und Bomben fielen. Auch

wo wir jetzt sind, ist es eng und menschenunwürdig. Das Dach ist nicht dicht und der Regen kommt durch. Und es hat in letzter Zeit einige Tage ununterbrochen geregnet und es ist kalt. Als hätten wir nicht ohne den Regen schon genug Probleme zu bewältigen. Der Platz in der Unterkunft reicht nicht für alle, deshalb schlafen die Männer reihum draußen im Zelt. Ich habe keine warmen Socken, keinen warmen Pullover. Nichts. Ich friere wie auch die anderen und kann deshalb nicht schlafen. Und ich kann auch nicht schlafen, weil um uns herum die Bomben zu hören sind und die Krankenwagen. Immer könnten wir auch getroffen werden. Seit vier Monaten ist dieser Gedanke, sind die Ängste, die Sorge um die Familie immer da. Nein, ich habe mich nicht an dieses Leben gewöhnt. Wir alle nicht. Und hinzukommt, daß wir uns von der Welt, von der Weltpolitik total verlassen fühlen. Wir leben unter unvorstellbaren Bedingungen. Wir haben nichts getan und müssen leiden und die Welt schaut zu. Oder sie hat uns inzwischen vergessen. Täglich kämpfen wir ums Überleben und sind immer damit beschäftigt, Lebensmittel zu finden. Alle sind wir dünner geworden, denn es gibt nicht genug zu essen. Die Hilfe durch die UNWRA kommt nur sehr langsam an und ist immer zu wenig. In den vergangenen Monaten habe ich kaum etwas davon bekommen. Ich habe gehört, daß die Welt und auch Deutschland jetzt jede Lebensmittelunterstützung durch die UNWRA gestoppt haben. Ich kann es kaum glauben, denn das bedeutet, daß wir alle verhungern sollen. Wenn wir nicht durch Bomben sterben, sollen wir verhungern. Das will auch Deutschland? (...) Auf dem privaten Markt wird fast nichts mehr angeboten und wenn, dann zu astronomischen Preisen, die wir uns nicht leisten können. Sogar Grundnahrungsmittel sind unerschwinglich. 10 Eier kosten umgerechnet 8 Euro, 1 kg Zwiebeln auch 8 Euro. Babywindeln kosten das Paket mehr als 65 Euro. Gemüse, Salz, Zucker, Öl, das alles können wir uns nicht leisten. Seit Beginn des Krieges werden keine Medikamente für den privaten Markt mehr eingeführt. Unsere Gehälter haben wir seit Oktober nicht bekommen. Das alles ist der Wahnsinn. Wie soll es weitergehen? Unser Leben in Gaza ist unerträglich, weil wir von Tod und Zerstörung umgeben sind, kein Dach über dem Kopf haben, kaum etwas zu essen und zu trinken finden, weil die Luft, die uns umgibt, durch Bombenexplosionen extrem verschmutzt ist, weil Krankheiten und Verletzungen nicht behandelt werden können. (...)“

Karin Leukefeld

Redaktionell gekürzt

Quelle: NachDenkSeiten, 10.2.24

# Automatisierung bedeutet nicht automatisch Verwestlichung

Rund 30 Jahre nach ihrer Gründung war die Volksrepublik China noch immer ein weit rückständiges Entwicklungsland. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf betrug nicht einmal zwei Prozent dessen der USA und nur zehn Prozent des BIP der ehemaligen Sowjetunion. Über 80 Prozent der Chinesen lebten damals auf dem Land, ein großer Teil der Bevölkerung waren Analphabeten. Die Wirtschaft war nach den Turbulenzen des „Großen Sprungs“ und der Kulturrevolution geschwächt. Das war die Lage, der sich das Volk und die Kommunistische Partei 1978 gegenübergestellt sahen.

Die neue Führung der KP Chinas um Deng Xiaoping stand vor der Aufgabe, einerseits die Verdienste Maos anzuerkennen, andererseits Fehler zu benennen und zugleich Lösungswege für die Zukunft zu finden. Es gab für die anstehenden Reformen keinen Masterplan. Das Motto lautete: Die Praxis beweist, ob die eingeschlagene Politik sich bewährt und erfolgreich ist. Deng prägte den heute oft zitierten Satz: den Fluß überqueren, indem man sich auf den Steinen vortastet.

Das 3. Plenum des 11. Zentralkomitees der KPCh beschloß Ende 1978, den Arbeitsschwerpunkt der Partei auf den sozialistischen Modernisierungsaufbau zu setzen. Eine der grundlegenden Lehren der Partei fußt auf der sogenannten dialektischen Widerspruchslehre von den Haupt- und Nebenwidersprüchen. Der Hauptwiderspruch des Klassenkampfes der Jahre vor 1978 – zwischen Proletariat einerseits und Bürgertum andererseits – galt als überwunden. Als neuer Hauptwiderspruch wurde auf dem 6. Plenum die Diskrepanz zwischen den täglich wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnissen der Bevölkerung und den rückständigen Produktivkräften der Gesellschaft gesehen.

Die Reform der Auflösung der Volkskommunen und die Übertragung der Nutzungsrechte auf die Bauernfamilien wurden zuerst ab 1980 in Dörfern der Provinzen Sichuan und Anhui getestet. Das war der Startschuß für ein schnelles Wachstum der chinesischen Landwirtschaft und letztlich auch für die Industrialisierung.

Durch die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität wurden Arbeitskräfte freigesetzt, die in lokalen Produktionseinheiten Güter des täglichen Bedarfs herstellen konnten. In der Folge erwirtschafteten Dörfer bescheidenen Reichtum und erweiterten ihre Möglichkeiten auf den Märkten. Andere freigesetzte landwirtschaftliche Arbeitskräfte wanderten in die Küstenregionen und die neu entstehenden Sonderwirtschaftszonen ab. Die Periode der Arbeitsmigration begann. Nach der erfolgreichen Reformierung der Landwirtschaft nahm die KP Chinas gemeinsam mit den Arbeitern und Ingenieuren die Reform der Industrie in Angriff. Man bemühte sich, moderne Technologien einzuführen und

Industriezweige, nachdem sie zu mehr Konkurrenzfähigkeit hin umgestaltet worden waren, dem Weltmarkt zu öffnen.

1988 wurde der Status der privaten Unternehmen offiziell anerkannt. In den strategisch wichtigen Industriezweigen waren neben den Staatsbetrieben nur Joint Ventures mit einer über fünfzigprozentigen staatlichen Beteiligung und einer Minderheitsbeteiligung ausländischen Kapitals zugelassen. Staatsbetriebe, die bislang die Grundsicherung der „eisernen Reisschüssel“ garantierten, begannen, versuchsweise in Aktiengesellschaften mit staatlicher Mehrheit umgewandelt zu werden. 2017 zählte Chinas Nationales Statistikamt 27 Millionen private Firmen und 65 Millionen individuelle Gewerbetreibende. Die nicht-staatseigenen Unternehmen tragen heute zu 60 Prozent des BIP, 70 Prozent der technologischen Innovationen, 80 Prozent der städtischen Beschäftigung und 90 Prozent der gesamten Unternehmen in China bei.

Die großen staatseigenen Betriebe sind wesentlich in Sektoren der Grundversorgung der Gesellschaft tätig, darunter Infrastruktur, Telekommunikation, Energieversorgung, Finanz- und Versicherungswesen, Gesundheitswesen und Pharmazie. Statt der Erzielung maximalen Profits besteht die Aufgabe dieser Unternehmen darin, das wirtschaftliche Rückgrat der sozialistischen Wirtschaft zu bilden, die Stabilität des Staates und die Grundabsicherung der Gesellschaft zu garantieren – entsprechend der Politik der KP Chinas.

Seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik 1978 mußte China den Balanceakt vollführen, im eigenen Land ein Gleichgewicht zwischen kapitalistischen Marktwerkzeugen zur schnellen Erhöhung der Produktivität und den sozialistischen Prinzipien des Aufbaus einer sozialen, gerechten Gesellschaft herzustellen.

China hat den nationalen Markt nicht dereguliert, im Gegenteil: Der Staat und die KP Chinas haben Reformen durchgesetzt, um den Markt mittels staatlicher Eingriffe im Interesse der Erhöhung des Wohlstandes zu regulieren. Seitens der USA und der westlichen Länder vollzog sich das in der Hoffnung, daß China mittels der Strategie des „Wandels durch Handel“ vom Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft abgebracht werden könne. Das chinesische Volk und die Führung der KP Chinas aber haben zu keinem Zeitpunkt das Bekenntnis zum Marxismus und zur Sicherung der kommunistischen Regierung in Frage gestellt.

Nur einige wichtige Etappen seien genannt:

- 1979 – Erhöhung der landwirtschaftlichen Einkaufspreise
- 1980 – Einrichtung erster Sonderwirtschaftszonen
- 1983 – Besteuerung staatlicher Wirtschaftseinheiten

- 1988 – Entwicklung der Privatwirtschaft wird rechtlich erlaubt
- 1992 – Einführung der sozialistischen Marktwirtschaft chinesischer Prägung
- 2001 – Beitritt in die Welt-Handelsorganisation und damit Integration in den kapitalistischen Weltmarkt
- 2010 – Chinas BIP übersteigt das japanische, Chinas Volkswirtschaft klettert damit weltweit auf Rang 2
- 2013 – Startschuß für die Seidenstraßeninitiative (Belt-and-Road-Initiative)

Heute, 45 Jahre nach der Einführung der Reform und Öffnung, ist Chinas Pro-Kopf-BIP von 156 US-Dollar im Jahr 1978 auf nun über 12 000 US-Dollar gestiegen und die jährlichen Zuwachsraten des BIP liegt bei zirka neun Prozent. Das stellt für eine Volkswirtschaft eine einmalige Leistung dar.

In den vergangenen Jahren konnte das Land nicht nur die absolute Armut überwinden, sondern sich auch eine moderne Infrastruktur, ausreichend Wohnraum und ein gerechtes Sozialsystem aufbauen. Basierend darauf ist China heute führend in innovativen Wirtschaftszweigen wie der Automobilindustrie oder den Feldern der erneuerbaren Energien, der Elektronik und Robotik oder der Raumfahrttechnik.

China tritt für eine multilaterale Weltordnung ein, um durch internationale Zusammenarbeit, eigene Innovationen und weitere, dem eigenen Entwicklungsstand angepaßte Reformen bis 2049 – dem 100. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik – zu einem starken, modernen sozialistischen Land heranzuwachsen.

Um dieses Ziel zu erreichen, wird der Weg vertiefter Reformen beschritten. Waren in den zurückliegenden Jahren die treibenden Wirtschaftszweige die Immobilienwirtschaft, die verarbeitende Industrie und der Aufbau der Infrastruktur, so können damit heute keine hohen Produktivitätszuwächse mehr erwirtschaftet werden. Staatspräsident Xi Jinping betonte auf dem XX. Parteitag die zunehmende Bedeutung von Wissenschaft und Technologie als erste Produktivkraft, von Talenten und Fähigkeiten der chinesischen Bevölkerung als erste Ressource bzw. Quelle und von Innovationen als erstem Treiber des Wachstums. Die Wirtschaftsentwicklung vom quantitativen hin zum qualitativen Wachstum wird Raum geben für die Industriezweige des 21. Jahrhunderts, verbunden mit einer Erhöhung des Lebensstandards für die gesamte Bevölkerung, einer sozialistischen Gesellschaft chinesischen Charakters.

Um es mit den Worten von Staatspräsident Xi Jinping aus dem Februar dieses Jahres auf den Punkt zu bringen: Chinas Fortschritt hat eindeutig bewiesen, daß Modernisierung nicht mit Verwestlichung gleichzusetzen ist. Dem ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen.

**Dr. Uwe Behrens**

# Taiwan nach den Wahlen

Nachdem der Kandidat der DPP, Lai Ching-te, am 13. Januar mit rund 40 % der Stimmen die Präsidentschaftswahl gewonnen hatte, ließ das chinesische Büro für Taiwan-Angelegenheiten verlauten, daß die DPP "nicht die allgemeine öffentliche Meinung auf der Insel repräsentiert". Und in der Tat: Das taiwanese Wahlrecht sieht vor, daß der Kandidat mit der höchsten Stimmenzahl gewinnt. Die beiden großen Parteien, Kuomintang (KMT) und die Taiwanische Volkspartei (TPP), die die Konfrontationspolitik der DPP mit China ablehnen und zusammen 60 % der Stimmen bekamen, hatten sich wegen Meinungsverschiedenheiten darüber, wer ihr Präsidentschaftskandidat soll, nicht über einen gemeinsamen Kandidaten einigen können. Damit verschenkten sie den sicheren Wahlsieg. Lai ist ein „überzeugter Separatist“ (NYT) und war vorher Taiwans Vizepräsident.

Ein Großteil der taiwanesischen Bevölkerung ist zwar tendenziell gegen eine Wiedervereinigung mit China, lehnt aber auch eine baldige Unabhängigkeit von China ab. Gemäß einer Umfrage der Chengchi Universität sprachen sich 32,1 % der Befragten dafür aus, den Status quo auf unbestimmte Zeit beizubehalten, 28,6 % wollten lieber zu einem späteren Zeitpunkt über Taiwans Zukunft zu entscheiden. Nur 4,5 % wollen eine schnelle Unabhängigkeit. Andere Umfragen brachten stets dasselbe Ergebnis. Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß die Mehrheit der taiwanesischen Öffentlichkeit die Unabhängigkeit des Landes nicht befürwortet und den Dialog mit Peking einer Konfrontation vorzieht.

Das chinesische Festland ist der größte Handelspartner Taiwans sowie der größte Kunde für Taiwans Chipindustrie. Taiwan exportierte 2023 integrierte Schaltkreise im Wert von 47 Milliarden US-Dollar nach China. Diese werden in chinesischen Fabriken in die Geräte eingebaut und verkauft. 2023 hatte der Handel zwischen China und Taiwan einen Wert von 224 Milliarden US-Dollar. Ein bis zwei Millionen Taiwaner leben und arbeiten auf dem Festland. Der bilaterale Tourismus floriert.

Die Konfrontationspolitik der neoliberalen DPP und ihr Schulterschuß mit den USA werden Taiwans Hauptprobleme, stagnierende Löhne, Wohnungsmangel, die sich öffnende Schere zwischen Arm und Reich und fehlende Perspektiven für die Jugend nicht lösen. Es sind die typischen Probleme des neoliberalen Kapitalismus. Auch wenn die Unabhängigkeitsfrage ein wichtiger Faktor für das Wahlverhalten der Bürger gewesen sein dürfte, war sie für die Wähler nicht das Hauptthema.

Gleichzeitig mit den Präsidentschaftswahlen fanden auch Parlamentswahlen statt. Hier hat die DPP ihre absolute Mehrheit verloren. Die KMT bekam 52, die DPP 51 und die TPP 8 von insgesamt 133 Sitzen. Bisher hatte die DPP die Mehrheit in der Legislative, die es ihr ermöglichte, alle Maßnahmen zu verabschieden,

die sie wollte, während sie gleichzeitig die Präsidentschaft innehatte. Die Opposition verfügt nun im Parlament über eine Mehrheit, was die DPP bremsen wird. Sie kann jetzt Gesetze blockieren und die Befugnisse des neuen Präsidenten kontrollieren. Zwei Wochen nach den Wahlen wählte das Parlament Han Kuo-yu von der Kuomintang zum Parlamentspräsidenten.

Trotzdem ist mit einer weiteren Verschärfung der Spannungen zwischen Peking und Taipeh zu rechnen. Der Ausgang der Wahlen ist nicht nur für die nächsten Jahre entscheidend für Taiwans Politik gegenüber Peking, sondern auch für die Geopolitik in der asiatisch-pazifischen Region und für die Beziehungen zwischen China und den USA. Die Taiwan-Frage ist der Dreh- und Angelpunkt der geopolitischen Rivalität zwischen den USA und China. Die militärischen Spannungen haben nach der Wahl zugenommen.

Alle Erklärungen der USA, sie würden die Trennung Taiwans von China nicht unterstützen, sind nichts als Lippenbekenntnisse. Die USA haben bereits Kommandostrukturen gegen China geschaffen und versuchen mit einem regionalen Netz amerikanischer Militärbündnisse wie AUKUS, Five Eyes und Quad die reaktionären Kräfte im asiatischen Raum gegen China zu bündeln. Mit von der Partie sind neben den USA noch Kanada, Japan, Südkorea, Australien, Neuseeland und (bedingt) Indien sowie neuerdings auch wieder die Philippinen. Die USA betrachten China als systemischen Rivalen. Im Kern geht es ihnen darum, Chinas weiteren wirtschaftlichen und politischen Aufstieg zu untergraben, weswegen China „eingedämmt“ werden soll. Der Aufstieg Chinas und seine Beziehungen zu den Ländern des globalen Südens, insbesondere im Rahmen der Neuen Seidenstraße, und das Erstarken der BRICS haben die internationalen Kräfteverhältnisse zu Ungunsten des Westens verschoben. Länder, die vorher für Kredite und Entwicklungshilfe auf den IWF und die Weltbank angewiesen waren, haben jetzt eine Alternative und somit mehr Macht, wenn sie mit den vom Westen dominierten Finanzinstituten über Kredite und Handelsverträge verhandeln. Die beiden großen politischen Parteien der USA sind durch und durch imperialistisch und versuchen, das US-Imperium zu stärken und Washingtons Hegemonie über den Planeten aufrechterhalten. Dabei ist der Westen mit seiner neoliberalen Philosophie selber schuld an seinem wirtschaftlichen und moralischen Abstieg.

Die USA bewaffnen Taiwan und benutzen die DPP als Marionette, um einen Konflikt mit China zu provozieren, in der Hoffnung auf eine falsche Reaktion der Volksarmee, als Vorwand für militärische Operationen. Notfalls, man täusche sich nicht, könnte auch eine „false flag“-Operation inszeniert werden, um einen Kriegsvorwand zu finden. Es wird weiterhin Öl ins Feuer gegossen. Das

Weißes Haus plant, erneut eine hochrangige Delegation nach Taiwan zu schicken. Ein Zerstörer der USA, die USS John Finn, fuhr gleich nach den Wahlen provokativ durch die 130 km breite Taiwan-Straße, und das Pentagon hat bereits einen neuen Waffenlieferungsvertrag über 50 Boden-Luft-Raketen angekündigt. Die USA haben einen dritten Flugzeugträger, die USS Theodore Roosevelt, in die Region entsandt, während die USA und Japan Anfang Februar eine gemeinsame Übung abhielten, bei der ein Konflikt um Taiwan simuliert wurde.

Die USA berufen sich für die Durchfahrt der Taiwan-Straße gerne auf das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen und behaupten, damit die „Freiheit der Meere“ zu garantieren. In Artikel 38 dieses Abkommens über die Durchfahrt durch Meerengen steht aber: „Alle Schiffe und Luftfahrzeuge haben das Recht der ungehinderten Durchfahrt; wird die Meerenge jedoch durch eine Insel eines an die Meerenge angrenzenden Staates und dessen Festland gebildet, so gilt die Durchfahrt nicht, wenn seewärts der Insel ein Weg durch die Hohe See besteht ...“. Das ist in der Taiwan-Straße der Fall. Es ist völkerrechtlich unbestritten, daß Taiwan zu China gehört. Die USA haben also mit ihren Kriegsschiffen nichts vor der chinesischen Küste verloren.

Nur zwei Tage nachdem Lai Ching-te die Wahl zum nächsten Präsidenten gewonnen hatte, wechselte Nauru, ein Inselstaat im Pazifik mit weniger als 13 000 Einwohnern, seine offizielle Anerkennung von Taipeh zu Peking. Die Länder, die noch diplomatische Beziehungen zu Taipeh unterhalten, sind allesamt kleine Länder. Während der Präsidentschaft von Tsai Ing-Wen hat Taiwan 10 diplomatische Verbündete verloren. Durch Naurus Sinneswandel zählt Taipeh jetzt nur noch 12 Verbündete, darunter den Vatikan. Die USA versuchen, Taiwan in möglichst vielen internationalen Organisationen einzuschleusen, um seinen internationalen Status zu vergrößern. Der US-Kongreß hat mehrere Gesetzesentwürfe eingebracht, darunter den Taiwan International Solidarity Act, um Chinas Bemühungen um eine Isolierung der Insel von der internationalen Bühne entgegenzuwirken.

Die USA bewaffnen Taiwan, erklären, daß sie die "Freiheit der Schifffahrt" in der Straße von Taiwan verteidigen und warnen vor einer bewaffneten Wiedervereinigung der Insel mit China. Sie positionieren sich als Verteidiger der taiwanesischen Demokratie, aber die Mehrheit der Taiwaner hat gerade ihre Ablehnung dieser Haltung gegenüber China bekundet. Nun sehen sich die USA mit der Realität konfrontiert, daß ihre kriegstreibenden Marionetten in Taiwan nur von einer Minderheit unterstützt werden.

# Afghanistan zwei Jahre nach Abzug der NATO

Friedensbewegung fordert umfassende Hilfen für die Bevölkerung und sofortiges Ende der Wirtschaftssanktionen und des Einfrierens afghanischer Gelder

## Eine Stellungnahme des Bundesausschusses Friedensratschlag

Vor zwei Jahren mußten sich die USA und ihre Verbündeten nach 20 Jahren Krieg geschlagen geben und Afghanistan verlassen. Am 26. August 2021 beendete auch die Bundeswehr mit der letzten Evakuierungsoperation ihren Einsatz am Hindukusch. Die Bilanz dieses von den USA völkerrechtswidrig begonnenen Krieges ist verheerend.

Für die Afghaninnen und Afghanen ist er noch immer nicht zu Ende, warnt der Bundesausschuß Friedensratschlag. Die Aussetzung bisheriger Zahlungen und die Finanz- und Handelsblockaden, die mit der Machtübernahme der Taliban nun faktisch das ganze Land treffen, hätten sie noch weiter in die Katastrophe geschleudert. Die Gelder aus dem Ausland, mit denen bis dahin drei Viertel der öffentlichen Ausgaben finanziert worden waren, versiegten über Nacht, und indem die USA und die EU afghanische Reserven in Höhe von über neun Mrd. US-Dollar einfroren, verschärften sie die Notlage zusätzlich.

Als besonders skandalös bewerten die Mitglieder des bundesweiten Zusammenschlusses, daß der Ausschluß vom Zahlungsverkehr sogar die humanitäre Hilfe behindert,

während gleichzeitig die Hilfsgelder für Afghanistan im Zuge des Ukrainekrieges und westlicher Wirtschaftsblockaden gegen Rußland drastisch zurückgingen und die Preise für Hilfsgüter dramatisch anstiegen. Und dies in einer Notsituation, in der 24 der 40 Millionen Menschen im Land völlig darauf angewiesen und acht Millionen bereits einer Hungersnot ausgesetzt sind. Wie immer sind Frauen und Kinder besonders betroffen. Laut UN-Kinderhilfswerk UNICEF sind über eine Million Kinder schon so unterernährt, daß sie medizinisch behandelt werden müßten. Doch auch das Gesundheitssystem ist kollabiert.

„Ich habe noch nie eine Krise erlebt, die so schnell und in einem solchen Ausmaß eskaliert ist, wie die in Afghanistan“, stellt der Chef des Welternährungsprogramm fest. Hier herrsche nun die „Hölle auf Erden“. „Hunger und Elend“ könnten nun „mehr Afghanen töten als alle Bomben und Kugeln der letzten zwei Jahrzehnte“, befürchtet die International Crisis Group.

Hier zeige sich besonders deutlich der Widerspruch der westlichen Sanktionspolitik, so das Friedensbündnis. Zweifelsohne verstößt die Politik der Taliban eklatant gegen Menschenrechte. Aber offensichtlich kann man mit Wirtschaftsblockaden keine Änderung erzwingen,

sondern läßt besonders die leiden, die man angeblich schützen will. Wirtschaftssanktionen sind selbst massive Menschenrechtsverletzungen, die Menschenleben kosten. Zudem sind sie im Falle Afghanistan offensichtlich auch die Fortsetzung des verlorenen Krieges. Die im Bundesausschuß Friedensratschlag vertretenen Gruppierungen wenden sich entschieden gegen die Politik von Außenministerin Baerbock, die selbst humanitäre Hilfen für Afghanistan von der Einhaltung von Frauenrechten abhängig machen will, und protestieren gegen die Senkung des deutschen Beitrags von bereits mickrigen 330 Millionen Euro im letzten Jahr auf 39 Millionen in diesem.

Sie fordern die Bundesregierung und die Regierungen der übrigen NATO-Staaten auf, ihre Embargomaßnahmen unverzüglich zu beenden und die afghanischen Gelder auf westlichen Konten freizugeben.

Sie dürfen Afghaninnen und Afghanen nicht weiter zur Geisel ihrer Politik machen, sondern müssen ihrer Verantwortung für das durch 20 Jahr Krieg und Besatzungspolitik angerichtete Desaster gerecht werden: d.h., Wiedergutmachung leisten für die Opfer des Krieges und die angerichteten Schäden, sowie umfassende Hilfe für den Wiederaufbau.

Januar 2024

## Ein Buch will zum Nachdenken anregen

Die „jour fixe initiative berlin“ ruft dazu auf, angesichts der Veränderungen der Kräftekonstellation im Weltmaßstab das Verhältnis von „globalem Norden“ zu „globalem Süden“ im Kontext mit der Klimazerstörung, der Migration, der faktischen Fortsetzung von Kolonialismus unter neuem Zeichen, der sozialen Kämpfe in Chile, Sudan, Libanon und dem Krieg in der Ukraine, tiefgehender zu beleuchten und „über die internationalen Verflechtungen von Politik, Ökonomie und Kultur neu nachzudenken“.

**Paul Dziejczak** kommt zu der Feststellung, daß die vom Westen dominierte Globalisierung an Kraft verliert. Angesichts der von den USA in ihrer Geschichte bis heute geführten Kriege und Militäreinsätze (Mali, Palästina, Pakistan, Afghanistan und viele andere) appelliert er dafür, die zahlreichen partikularen Kämpfe zu verbinden, um den „Antiimperialismus“ zu stärken.

**Brigitte Studer** schreibt ein interessantes who's who über die Mitglieder der 1919 gegründeten Kommunistischen Internationale mit ihren „Schatten- und Sonnenseiten“ als kurze Zusammenfassung ihres Buches zum Thema Kommunistische Internationale.

**Elfriede Müller** stellt die Kritische Theorie des „Pan-Afrikanismus“ vor, wobei sie die Rolle von C. L. R. James „als einem der originellsten und kreativsten linken Denker des 20. Jahrhunderts“ behandelt. Dieser

entwickelte „eine Theorie der Selbstorganisation und Mobilisierung von unten“.

**Maria Paula Meneses** entwickelt die These, daß es in einer vernetzten Welt „von entscheidender Bedeutung“ sei, die jüngsten Erfahrungen der afrikanischen Länder, insbesondere Mosambiks, auf dem Wege zum Sozialismus zu erforschen und zu verallgemeinern.

**Vincent Bababouilabo** und **Laura Frey** aus Mosambik erinnern an die Zeit ihrer Berufsausbildung in der DDR. Zu ergänzen ist, daß die DDR dem mosambikanischen Staat darüber hinaus auch politische, ökonomische und militärische Unterstützung gewährte.

**Stefan Vogt** behandelt die ideologischen Verbindungen zwischen Rassismus und Antisemitismus in der deutschen Kolonialpolitik und gibt einen Überblick zur Geschichte und Gegenwart von Kolonialismus und Antisemitismus. Treibende Kraft der deutschen Kolonialpolitik war der „Alldeutsche Verband“ als die radikalnationalistische Organisation im Kaiserreich. Obwohl neben Ernst Vohsen, der „ein führendes Mitglied der Deutschen Kolonialgesellschaft“ war, noch weitere Deutsche jüdischen Glaubens wie Paul Kayser als „Direktor der Kolonialabteilung im Auswärtigen Amt“ und Walther Rathenau, später sogar Außenminister, unterschiedene „Verfechter des Kolonialismus“ waren, wurden sie wegen ihres jüdischen Glaubens als nicht zuverlässig

genug eingestuft, da sie „Deutschlands Status als Weltmacht“ bedrohen würden.

**Lutz Fiedler** stellt die Gemeinsamkeiten zwischen den Positionen von Jean Améry und Frantz Fanon bezüglich der Kolonialgewalt in den afrikanischen Ländern und der Massenvernichtung des deutschen Faschismus in Europa heraus. Im Frühjahr 1951 hatte Améry zum ersten Mal Fanons Buch „Die gelebte Erfahrung des Schwarzen“ gelesen, in dem er eine „Schicksalsverwandtschaft“ zwischen den vom faschistischen Regime verfolgten und Auschwitz überlebenden Menschen jüdischen Glaubens und den Erfahrungen des Schwarzen Fanons sieht. Dessen Werk „Die Verdammten dieser Erde“ bezeichnet Améry als „kommunistisches Manifest der anticolonialen Revolution“. **Nora Sternfeld** plädiert „für einen situierten Universalismus“, in dem der Universalismus nicht allein den herrschenden etablierten Apologeten überlassen werden darf. Das Buch gibt Anregungen, über die Geschichte, Gegenwart und Perspektive unserer Welt, die sich seit geraumer Zeit in einer multiplen Krise befindet, nachzudenken.

**Dr. Matin Baraki**

*jour fixe initiative berlin (Hg.): Kreolische Konstellationen: Kolonialismus, Imperialismus, Internationalismus, edition assemblage, Berlin 1. Auflage 2023, 168 S.*



# Äthiopien: Steiniger Weg aus der Krise

Äthiopien, ein aus Ethnien gebildetes föderatives Land und durch ethnisch motivierten, aber von Dürre und Armut getriebenen Aufruhr in den Provinzen Oromo und Amhara gebeutelt, kommt nicht zur Ruhe. Wie stehen die Chancen, daß mit dem Beitritt zur BRICS-Community das Tal der wirtschaftlichen Krise mit den Indikatoren Devisenknappheit und Inflation durchschritten wird?

## Sanktionen

Äthiopien, der „strategische Partner“ Chinas, wird von den USA seit Jahren als dessen „Einfallstor nach Afrika“ angesehen und dementsprechend sanktioniert. Als die von ihnen unterstützten Tigray-Szessionisten zu den Waffen griffen, suspendierten die USA 2021 den zollfreien Import über das „AGOA-Gesetz“. Und für 2024 ist auch nicht zu erwarten, daß die Suspension aufgehoben wird. Der Generaldirektor für Europa/Amerika im äthiopischen Außenministerium brachte es im Dezember auf den Punkt: „Das Problem mit den westlichen Ländern ist, daß sie, wenn sie Druck auf Äthiopien ausüben wollen, die Angewohnheit haben, ihre Vorbedingungen in kurzen Abständen zu ändern. Wenn eine erfüllt ist, bringen sie eine andere ...“ So ist zu erklären, daß 2023 im März die USA eine „humanitäre Hilfe“ in Höhe von 332 Mio. Dollar ankündigten, um sie, bevor sie richtig anließ, im Juni einzustellen und im Oktober die Suspension wieder aufzuheben unter der Bedingung, sie Tigray zugutekommen zu lassen.

## Brosamen Migrationshemmer

Den Afrika-Gipfel der italienischen Regierung Ende Januar nutzte Äthiopien, im Rahmen des strategischen Partnerschaftsprogramms aus dem mit 5,9 Mrd. Dollar dotierten „Plan Mattei“ (benannt nach dem Gründer des Erdölkonzerns ENI) ein Stück zu erlangen. Ministerpräsidentin Georgia Meloni verspricht sich, die Migrationsströme zu verlangsamen und die Energieversorgung der EU zu sichern. Als diplomatische Geste wurde Äthiopiens erstes Flugzeug fast 90 Jahre nach seiner Beschlagnahme zurückgegeben. Auch Großbritannien bemüht sich um Verständnis für seine Migrationspolitik. Der englische Entwicklungsminister Andrew Mitchell kündigte 125 Mio. Dollar als Nahrungshilfe an. Auch die Europäische Union und die französische Entwicklungsgesellschaft AFD hatten 35 Mio. Dollar im April letzten Jahres als Nahrungsmittelhilfe in der Provinz Tigray zugesagt.

## Ultimative Drohung

Die versammelten Kreditgeber der G20 im „Club of Paris“ drohten ultimativ, die bilaterale Vereinbarung aufzukündigen, den Schuldendienst bis Dezember 2024 zu stunden (eine Einsparung für Äthiopien von 1,5 Mrd. Dollar), wenn Äthiopien nicht mit dem Weltwährungsfonds FMI eine seit März vorigen Jahres verhandelte Übereinkunft bis Ende März schließt. Im November letzten Jahres hatte das Land die Tilgung seiner bilateralen Schulden „vorläufig“

eingestellt und eine Restrukturierung des ursprünglich 2024 fälligen Eurobonds über 1 Mrd. Dollar vorbereitet. Die äthiopische Regierung schlug vor, die Fälligkeit zu verschieben, den Zinssatz zu senken und die Zwischenzahlungen zu staffeln. Doch die privaten Geldgeber, wie der Investmentgigant BlackRock, waren dazu nicht bereit, so würde letztlich das Land in die Zahlungsunfähigkeit getrieben. Dabei ist Äthiopien bislang nicht in Verzug geraten. Das Land am Horn von Afrika beantragte bereits Anfang 2021 die umfassende Umstrukturierung und parallel dazu beim IWF ein Hilfsprogramm über 3,5 Mrd. China hatte im März 2023 mit Äthiopiens eigene Verhandlungen über eine Schuldenumstrukturierung außerhalb des G20-Rahmens begonnen. Und wir dürfen gespannt sein, wie diese Verhandlungen, in die sicher auch die Neue Entwicklungsbank der BRICS+ involviert sein wird, weitergeführt werden.

## Lichtblicke

Auch ausländische Investitionen, vor allem aus Rußland und China, werden dazu beitragen, aus dem Tal der Krise zu kommen. Die russische AvtoVAZ wird mit einem Lada-Montagewerk für den afrikanischen Markt VW und Toyota, die seit 2020 im Lande sind, Konkurrenz machen. Die chinesische Sinoma-Gruppe wird 291 Mio. Dollar in eine Zementfabrik und mit National West 600 Mio. Dollar in einen, auf Baumaterialien spezialisierten. Industriepark investieren. Zur Mechanisierung der Landwirtschaft wird das äthiopische Agrarunternehmen EABC mit der chinesischen Zoomlion zusammenarbeiten: Ausstattung mit Landmaschinen samt Instandhaltung und Ausbildung. Und das Staatsunternehmen „Ethio-Engineering Group“ baut eine Montagefabrik für Landmaschinen zusammen mit dem chinesischen Unternehmen YTO (Camaco).

## Meereszugang und Logistikkosten

Seit August letzten Jahres wurde verhandelt, den Tiefseehafen Berbera der DP World (VAE) für 50 Jahre zu pachten. Außerdem ist beabsichtigt, zusätzlich ein Gelände am Hafen für einen Marinestützpunkt zu pachten. Als Preis sollte Somaliland u.a. Anteile an der erfolgreichen „Äthiopian Airlines“ und politische Unterstützung für ihre Unabhängigkeit erhalten. Offensichtlich verfolgt der äthiopische Ministerpräsident Aby Ahmed regionalpolitische Ziele. Auf der Hand liegt das Bestreben, den seit 1993 mit der Unabhängigkeit Eritreas verlorenen Meereszugang zurückzugewinnen und über einen Marinestützpunkt einen Zuwachs an Einfluß am Horn von Afrika zu erreichen. Ein weiterer antiimperialistischer Player im Roten Meer? Hat in Konkurrenz mit den USA der kleine Igel vor dem Hasen das Rennen gemacht? Denn, nachdem China in Djibouti einen Militärstützpunkt eingerichtet hatte, hatten aus Sicherheitsgründen die USA ein Auge auf den Hafen Berbera geworfen. Doch diese Option dürfte für die US-amerikanischen Militärs mit einem äthiopischen Nachbarn an Attraktivität verloren haben.

Am 1. Januar 2024 hatte Aby Ahmed den secessionistischen Somaliland-Präsidenten Muse Bihi Abdi eingeladen, um die Vereinbarung zu unterschreiben – was die somalische Regierung veranlaßte, per Gesetz dieses Abkommen für „null und nichtig“ zu erklären und als einen Kriegsgrund zu betrachten. Somalilands Verteidigungsminister unterstellte Aby Ahmed abessinisches Großmachtstreben und trat aus Protest zurück: „Aby Ahmed will es nehmen, ohne es zu mieten oder zu besitzen“, sagte er. Doch es sind auch die Kosten, die Äthiopien dazu treiben, die Logistik zu diversifizieren. Über die zwischen 2013 und 2016 von China gebaute und mit 3,4 Mrd. Dollar finanzierte Eisenbahnverbindung von Addis Abeba nach Djibouti zum Hafen von Doraleh werden 90 % des äthiopischen Exports abgewickelt. Die Trennung vom Meer koste jedes Jahr ein Drittel des Brutto-Inlandsprodukts, so Aby Ahmed, an Hafengebühren fallen 1,5 Mrd. Dollar an. Djibouti will jedoch nicht als Sündenbock erhalten: Aboubakar Omar Hyadi, der Präsident der djiboutischen Hafenbehörde DPFZA, machte eine Gegenrechnung auf. In den besagten 1,5 Mrd. Dollar seien über 400 Mio. Dollar für den Landtransport enthalten: 1800 Dollar, welche die äthiopischen Spediteure für den Transport jedes Containers zwischen Hafen und Addis Abeba verlangen. Die Hafenkosten machen nur 2,5 % des CIF-Wertes von Waren aus (Kosten, Versicherung und Fracht), die auf der Straße nach Äthiopien importiert werden. Dazu bekräftigte Abdi Zenebe, der Generaldirektor des gemeinschaftlich betriebenen äthiopisch-djiboutische Bahnunternehmens DER, die erfolgreiche Entwicklung der Bahnstrecke. Ein Rekord: Im Jahr 2023 konnte er einen Zuwachs auf über 2 Mio. Tonnen Güter, eine Steigerung von 40 % im Vergleich zum Vorjahr, verzeichnen.

## Energiekrieg?

Die Altlast, der gefährlich schwelende Konflikt, die Entnahme von Nilwasser für den „Grand Ethiopian Renaissance Dam“ (GERD), wird von beiden neu in die BRICS+ aufgenommenen Länder Äthiopien und Ägypten – so ist zu hoffen – leichter zu lösen sein, nachdem die letzte Etappe der Füllung des Stausees abgeschlossen ist. Der Staudamm liefert seit dem 22. Februar 2022 Strom. Das nationale Starkstrom-Netz hatte China für 1 Mrd. finanziert. Die Weltbank steuerte letztes Jahr 250 Mio. Dollar bei. Allerdings müßte Ägypten seine von Großbritannien zugestanden Kolonialrechte aufgeben und dem „Cooperative Framework Agreement“ beitreten, in dem die zehn anderen Nil-Anrainer vertreten sind, um angesichts des Klimawandels die einvernehmliche Nutzung des Nilwassers zu organisieren. Es wird ein langer und steiniger Weg sein, einen Vertrag zu schließen, der für alle gegenseitig akzeptabel und vorteilhaft sein wird, der den „nachhaltigen und vernünftigen Gebrauch“ regelt, in einigen strittigen eventuell vom Internationalen Gerichtshof gelöst?

Georges Hallermayer, 11.2.2024

## Zur Frage der Epoche

Das Denken in historischen Perioden ist nicht nur ein Prinzip der Analyse, sondern es setzt sich in Orientierungen des Handelns fort, insbesondere in der Strategie für den Klassenkampf. Das gilt zunächst im nationalen Maßstab. In Deutschland ist die aktuelle Situation davon gekennzeichnet, daß sich die Arbeiterklasse in der Defensive befindet und daß Gegenwehr nur punktuell stattfindet. Das nächste Stadium kann von Abwehrkämpfen geprägt sein, wie das in Frankreich schon heute der Fall ist. Dann könnten sich die Kräfte sammeln, die in einer weiteren Etappe fähig werden, Offensiv-Kämpfe zu führen, etwa

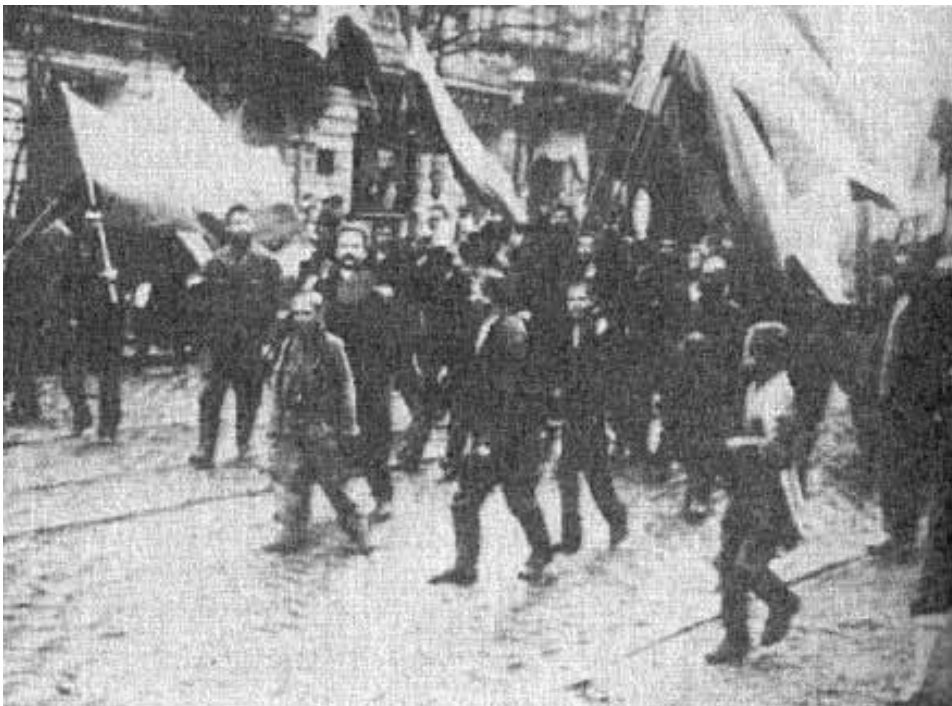
etappen-fremden Vorhaben, weil sie von Positionen allgemeinemenschlicher Vernunft herdenken und das Kräfteverhältnis der Klassen ausblenden. Es besteht aber das Risiko, daß man sich verkämpft, wenn man den Hebel an der falschen Stelle ansetzt, und wenn man Ziele direkt erreichen will, die jetzt nicht zu erreichen sind. Ob eine bestimmte Etappe des Klassenkampfes ihren Charakter hinreichend ausprägt und damit den Anschluß zu einer weiterführenden Etappe herstellt, das hängt von der Angemessenheit der Aktivität ab, zumindest was die Schwerpunkte betrifft. Eine Bestimmung der Großwetterlage für

zu einer Bestimmung der historischen Periode, die den Kriterien eines wissenschaftlichen Begriffs genügt. Erkannt wird auf diesem Weg eine Subjekt-Objekt-Beziehung im Klassenkampf, nämlich das aktuelle Verhältnis seiner Handlungsbedingungen einerseits und des tatsächlichen Geschehens andererseits.

Der Begriff der Epoche steht bei der Klärung von historischen Perioden im Mittelpunkt. Was die heutige Zeit betrifft, so wissen wir einerseits, daß sich die Arbeiterklasse in Deutschland in der Defensive befindet, und wir wissen andererseits, daß der Sozialismus überfällig ist, sowohl hier als auch anderswo. Wir wissen ferner, daß der reale Sozialismus in Europa eine historische Niederlage erlitten hat, daß aber andere Länder ihre sozialistische Orientierung weiter verfolgen und dem Imperialismus die Stirn bieten. Wir wissen darüber hinaus, daß auch in kapitalistischen Ländern die Distanz zu den Hauptländern des Imperialismus zunimmt, so daß sich neue Bündnismöglichkeiten ergeben.

In welcher Großwetterlage befindet sich also der Klassenkampf, der letztlich zum Sozialismus führen soll? Wie haben sich die Kampfbedingungen verändert, und wie können sie genutzt werden? Diese Fragen sind mit dem Begriff der „Epoche“ verbunden. Nun zeigt sich die Einheitlichkeit des Marxismus darin, daß seine theoretischen Begriffe philosophisch begründet sind. Das bedeutet aber nicht, daß diese Begriffe alle von philosophischer Art wären. Theoretische Begriffe stellen keine bloße Ableitung aus der Philosophie dar, sondern sie werden durch die konkrete Analyse der Realität gebildet, wobei die Philosophie als Wegweiser dient. So entspringt das Begriffspaar „Gebrauchswert und Tauschwert“ zwar einer dialektisch-materialistischen Denkweise, die Begriffe selbst sind aber von ökonomischer Art. Analog trifft das auf den Begriff der Epoche zu: Er ist weder von philosophischer noch von ökonomischer Art, sondern er hat einen historischen Charakter und fällt in den dritten Kern-Bestandteil des Marxismus, in „die Lehre vom Klassenkampf“ (LW 19, 8).

Lenin hat oft von Epochen gesprochen, um historische Abschnitte voneinander abzugrenzen. Solche Perioden hat Lenin zunächst in der Entwicklung der Arbeiterbewegung unterschieden. Nach seiner Einschätzung hatte die I. Internationale im Jahr 1872 „ihre historische Rolle erfüllt“ (21, 37), und danach kam „eine Epoche ... unvergleichlich größeren Wachstums der Arbeiterbewegung, ... die Epoche ihrer Entwicklung in die Breite“ (ebd.). Denkbar kritisch hat sich Lenin dann mit der Periode der II. Internationale auseinandergesetzt, die 1889 gegründet worden war. Deren Aktivität fiel in die Zeit zwischen dem Ende des deutsch-französischen Kriegs und dem Beginn des Ersten Weltkriegs. Nach Lenin nährte der „verhältnismäßig ‚friedliche‘ Charakter der Epoche 1871 bis 1914 ... den Opportunismus“ in der Arbeiterbewegung, „anfangs als Stimmung, dann als Richtung,



Eine neue Epoche beginnt: Blutsonntag am 22. Januar 1905 in St. Petersburg

um Reformen. Auf einer höheren Stufe könnte sich dann eine übergreifende Bewegung herausbilden, die mit der Zeit in die Lage kommt, eine Richtungsänderung der gesamten Politik zu erzwingen. Diese Dynamik kann schließlich in eine Phase münden, die den bestimmenden Einfluß des Monopolkapitals bricht und den Weg zum Sozialismus öffnet. Man wird sehen, ob das klappt, wie das läuft, und welche internationalen Faktoren dabei eine Rolle spielen.

Strategie und Taktik sind jedenfalls darauf gerichtet, daß man die jeweils nächste Etappe erreicht und dabei von den Bedingungen ausgeht, die aktuell gegeben sind. Das ist leichter gesagt als getan. Die Marxisten haben eine materialistische Haltung zur Welt und sind darauf eingestellt, sich an den Notwendigkeiten der Sache zu orientieren. Dagegen sind andere Mitstreiter oft von Wünschen geleitet. Sie abstrahieren von den Kampfbedingungen und tun sich schwer, zunächst notwendige Voraussetzungen zu schaffen, für Zwischenziele zu kämpfen oder gar von Niederlage zu Niederlage zu gehen; sie neigen zu

den Klassenkampf muß das Ergebnis einer Analyse von dialektischer Qualität sein – sie soll unter die Oberfläche des historischen Geschehens blicken und dessen Logik offenlegen. Zwar stellt die Geschichte als Prozeß eine Kontinuität dar, aber bei näherer Betrachtung weist sie auch Diskontinuitäten auf. Selbstverständlich kann es hier nicht um eine Geschichtsbetrachtung nach Jahreszahlen gehen, wie man sie aus der bürgerlichen Schule kennt, aber es gibt doch Ereignisse, die datierbar sind, und die eine neue Periode einläuten. Auch sollte die Geschichte nicht als das Werk großer Männer erscheinen, aber die herausragenden Führungspersonen einer Zeit stehen doch für eine bestimmte Klasse und deren Interessen. Darüber hinaus ist klar, daß man eine Geschichtsperiode nicht einseitig nach dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte definieren kann, sondern daß ihr Inhalt in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung liegt. Schließlich ist zu fragen, inwiefern man es bei der ganzen Sache nicht mit einem beliebigen Hin und Her, sondern mit einer Entwicklung zu tun hat. Ein Herangehen dieser Art führt

schließlich als Gruppe oder Schicht der Arbeiterbürokratie und der kleinbürgerlichen Mitläufer“ (22, 110). So spielte sich „während der ganzen Epoche der II. Internationale ... überall in den sozialdemokratischen Parteien ein Kampf zwischen dem revolutionären und dem opportunistischen Flügel ab“ (21, 310). Fünf Jahre nach dem faktischen Ende der II. Internationale, im Jahr 1919, waren dann „die ideologischen und taktischen Grundlagen für die III. Internationale ... geschaffen, die sowohl die Errungenschaften der friedlichen Epoche berücksichtigt als auch die Erfahrungen der bereits angebrochenen Epoche der Revolutionen“ (28, 293).

Ein weiteres Beispiel für die Unterscheidung von Epochen ist die Betrachtung des revolutionären Prozesses in Rußland. Die Zeit nach der ersten Revolution von 1905 bis zum Jahr 1914 nannte Lenin die „Epoche der Konterrevolution“ (23, 312), in der die „Arbeiterbewegung Rußlands ... besonders große Schwierigkeiten durchzumachen hatte“ (20, 118). Mit Blick auf die Oktober-Revolution von 1917 stellte er dann fest, daß „Rußland in eine neue Epoche seiner Geschichte“ eintritt (26, 228). Auch in der Nahaufnahme der Oktober-Revolution selbst unterschied Lenin Abschnitte, die er als Epochen bezeichnet hat. So hat er ein halbes Jahr nach dem Oktober geschrieben, man habe nun „die erste Entwicklungsepoche der Revolution durchgemacht, die in den Oktobertagen begann, eine Epoche von Erfolgen, die berauschend wirkten und manchen berauscht haben“ (27, 221). Die spätere Neue Ökonomische Politik hat Lenin als eine längerfristige Periode gesehen, um die Beteiligung der Bevölkerung zu ermöglichen; man habe damit „den Sozialismus in das Alltagsleben einbezogen“, und das „ist die Aufgabe unserer Tage, das eben ist die Aufgabe unserer Epoche“ (33, 429). Ob der Fokus nun eng oder weit gewählt ist – die historische Prozeß-Analyse dient immer dazu, daß man Distanz zum Geschehen gewinnt und sich der Anforderungen bewußt wird, vor denen man steht.

Auf einer höheren Ebene der Analyse geht es um Epochen in der realen Entwicklung der Gesellschaft als einem Ganzen, und zwar wiederum unter dem Aspekt des Klassenkampfes, der ja „die Triebfeder“ all dessen ist (21, 47). So begann die Entwicklung des Kapitalismus etwa in Frankreich mit dem Zusammenbruch des Feudalismus und der „Herausbildung der bürgerlich-demokratischen Gesellschaft“ (20, 403). Nach Lenin war das „die Epoche, in der ... alle Klassen der Bevölkerung durch die Presse, durch die Teilnahme an den Vertretungskörperschaften ... in die Politik“ hineingezogen wurden (ebd.). Auch den späteren Imperialismus sah Lenin nicht einseitig ökonomisch, sondern ebenso als Bedingungsgefüge für den Klassenkampf. So hat er betont, daß diese Entwicklungsstufe des Kapitalismus als Epoche eine Erscheinung aufweist, die für den Kampf relevant ist, nämlich „eine ungewöhnliche Stärkung der ‚Staatsmaschinerie‘“ (25, 423). Am wichtigsten war hier, daß der Imperialismus die „Endeпоche“ des Kapitalismus darstellt (21, 25), daß es sich um die Epoche des „überreifen Kapitalismus“ handelt, „der vor dem Zusammenbruch steht“

(22, 108) – eine Einschätzung von direkter Bedeutung für die strategische Ausrichtung des Klassenkampfes.

Wenn alle Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, dann kann es eine Geschichte „an sich“ nicht geben. So werden im Begriff der historischen Epoche die objektiven mit den subjektiven Faktoren zusammengedacht. Schon lange ragt hier heraus, daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse hinter den Produktivkräften zurückbleiben. Allerdings kann dieser Befund nicht das Kriterium der welthistorischen Epoche sein, denn so grundlegend er ist, betrifft er doch nur eine, nämlich die objektive Seite der Sache; außerdem ist die Überlebtheit der kapitalistischen Produktionsverhältnisse eine Bedingung, die offenkundig nicht nur einer, sondern mehreren Perioden des Klassenkampfes zugrunde liegt. Grundsätzlich erfordert die Epochen-Analyse eine „Allseitigkeit“ der Betrachtung (32, 85), die bis zu den „Besonderheiten der geschichtlichen Situation“ reicht (21, 134), und die „sowohl typische als auch nicht typische“ Erscheinungen berücksichtigt (23, 27).

Im Jahr 1960 war der Imperialismus noch nicht besiegt, aber die anti-imperialistischen Kräfte kamen in die Offensive, und der Sozialismus hatte bereits in mehreren Ländern konkrete Formen angenommen. Nicht schon vorher und „an sich“, sondern erst zu dieser Zeit und konkret konnten die kommunistischen Parteien feststellen, daß man sich in der Epoche des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus befindet. Gegenstand dieser Epochen-Bestimmung war also nicht die Notwendigkeit des Sozialismus, sondern die reale historische Bewegung, die von dieser Notwendigkeit geleitet war. Wohl ging das Verhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen als objektive Voraussetzung in die Bestimmung der Epoche ein, aber das stand nicht in ihrem Zentrum, denn man wollte die Grundtendenz auf den Punkt bringen, von der die internationale Auseinandersetzung real bestimmt war. Nur dadurch konnte die Definition der Epoche als Ausgangspunkt strategischer Überlegungen dienen, und zwar auch in der BRD, etwa in der Grundsatzerklärung der DKP und in ihrem ersten Parteiprogramm.

Die Konterrevolution von 1989 hat eine Neubestimmung des status quo auf die Tagesordnung gesetzt. Robert Steigerwald hat damals Georg Fülberth zugestimmt, der von der „erneuten Konsolidierung des Imperialismus auf einer erneuerten Produktivkräfte-Basis“ sprach (MB 6.1990, 33). Heute, nur dreißig Jahre nach dieser tragischen Wendung der Weltgeschichte, stellt sich abermals die Anforderung einer Neubestimmung, denn die letzten Jahre haben die Erwartung bestätigt, daß die Bäume des Imperialismus nicht in den Himmel wachsen. Das gilt es nun zu erhärten. Lenin benannte dazu verschiedene Eckpunkte. Zunächst ist hier die „Grenzscheide zweier Epochen“ zu identifizieren (LW 21, 134), und damit stellt sich die Frage nach der Daterbarkeit. Sicher konnte man am Abend des 14. Juli 1789 noch nicht wissen, welche Bedeutung dieser Tag in der Weltgeschichte

einmal einnehmen würde. Wenn man aber die „objektiven Bedingungen des Übergangs von der einen Epoche zur anderen“ analysiert (ebd.), dann wird man einzelne Vorgänge einordnen und bewerten können. Das betrifft dann auch jene Ereignisse, die für den Beginn einer neuen Epoche stehen, und die freilich „nur annähernd als Marksteine“ zu nehmen sind (ebd., 135). Mit Blick auf die heutige Situation ist hier zu fragen, an welchen Vorgängen erstmals deutlich wurde, daß sich das internationale Kräfteverhältnis günstig verändert hat.

Der wichtigste Eckpunkt bei der Bestimmung der Epoche ergibt sich aus der Antwort auf die Frage nach der Klasse, die „im Mittelpunkt“ steht (ebd., 134), und deren Interessen das gegenwärtige Geschehen tatsächlich bestimmen. Sie ist eng mit weiteren Eckpunkten verbunden, nämlich mit dem „wesentlichen Inhalt“ der Epoche und der „Haupttrichtung ihrer Entwicklung“ (ebd.). So stellt der Imperialismus klassenmäßig die „Epoche des Finanzkapitals“ dar (22, 302); zu seinen Inhalten gehört die Monopolbildung und die fortschreitende „Unterdrückung der Nationen der ganzen Welt durch eine Handvoll ‚Großmächte‘“ (21, 318). Dabei handelt es sich um „die höchste Entwicklungsstufe des Kapitalismus“ (23, 34), das heißt um einen Kapitalismus, „der reif ist, dem Sozialismus Platz zu machen“ [22, 108], der also nah an sein Gegenteil heranführt.

Nebenbei wies Lenin darauf hin, daß weder „Marx noch Engels ... die imperialistische Epoche des Weltkapitalismus erlebt“ haben (23, 109). Ähnliches gilt für ihn selbst. Durch seinen frühen Tod im Jahr 1924 hat er weder die große Zeit der Sowjetunion erlebt noch den Faschismus; er kannte weder den Zusammenbruch des Kolonialsystems noch die Systemauseinandersetzung des Kalten Krieges mit ihrem ungünstigen Ausgang. Den Imperialismus, den er so glänzend analysiert hatte, konnte Lenin zu seinen Lebzeiten nur als eine einzige Epoche sehen, zumal mit der Oktoberrevolution die Nachfolge-Epoche, jene des realen Sozialismus bereits begann. Heute wissen wir, daß der Imperialismus zu einer ganzen Ära geführt hat, die verschiedene Epochen durchläuft.

Der historische Fortschritt ist zwar eine nachweisbare Tendenz, aber er ist keine innere Kraft der Geschichte, die zielstrebig zum Kommunismus führt, und die unabhängig vom Handeln der Menschen wirkt, ähnlich einer göttlichen Vorsehung, mit der die Dinge durch alle Wirren zu einem guten Ende gebracht werden. Der „Begriff des Fortschritts“ ist also „nicht in der ... Abstraktion zu fassen“ (MEW 13, 640). Den Fortschritt gibt es nur konkret, wie er von Menschen gemacht wird, und das gilt folglich auch für seine Perioden. Es steht hier außer Frage, daß die Widersprüche des Kapitalismus nur durch den Sozialismus gelöst werden; außer Frage steht ebenso der historische Optimismus, nach dem der Sozialismus erreichbar und machbar ist. Aber auf dem Weg dahin muß man zwischen dem unterscheiden, was sein soll, und dem was tatsächlich ist. Der Begriff der Epoche faßt das, was ist.

**Dr. Wolfgang Trunk**  
Frankfurt/Main

# Ulbricht ante portas?

Die UZ, das zentrale Organ der DKP, veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 29.9.2023 einen Artikel von Herbert Münchow zu Überlegungen von Walter Ulbricht, die dieser ab 1963 bis 1967 zu Fragen der Periodisierung des Sozialismus angestellt hatte. Der „RotFuchs“ übernahm in seiner Dezember-Ausgabe 2023 diesen Beitrag.

Grundsätzlich: Ist das richtig? Soll man Überlegungen zur geschichtlichen Einordnung einer sozialistischen Gesellschaft heute, nach dem Ende solcher Gesellschaften in Europa, weiter Raum widmen? Ja, es sind nicht nur theoretische Debatten. Sie haben auch praktische Bedeutung. China könnte ein solcher Fall sein. Auch Vietnam, Nordkorea, eventuell auch Kuba. Die Frage z.B. des Herangehens Chinas an den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung ist noch immer nicht gültig in die allgemeine marxistische Theorie eingeordnet. Manche ordnen China noch gar nicht in eine Entwicklung hin zum Sozialismus ein, sprechen eher davon, daß China ein kapitalistisches Land ist. Ja, sie haben sehr viele Kapitalisten, China arbeitet mit einem sehr großen Element an Kapitalismus in seiner Wirtschaft. Obwohl eine Kommunistische Partei – als einzige – dieses Land leitet.

Jedenfalls hatte auch Walter Ulbricht Mitte der 60er Jahre eigene Überlegungen zum Sozialismus, was dieser in der Entwicklungsgeschichte nach dem Kapitalismus bedeutet, angestellt. Herbert Münchow also: Zunächst versteht er Ulbricht so: „Ulbricht bezeichnete es als ‚die wichtigste Schlußfolgerung‘, zu der die Partei (gemeint ist die SED, deren Generalsekretär Ulbricht ja war, J.) in diesem Zusammenhang gelangt sei, ‚daß der Sozialismus ... eine relativ selbständige sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab (ist)“.

Mit anderen Worten: Den Sozialismus als eine erste Phase/Periode schon des Übergangs zum Kommunismus zu bestimmen, ging Ulbricht zu rasch. Ihn eher als „selbständige sozialökonomische Formation“ zu bestimmen, schien ihm die wohl bessere, richtigere Definition zu sein, insbesondere für deren ökonomische Verhältnisse.<sup>1</sup>

Aber Herbert Münchow zieht aus dieser Bestimmung des Sozialismus eine Folgerung! „Die von Ulbricht vertretene und geförderte

Sozialismuskonzeption ... hat zur Konsequenz, daß der Abschluß (? ,J) der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus nicht schlechthin mit dem Aufbau des Sozialismus als der ersten Phase des Kommunismus identifiziert werden kann.“

Ja, hat das diese Konsequenz? Die „von Ulbricht vertretene Konzeption“ besteht doch darin, den Sozialismus etwas eigenständiger zu bestimmen, was ja mit seiner bis dato üblichen Definition als einer bloßen Übergangsperiode nicht gegeben war. Bisher galt, daß Übergangsperiode und Sozialismus Begriffe für dasselbe waren. Jetzt wollte Ulbricht Übergangsperiode als Begriff quasi streichen, und nur noch von Sozialismus sprechen. Damit wäre der Begriff Sozialismus stärker hervorgetreten als etwas auch Eigenständiges gegenüber dem Kommunismus par excellence.

Aber das meint Herbert Münchow nicht. Oder so will er Walter Ulbricht nicht erklärt, nicht verstanden haben. Er versteht Ulbricht so, daß dieser eine „Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus“ bestimmt hat, die „nicht mit dem Aufbau des Sozialismus identifiziert werden kann“, nicht einmal, wenn sie zum „Abschluß“ gekommen ist. Ja, was ist denn das für eine Phase? Womit kann denn diese identifiziert werden, wenn noch nicht mit dem Sozialismus?

Jedenfalls, eine Phase des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus zu entdecken, die noch nichts mit dem Sozialismus zu tun hat, ist neu, ist erstmalig, ist – und dies auf jeden Fall – nicht durch Ulbrichts These von der größeren Eigenständigkeit des Sozialismus gedeckt. Das ist dann nichts als eine Verdoppelung der Übergangsphasen, nichts als die Bestimmung einer Übergangsphase vor dem Sozialismus als Übergangsphase.

Herbert Münchow macht aus Ulbricht mehr als dieser selbst sein wollte. Ulbricht wollte die einmal gefundenen Verhältnisse – relativ korrigiert (siehe NÖS) – zeitlich ausdehnen, aber bedeutet das alles, eine geschichtlich ganz neue Übergangsperiode bestimmen zu wollen?

Der Abschluß der Übergangsperiode (nach dem Kapitalismus) ist doch der Sozialismus. Es sind dann neue Verhältnisse an die Stelle der kapitalistischen getreten. Ulbrichts Idee vom Sozialismus als einer relativ selbständigen Gesellschaftsformation hat doch nicht die Konsequenz, daß die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus nicht identisch ist dem Aufbau des Sozialismus als der ersten Phase des Kommunismus. Im Gegenteil: Sie sollte nur etwas länger dauern, vielleicht in sich gefestigter werden. Aber es ging ihm nicht um etwas vom Sozialismus Trennbares.

Wer erst eine Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus zum Abschluß bringen will, die aber nicht mit dem Aufbau des Sozialismus identifizierbar ist, der soll das tun. Vielleicht meint Herbert Münchow wirklich China, und legt Ulbricht

nur deshalb so doppeldeutig – zu zwei Übergangsformen zum Kommunismus – aus. Vielleicht geht es sogar, daß das anhand von China, anhand von zwei Übergangsformen: einmal ohne Kapitalisten/Kapitalismus, dann mit Kapitalisten/Kapitalismus bestimmt werden kann. Warum nicht? Marxismus ist erweiterbar. Aber Ulbricht muß dabei nicht Kronzeuge sein – zumal sich aus seinen Überlegungen der chinesische Weg auch gar nicht ergibt.

Warum ist der Marxismus in dieser Frage – Bestimmung des Charakters des Sozialismus als Periode des Übergangs zum Kommunismus – so eindeutig? Deshalb, weil bereits in dieser Periode die Frage des Eigentumsverhältnisses an den sachlichen Elementen der Produktion eindeutig im Sinne des Kommunismus geklärt wird: Bereits in Phase Nr. 1 verwandelt sich das Eigentum aus einem privaten Charakter in ein gesellschaftliches, in ein Volkseigentum um. Dem Eigentumsverhältnis nach unterscheiden sich Sozialismus und Kommunismus eben nicht mehr voneinander; die sozialistische Phase ist bereits als die kommunistische definierbar, sie anders zu definieren ist – falsch. Nur wenn Ulbricht am Eigentumsverhältnis der DDR gerüttelt hätte, er es (im NÖS) hätte geändert sehen wollen, wäre es nicht um stärkere formative Betonung des Sozialismus gegangen, sondern um seine Aufhebung bzw. um einen Rückfall in eine Situation, wie sie ganz am Anfang der DDR bestand, sagen wir 1945/46 – und dann hätte Münchow recht. Noch einmal: Nur bezogen auf China kann man solche Überlegungen einer Phase vor der 1. Phase anstellen – aber wie lange diese noch andauert entscheidet wer?

Apropos der Titel des Artikels, er lautet: „Walter Ulbrichts Überlegungen zur Entwicklung des Sozialismus auf eigener Grundlage“. Was ist eigene Grundlage? Das sind immer die nationalen staatlichen Möglichkeiten. Noch. Vielleicht, in ferner Zukunft, finden sich einmal mehrere Nationen bei dieser Aufgabe zusammen. Jedenfalls hatte das NÖS nichts mit „eigener Grundlage“ zu tun. Wenn richtig, hätte es sogar international als Modell des Sozialismus zur Anwendung kommen können, wenigstens begrifflich. Denn ob ich begrifflich von „Sozialismus“ spreche, oder eher von einer „relativ selbständigen sozialökonomischen Formation“ kommt sachlich gesehen auf dasselbe hinaus. Aber war es richtig? Honecker jedenfalls wollte nicht so lange warten ... Ich auch nicht.<sup>2</sup>

Hermann Jacobs  
Berlin

1 Was das im Einzelnen bedeutet hätte, ist dann im NÖS angedacht worden. Z.B. Sollte das System konstant bleibender Preise bei wachsender Produktion/Produktivität abgelöst, d.h. wieder durch das Wertgesetz reguliert werden, Preise für Konsumtionsmittel aber davon ausgenommen sein. Der Grund dafür ist klar: So konnten Löhne mit dem Anstieg der Produktion in der Abteilung II/Konsumtionsmittel steigen. Bei Wertgesetz auch für diese Preise wäre das nicht mehr möglich gewesen. Aber Anstieg der Löhne in Preisen, die nach dem Wert gebildet werden, ist wiederum ein Widerspruch; er führte zur – scheinbaren – Unrentabilität von Betrieben. Und das trieb Ulbricht um.

2 Und schrieb damals einen Brief an Walter Ulbricht. Er löse, heißt es in ihm, „die Gesellschaftsprognostik in Wahrsagerei auf“. Mit Wolfgang Berger, dem wirtschaftswissenschaftlichen Berater von Ulbricht, kam es zu einem Briefwechsel. Er ist mitveröffentlicht in meinem Buch „Das NÖS als Widerspruch“. ISBN 978-3-9818899-7-0



# Irrungen und Wirrungen

Hermann Jacobs kritisiert an meinem Artikel, daß ich die Frage der Übergangsperiode falsch beantworte. Nur, stelle ich die Frage wirklich so, wie er behauptet? „Wer erst eine Übergangsperiode zum Kommunismus zum Abschluß bringen will, die aber nicht mit dem Aufbau des Sozialismus identifizierbar ist, der soll das tun.“ Bei mir heißt es aber: „Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus ist die erste Entwicklungsetappe der sozialistischen Gesellschaft im jeweiligen Land.“ Wie kommt Hermann Jacobs also darauf, daß ich bei Ulbricht „eine Phase des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus“ entdeckt hätte, „die noch nichts mit dem Sozialismus zu tun hat“? Da würde sich doch schon die Frage nach dem Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus erübrigen. Ganz einfach: Weil er falsch zitiert! Er meint nämlich, ich spreche von der „Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus“, zitiert das so. Ich sage jedoch etwas anderes: „Die von Ulbricht vertretene und geförderte Sozialismuskonzeption, das heißt die Entwicklung des Sozialismus auf eigener Grundlage, hat zur Konsequenz, daß der Abschluß der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus“ (in der DDR 1961) „nicht schlechthin mit dem Aufbau des Sozialismus als der ersten Phase des Kommunismus identifiziert werden kann.“ Zwar beginnt jetzt die erste Phase, aber es ist erforderlich, die Grundlagen des Sozialismus zu festigen und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft zu vollenden. Die Entstehung und Entwicklung des Sozialismus ist ein mehrstufiger Prozeß. Wo gibt es hier ein Identifizierungsproblem im Sinne Jacobs oder einen Widerspruch zu seiner Interpretation von Ulbrichts Motiven, Überlegungen und Zielen? Er benennt sie so: den „Sozialismus etwas eigenständiger bestimmen“, nicht nur als „bloße Übergangsperiode“, der Begriff sollte „stärker hervortreten als etwas auch Eigenständiges gegenüber dem Kommunismus par excellence“.

Hermann Jacobs leidenschaftliche Polemik beruht auf einem falschen Zitat, was er vielleicht selbst gar nicht bemerkt hat. Kuriose Behauptungen folgen daraus, die mir etwas unterstellen, was weder gesagt wurde noch so gemeint war. Sein Austausch der Begriffe – Sozialismus gegen Kommunismus – hat Konsequenzen! Für mich ist unstrittig, daß sich der Kommunismus „erst dann entwickeln kann, wenn sich der Sozialismus vollständig gefestigt hat.“ (Lenin) Die niedere Phase ist formationstheoretisch niemals so zu verselbständigen, daß sie mit dem Hinüberwachsen in die höhere Phase nichts mehr zu tun hat. Alle diese Fragen wurden von Walter Ulbricht in seinem Referat zur Bedeutung des Werkes „Das Kapital“ von Karl Marx aufgegriffen. Er trat hier als ein weitblickender

Marxist, Parteifunktionär und Staatsmann auf, der theoretische Debatten über die sozialistische Gesellschaft förderte, sich an ihnen beteiligte und nicht von einer neu entdeckten Gesellschaftsformation, sondern, wie Jacobs richtig sagt, von Sozialismus sprach, wobei er bestrebt war, seine Politik aus den vorliegenden Verhältnissen zu entwickeln. Daß sich der Sozialismus geraume Zeit auf seiner eigenen Grundlage entwickelt,



Alfred Kosing (1928–2020)

worunter vor allem der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse, die Festigung der sozialistischen Produktionsweise zu verstehen ist, und nicht im Turbotempo seine Geschichte hinter sich läßt, um das Tor zum vollentwickelten Kommunismus in kürzester Frist weit aufzustoßen, war und ist eine wichtige Erkenntnis. Eben weil die ökonomische Struktur des Sozialismus auch einen spezifischen Übergangszustand charakterisiert. „Der Abschluß der Übergangsperiode (nach dem Kapitalismus)“, schreibt Hermann Jacobs, „ist doch der Sozialismus. Es sind dann neue Verhältnisse an die Stelle der kapitalistischen getreten.“ Wer wollte das bestreiten! Aber auf welcher Stufe seiner Entwicklung befindet sich hier der Sozialismus? Und weiter heißt es: „Dem Eigentumsverhältnis nach unterscheiden sich Sozialismus und Kommunismus eben nicht voneinander, die sozialistische Phase ist bereits als die kommunistische definierbar, sie anders zu definieren ist – falsch.“ Jedoch alle Polemik, die er in diesem Zusammenhang gegen mich ins Feld führt, der ich doch angeblich den Sozialismus vom Übergang zum Kommunismus ausnehme, geht ins Leere, weil das, was ich sage, nicht das ist, worauf Jacobs seine Argumentation stützt. Allerdings sei an dieser Stelle angemerkt, daß sich auch in der Frage des Eigentums die Unterscheidung von Sozialismus und Kommunismus nicht gänzlich erledigt hat. Die Eigentumsfrage bestimmt die ökonomische Struktur der Gesellschaft. Das gesellschaftliche Eigentum existiert in verschiedenen Formen von unterschiedlichem Vergesellschaftungsgrad. Volkseigentum kann im

Kommunismus nicht mehr Staatseigentum sein. In der sozialistischen Gesellschaft kann auch noch nicht nach den Bedürfnissen verteilt werden, hier gilt die Verteilung nach der Leistung. Der Kommunismus setzt nach Auffassung von Marx und Engels „eine große Steigerung der Produktivkraft, einen hohen Grad ihrer Entwicklung“ voraus; das sei eine „absolut notwendige praktische Voraussetzung, weil ohne sie nur der Mangel verallgemeinert, also mit der Notdurft auch der Streit um das Notwendige wieder beginne und die ganze alte Scheiße sich wiederherstellen müßte ...“ Da hatte Jürgen Kuczynski den Nagel auf den Kopf getroffen, als er 1973 in einer Diskussion vorschlug: „Sollten wir heute nicht besser von der sich entwickelnden sozialistischen Gesellschaft sprechen und erst, nachdem wir die Arbeitsproduktivität des Monopolkapitalismus im Durchschnitt übertroffen haben, von der entwickelten sozialistischen Gesellschaft?“

Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus ist als die erste, aber nicht als die alleinige Entwicklungsetappe der sozialistischen Gesellschaft anzusehen. Denn trotz aller Vorzüge, welche die so real existierende sozialistische Gesellschaft bereits gegenüber dem Kapitalismus besitzt, ist sie noch kein völlig gefestigter sozialer Organismus. Alle Erfahrungen beweisen das. Sie weist eine eigenständige sozialökonomische und politische Qualität auf. Es beginnt die Errichtung und Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Dieser Begriff, so Alfred Kosing, widerspiegelt keinen „bestimmten Zustand der sozialistischen Gesellschaft (...), und schon gar nicht einen mehr oder weniger idealen Zustand, sondern eine qualitativ bestimmte Entwicklungsperiode der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation, die vor allem durch das Niveau der zu lösenden Aufgaben gekennzeichnet ist.“ Die Bedeutung dieser Erkenntnis sollten wir immer wieder bewußt machen, wenn vom Aufbau des Sozialismus die Rede ist. Im Vordergrund steht, daß sich der Sozialismus als eine Gesellschaft erweist, die in ihrer eigenen Qualität, in ihren spezifischen Gesetzmäßigkeiten, in ihrer historischen Stellung begriffen werden muß. Daß es also auch „keinen Sinn macht, mit der Geschichte über die Formen zu rechten, unter denen der Sozialismus ins Leben trat.“ (Fritz Behrens) Und das ist nach wie vor Gegenstand kontroverser Debatten. Fast möchte man sagen, es kann gar nicht anders sein, denn mehr denn je gilt, was Marx in seinem Brief an Ruge im Jahre 1843 schrieb: „Daß die Welt längst den Traum von einer Sache besitzt, von der sie nur das Bewußtsein besitzen muß, um sie wirklich zu besitzen.“

Herbert Münchow

## WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

**Traditionen im Sozialismus**

*Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.*

RF

15. Februar 1979

Will man die Gegenwart meistern, will man eine klare Vorstellung von der Zukunft gewinnen, so darf die Vergangenheit dabei nicht ausgeklammert werden. Wir stehen als Individuen und als Gesellschaft auf den Schultern vorangegangener Generationen, übernehmen – bewußt oder unbewußt – viele ihrer Erfahrungen, ihrer Kenntnisse, knüpfen an ihnen an, gestalten sie für unsere Zwecke. Wir haben Traditionen.

Was aber versteht der Marxismus-Leninismus unter Traditionen? Eingangs sei eine vorläufige Bestimmung gegeben: Traditionen sind relativ stabile, jedoch modifikationsfähige, durch eine bestimmte Klasse aus der Vergangenheit übernommene oder wiederbelebte Ideen, Verhaltensweisen, Symbole oder Institutionen, die unmittelbar oder mittelbar der Durchsetzung bestimmter Klassenziele dienen.

Diese Bestimmung verlangt Erläuterung. Der Strom der Geschichte ist unendlich, unendlich ist die Zahl der verflochtenen Ereignisse. Gehören sie alle in die Traditionslinie einer Klasse? Oder bestimmen nicht vielmehr die Ergebnisse der Klassenkämpfe, was wir uns als Tradition zu eigen machen? Notwendig ist also eine geistige Auseinandersetzung mit der Geschichte. Der Traditionswert einzelner Ereignisse, Ideen, Bewegungen kann nur dann erschlossen werden, wenn über deren Platz, deren Bedeutung im Ablauf des gesetzmäßigen historischen Prozesses Klarheit vorhanden ist.

Jede Klasse bestimmt ihr Verhältnis zur Vergangenheit entsprechend ihren Interessen. Traditionspflege trägt Klassencharakter. Grundlegend sind dabei die Beziehungen zwischen Tradition und Fortschritt. Diese dialektische Einheit von Gegensätzen – denn darum handelt es sich – ist so alt wie die Menschheit selbst. Sie wird so lange existieren, wie es die Menschheit gibt. Was heute Fortschritt ist, kann morgen Tradition werden. Und: ohne Tradition kein Fortschritt, ohne Fortschritt keine Tradition. In ihrem Programm bezeichnet sich die SED als „Erbin alles Progressiven in der Geschichte des deutschen Volkes“. Die Legitimität dieses Anspruchs ergibt sich aus der Tatsache, daß die Arbeiterklasse seit ihrer Existenz die einzige den gesellschaftlichen Fortschritt konsequent vertretende Klasse war. Daraus leiten sich heute auch ihr

Traditionsverständnis und ihr Traditionsanspruch ab.

Zunächst und primär ist die Arbeiterklasse Erbe der Traditionen ihrer eigenen Geschichte. Sie führt das Werk von Marx und Engels, Bebel und den beiden Liebknechts, Rosa Luxemburg, Thälmann und Wilhelm Pieck fort, um nur einige Namen zu nennen. Dabei sei schon hier gesagt: Pflege von Traditionen heißt nicht einfach Übernahme alles dessen, was etwa eine Person geschrieben, erlebt, gesagt hat. Stets sind zeitbedingte Umstände zu berücksichtigen. Jede Generation hat sich die Traditionen neu zu erobern, auf ihre spezifischen Bedingungen anzuwenden. Dazu kommt, daß wir, wie Lenin schrieb, eine Persönlichkeit nicht danach beurteilen, was sie zu ihrer Zeit nicht geleistet hat oder nicht leisten konnte, sondern danach, was sie für ihre Zeit, gegenüber ihrer Vergangenheit Neues hervorgebracht hat.

Die Arbeiterklasse, die auf deutschem Boden in Gestalt der DDR erstmalig ihren eigenen Staat errichtet hat, bleibt jedoch bei der Aneignung ihrer eigenen Traditionen, bei deren Pflege nicht stehen. Sie erfüllt das Vermächtnis aller progressiven, humanistisch oder revolutionär denkenden bzw. handelnden Persönlichkeiten der deutschen Geschichte. Die DDR ist die staatliche Verkörperung dieser Ideen. Insofern erheben wir Anspruch auf alle diese Traditionen und sind bemüht, sie zu pflegen. Die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten vertreten die progressive Klassenlinie in der deutschen Geschichte, während die imperialistische Bourgeoisie ihrem Wesen nach die reaktionäre vertritt. Diese beiden Klassenlinien äußern sich auch in entsprechenden Traditionen.

In der reaktionären Phase ihrer Entwicklung hat die Bourgeoisie progressive Traditionen deutscher Geschichte häufig genug für ihren Chauvinismus zu mißbrauchen versucht. So nutzten die Faschisten zeitgebundene Ideen Hegels, Heinrich von Kleists, Fichtes und vieler anderer für ihre Zwecke. Und heute gibt es Herder- oder Lessingwürdigungen in beiden deutschen Staaten. Wichtig sind m. E. die Akzente bei solchen Würdigungen. Natürlich waren Herder oder Lessing keine Revolutionäre, wenngleich sich bei Herder Revolutionsbereitschaft nachweisen läßt. Aber sie trugen zum gesamtgesellschaftlichen Fortschritt in

Deutschland enorm bei. Natürlich war Herder protestantischer Pfarrer, sogar Oberkonsistorialrat. Für unsere Traditionspflege ist dies unerheblich, zeitbedingt, sekundär. Wesentlich ist die Erkenntnis, daß Bewegungen, Persönlichkeiten und Ideen auch dann zukunftsweisende Bedeutung haben können, wenn sie nicht frei von Widersprüchen waren bzw. zu ihrer Zeit lediglich einen begrenzten Fortschritt bewirken konnten. Eben diese in die Zukunft weisenden Elemente bestimmen unser Traditionsbewußtsein.

Wahr ist und bleibt, daß es zwei durchgängige Klassenlinien – eine progressive und eine reaktionäre – auch in der deutschen Geschichte gibt. Bei der Erschließung fortschrittlicher Traditionen ist der Sozialismus nun weder einseitig noch eng. Unsere Forschungen gehen von der realen Dialektik des Geschichtsprozesses aus, in der in allen Phasen der Entwicklung Progressives und Überholtes, Fortwirkendes und Zeitgebundenes miteinander verknüpft waren, häufig sogar in ein und derselben Person.

Die Arbeiterklasse und die gesamte sozialistische Gesellschaft anerkennen und schätzen alles, was in den verschiedenen Epochen der Geschichte für den Fortschritt getan wurde, manchmal auch von Ausbeuterklassen und deren Repräsentanten, vor allem in den Aufstiegsphasen der jeweiligen Gesellschaftsordnungen. Sie würdigen die Verdienste von Vertretern herrschender Klassen überall dort und insoweit, als sie den Fortschritt gefördert haben, selbst dann, wenn das nicht ihr gesamtes Wirken, sondern nur Teilgebiete des gesellschaftlichen Lebens betrifft, etwa die Entwicklung der Wirtschaft, der Baukunst oder der geistigen Kultur. Es geht darum, Platz und Rolle der jeweiligen Kräfte in ihrer Zeit, in ihrer Epoche, ihr Wirken in der unendlichen Stafette des Kampfes um den Fortschritt exakt zu bestimmen. Die neuen Bedingungen unserer Zeit fordern zugleich in vielen Fragen, die Grenze früherer Bewegungen und Kräfte zu überschreiten, ihr Streben für die Gestaltung der Gesellschaft auf höherer Stufe fortzusetzen. Gerade das macht einen der Wesenszüge von Traditionspflege im Sozialismus aus.

Wir unterscheiden also zwischen Achtung vor Leistungen der Vergangenheit und Traditionen. Gehen wir in den militärischen Bereich.

## WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Helmut Graf von Moltke (1800–1891) entwickelte z. B. die strategischen Lehren von der entscheidenden Bedeutung des schnellen Aufmarsches mit überlegener Zahl, der Überraschung und des ersten Schlages. Auch die sozialistische Militärgeschichtsschreibung muß sich mit ihm beschäftigen. Aber in unsere Traditionslinie gehört Moltke nicht. Zweifellos war Bismarck ein hervorragender, ein kluger Vertreter seiner Klasse. Das zu konstatieren ist nicht gleichbedeutend mit der Aufnahme in unsere Tradition. Schließlich Preußen. Wir sind die legitimen Erben der preußischen Reformer, die zu ihrer Zeit den gesellschaftlichen Fortschritt repräsentierten – der Scharnhorst, Gneisenau, Boyen, der Stein und Clausewitz, auch der Blücher und Yorck. Wir arbeiten an der Präzisierung unseres Bildes über Friedrich II., des wohl begabtesten der preußischen Könige. Diese Präzisierung wird aber nicht dazu führen, diesen König in die Traditionen der Arbeiterklasse eingehen zu lassen. Friedrich II. ist nun einmal eine Symbolgestalt des Preußentums, und als das Wesen der preußischen Tradition erweist sich gerade die Leugnung der geschichtsbildenden Aktivität der Volksmassen und die Feindschaft gegen sie. Dennoch – auch hier finden wir Leistungen, die zu würdigen sind.

Es gibt Nostalgie, wehmütige Verklärung der Vergangenheit, im Extremfall Flucht aus der Gegenwart in die Vergangenheit: Ein erträumter widerspruchloser Zeitraum wird beschworen, zur von Widersprüchen zerrissenen kapitalistischen Gegenwart in Gegensatz gestellt. Derartige „Traditionspflege“ lehnen wir Marxisten ab. Aus der Beschäftigung mit Traditionen soll vielmehr die Fähigkeit gewonnen werden, um so schärfer die eigenen Aufgaben, die „Pflicht des Tages“ zu erkennen. Für uns vermitteln Traditionen Lehren für die Gegenwart. Die Idee der Humanität, um bei Herder und Lessing zu bleiben, beflügelt uns und bestätigt unseren sozialistischen Humanismus. Tradition hat also eine erzieherische Funktion. Nicht die Patina der Verklärung ist dabei zu sehen. Es geht vielmehr um die Achtung vor den Leistungen der Vergangenheit, um das Verständnis der Zeit, in der diese Ideen entstanden.

Traditionserkenntnis führt zu Geschichtsbewußtsein. Ohne Geschichtsbewußtsein entwickelt sich keine Nation, auch nicht die sozialistische. Begriffe wie Nationalstolz, sozialistischer Patriotismus, nationale Würde sind vorrangig über die Traditionen zu vermitteln, zu entwickeln, zu pflegen. Deutschtümelei, Nationalismus sind uns wesensfremd. Das gegenüber dem Nationalen Übergreifende ist für den Marxisten-Leninisten das Internationalistische. Wir betten das nationale Element in den proletarischen bzw. sozialistischen Internationalismus ein.

Bei alldem ist es ganz wesentlich, sich von Überholtem entschieden zu trennen. Veralterte Traditionen können zählebig sein. Man rufe sich die 30 Jahre der Existenz der DDR in Erinnerung: Wie schwierig war z. B. in den

ersten Jahren die Überwindung des traditionellen Untertanengeistes in weiten Teilen der Bevölkerung! Oder auf dem Lande: das traditionelle Streben nach der eigenen Scholle! Wie gesagt: ein zäher Kampf gegen überholte Traditionen war erforderlich, dies noch dazu unter Bedingungen, da die imperialistische Bourgeoisie mittels ihrer Massenmedien ständig überlebte Auffassungen zu reaktivieren suchte.

Traditionen können natürlich auch bewußt geschaffen werden. Die imperialistische Bourgeoisie versucht dies, nicht ohne Geschick und Erfolg, mit irrationalistischen Mythen. Im Sozialismus, da wir das Leben auf eine wissenschaftliche Grundlage stellen, gibt es durch das Fehlen antagonistischer Klassen beste Voraussetzungen nicht nur für die Pflege progressiver Traditionen aus der Vergangenheit, sondern auch für die Herausbildung neuer. Aber ihre Festigung braucht Zeit. Beispiele für schon Erreichtes sind die zahlreich vorhandenen freundschaftlichen Verbindungen zu Schulen, Betrieben, Institutionen in der Sowjetunion und in anderen sozialistischen Ländern, die Solidaritätsaktionen in unserem Land, die Kampfdemonstrationen zum 1. Mai oder zum Gedächtnis an die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg u. a. mehr. Man spricht auch von Familientraditionen. Sicher gibt es das, aber oft werden hier Bräuche oder Sitten mit Traditionen verwechselt. Bräuche und Sitten, vorrangig sozialpsychologisch bedingt, sind nicht klassengebunden. Sie können aber für bestimmte Klasseninteressen ge- bzw. mißbraucht, überlagert werden. Auch hier steht vor der sozialistischen Gesellschaft noch ein enormes Aufgabenfeld. Es geht z. B. um die Entwicklung neuer Hochzeitsbräuche, Begräbnisriten, um eine adäquate würdige Zeremonie bei der Verleihung akademischer Grade und bei der Aufnahme ins Arbeitsleben, um die Vervollkommnung der Jugendweihe. Zu bedenken ist weiter, daß progressive und reaktionäre Traditionen nicht mit materialistischen bzw. idealistischen identisch sind. Ein Materialist kann in seinem Sozialverhalten reaktionär sein, ein Idealist progressiv. Die Untersuchung der materialistischen bzw. idealistischen Traditionen ist vorrangig Gegenstand der Wissenschafts- und Philosophiegeschichte. Dabei zeigt sich in jedem Fall, daß reaktionäre Traditionen hemmend auf die Bewußtseinsbildung und damit auf die gesellschaftliche Entwicklung wirken, daß progressive Traditionen eine Triebkraft sind für das gesellschaftliche Handeln im Sinne der erkannten objektiven Notwendigkeit. Friedrich Engels schrieb: „Der Wille wird bestimmt durch Leidenschaft oder Überlegung. Aber die Hebel, die wieder die Leidenschaft oder die Überlegung unmittelbar bestimmen, sind sehr verschiedener Art. Teils können es äußere Gegenstände sein, teils ideelle Beweggründe, Ehrgeiz, Begeisterung für Wahrheit und Recht, persönlicher Haß oder auch rein individuelle Schrullen aller Art.“<sup>1</sup> Zu diesen „Hebeln“ gehören auch die Traditionen im

positiven oder negativen Sinne. In der sozialistischen Gesellschaft kommt es darauf an, alle progressiven Traditionen unseres Volkes ins Bewußtsein zu heben, neue Traditionen aus unserer Gesellschaft heraus zu schaffen, Reste reaktionärer Traditionen der Vergangenheit möglichst rasch zu überwinden. Die Pflege der überkommenen progressiven und die Herausbildung neuer, sozialistischer Traditionen ist von großer Bedeutung für die Entwicklung des sozialistischen Weltbildes, des sozialistischen Nationalbewußtseins, auch unabdingbares Element der sozialistischen Lebensweise und der sozialistischen Persönlichkeitsbildung.

Vieles gilt es noch an progressiven Traditionen im historischen Erbe des deutschen Volkes neu zu entdecken, nutzbar zu machen für unsere Gegenwart. Traditionen müssen im Bewußtsein der Jugend zu Leitbildern werden. In diesem Sinne formuliert der eingangs zitierte Satz aus dem Programm der SED sowohl einen Anspruch wie eine Anleitung zum Handeln.

Anmerkung

1) Marx/Engels, Werke, Bd. 21, S. 397

Am 12. März begeht

### Wolfgang Metzger

aus Berlin seinen 80. Geburtstag.

Die „RotFuchs“-Redaktion und der Vorstand des „RotFuchs“-Fördervereins e.V. gratulieren Dir, lieber Wolfgang, aus diesem Anlaß sehr herzlich. Vor allem möchten wir uns bei Dir für Deine unermüdliche Unterstützung bedanken. Mit Deiner großen politischen Erfahrung, Deinem marxistischen Wissen, fachlichen Können und mit Deiner Verlässlichkeit hast Du von Beginn an unsere Zeitschrift geprägt. Du gehörtest 1998 zu den „Aktivisten der ersten Stunde“ des „RotFuchs“, hast im Vorstand des Fördervereins mitgearbeitet und aus Deinem unermeßlichen Kunstfundus, mit Deinen Kontakten zu Künstlern einmalige Kulturschätze für den „RotFuchs“ gehoben. Du warst Korrektor und Gestalter und schließlich sein verantwortlicher Redakteur. Wir umarmen Dich, wünschen Dir für das neue Lebensjahr und für die weitere Zukunft alles, alles Gute, Kraft und Gesundheit.

# Wie ich ein guter Deutscher wurde

## Eine kleine Anleitung für jedermann

Meine Güte, werden sich nun einige ganz besorgt fragen, jetzt will er auch noch ein guter Deutscher werden, geht das überhaupt, wenn man als Linker doch eigentlich ein vaterlandsloser Geselle ist? Ich meine schon. Natürlich gehört immer ein wenig Glück zum Leben. Ich hatte es, im Gegensatz zu ein paar Milliarden anderer Menschen auf diesem Planeten. Ich wurde einfach geografisch am günstigen Ort geboren. Nur ein paar hundert Kilometer weiter westlich – und schon wäre vieles anders geworden. Das heißt nicht, daß ich nicht auch dort ein Guter hätte werden können – aber es wäre schon schwerer geworden. Ich kenne eine ganze Reihe, denen es trotzdem gelungen ist, worüber ich mich natürlich freue. Doch es schon ein großes Glück in die noch fast niegelagelte DDR hineingeboren zu werden. Nicht nur, daß meine Eltern zu jung und nicht dumm genug waren, um sich mit dem Nazivirus infizieren zu können und meine Großeltern als Bauern eher der Scholle als dem „Führer“ verhaftet waren – auch die Tatsache, daß dieser junge, neuartige deutsche Staat den Antifaschismus zu seiner Gründungsprämisse gemacht und sich den Kampf für eine friedliche Welt auf die Fahnen geschrieben hatte, machte es mir leichter, obwohl die Zeiten schwer waren. Es gab kein Essen im Überfluß wie heute, die Menschen mußten hart und meist körperlich arbeiten, um aus den Trümmern des großen Krieges, den meine Landsleute angezettelt hatten, ein Land aufzubauen, in dem es sich zu leben lohnte. Aber mir als Heranwachsendem fehlte es an nichts Wesentlichem, vor allem hatte ich alle Möglichkeiten, ohne daß Herkunft oder Geld eine Rolle gespielt hätten. So ging ich mit Begeisterung in die Schule, und obwohl meine erste Dorfschule nur ein Plumslo vorweisen konnte, lernte ich dort und auch in den folgenden moderneren, das Wichtigste: Alle Menschen sind – obwohl ungleich – gleich und erhalten dieselben Möglichkeiten. Und wenn einer von uns Schülern Schwierigkeiten oder Probleme hatte, dann halfen wir uns untereinander und lernten so erst einmal, daß Helfen genauso viel Spaß macht, wie Hilfe zu bekommen. Die meisten Lehrer, jedenfalls die, die in der DDR geblieben waren und auch jene Neulehrer, die oft in erheblicher Eile in den Lehrerbildungsinstituten herangebildet wurden, denn der Lehrermangel nach dem großen Krieg war eklatant, wollten uns etwas lehren, nicht nur den Lehrplanstoff, auch etwas fürs Leben. Und ich nahm die Angebote freudig an. Drei grundlegende Dinge gab es über den „normalen“ Schulstoff hinaus, die uns beigebracht wurden. Da war zum ersten, daß wir von Beginn an uns als Teil der Schulklasse begreifen sollten. Auch als Individuum mit unterschiedlichen Talenten oder Grenzen, vor allem aber als Teil eines Ganzen. Das Grundprinzip war nicht, jeder gegen jeden, obwohl es natürlich auch bei uns Reibereien und Eifersüchteleien gab. Hauptsache war, jeder hilft

jedem und sieht seine Stärken als Möglichkeit, anderen zu helfen. Und es funktionierte, selten mußten Lehrer schlichtend eingreifen, wir regelten das untereinander, von Gleichem zu Gleichem. So war es später auch viel einfacher, sich immer als Teil eines Ganzen zu begreifen, des Kollektivs, der Republik und mit allen Menschen auf der Welt. Und so hat die kleine, muffige DDR es geschafft, trotz monetär und visabedingter Schwierigkeiten für Fernreisen, das mir Menschen in fernen Ländern nah waren, auch wenn ich sie nicht besuchen konnte. Hinterlistigerweise war uns dieser Plan mit der 3. Umschlagseite der Fibel aus dem ersten Schuljahr in die Köpfe gepflanzt worden. Dort war eine Weltkugel zu sehen, um die Kinder aus vielen Ländern, sich an den Händen fassend, herumtanzten. Zugleich lehrte man uns, Frieden als höchstes Gut zu begreifen und Krieg zu verabscheuen. Es ging also schon ziemlich dialektisch zu. Beispiel aus dem Lesebuch: Hans-Jürgen steht vor dem Schilderhaus einer NVA-Kaserne und fragt den Soldaten:

„Was tut ihr hier, tagein, tagaus? Kannst du mir das verraten?

„Ich bin Soldat der Volksarmee!

Ja, spiele nur und lache!

Ich stehe hier bei Wind und Schnee und halte für dich Wache ...“

Der NVA-Soldat sollte uns beschützen und den Frieden bewahren. Frieden als höchstes Gut, das deckte sich auch mit den Ergebnissen meines Großvaters, der selten und wenn, dann nur weinend, vom Krieg erzählte. Ich lernte also, daß Frieden im wahrsten Sinne des Wortes lebenswichtig ist, für mich, aber auch alle anderen. Und drittens wurde mir Antifaschismus „verordnet“. Das war ganz einfach und auch plausibel. Natürlich erklärte man uns, daß Kriege Ursachen und Anlässe haben. Ebenso natürlich redeten wir über den letzten großen Krieg, die Rolle der Faschisten, aber auch über jene, die die Hitlerpartei finanziert und groß gemacht hatten, weil sie an menschenfressenden Kriegen sich dumm und dämlich verdienen konnten. Und es wurden uns die Folgen des Nazisystems vor Augen geführt. Ich behauptete, 90 Prozent der Heranwachsenden in der DDR haben ein- oder mehrmals Gedenkstätten der Nazibarbarei besucht und ich denke, nur wenige waren von dem Grauen nicht beeindruckt. Auf diesen drei Grundpfeilern, Werte würde man heute vielleicht sagen, wenn dieser Begriff nicht von schwarzen, gelben, grünen und blauen Parteien inflationär und mit merkwürdigen Inhalten verknüpft, benutzt würde, ließ sich dann trefflich lernen. So lernte ich u.a. auch viel über die deutsche Geschichte, von Kaiser Barbarossa über die Reformation, die Bauernkriege, die gescheiterte bürgerliche Revolution 1848, den Ersten Weltkrieg, die Abschaffung des Kaisers, die Weimarer Republik, dann die Nazis und wieder ein großer

Krieg. Ich lernte etwas über bekannte Deutsche in der Geschichte, z.B. über Gutenberg, Tillmann Riemenschneider, Martin Luther, Thomas Müntzer, Adam Ries, Leibniz, Kant und Hegel, die Humboldt-Brüder, Schiller, Goethe, Bach und Beethoven, Rilke, Büchner, Heine, Karl Marx und Friedrich Engels, auch Wilhelm II., Bismarck, Hindenburg, Hitler, aber auch Luxemburg, Thälmann, Schulze-Boysen und Stauffenberg. Wir besprachen die Völkerwanderungen, die Mongolen, die erst an der Neißer haltmachten, oder die Türken vor Wien, Friedrich II., der Kriege führte, aber auch das Oderbruch trockenlegen ließ, um es landwirtschaftlich nutzen zu können. Ich lernte also, daß alles miteinander in der Welt zusammenhing und z. B. Karl der Große zwar die Mauren besiegte, sie aber uns viel über Gewürze, feines Benehmen und Mathematik beibrachten, was hieß, daß man voneinander lernen könnte, wenn man sich nicht gerade die Köpfe einschlug. So wurden mir die Errungenschaften meiner Vorfahren bewußt und ich schämte mich gleichzeitig für die finsternen Kapitel deutscher Geschichte, die nicht auf die Nazizeit begrenzt sind. Ich liebe mein Land im engeren und weiteren Umfeld, die Wälder Brandenburgs, die Ostsee, Sachsen, Thüringen, aber auch den Bodensee, den Bayerischen Wald, das sture Westfalen oder Schleswig-Holstein. Ich weiß aber auch, daß wir Deutschen nicht die Krone der Schöpfung sind, wir sind nicht besser und nicht schlechter als andere Völker. Wir leben gut, aber es ist nicht die einzige Art, richtig zu leben. Die Liebe zu meinem Land läßt mich nicht auf andere herabblicken, sondern nur neugierig zu ihnen hinsehen. Was kann ich staunend von ihnen lernen – das ist meine Haltung und mein Blick auf die Welt. Ich fühle mich als Teil der Weltgemeinschaft mit Stolz auf das Eigene und lernwillig vom Fremden. Und wenn ich jemandem gegenüber mißtrauisch bin, dann denen gegenüber, die Unfrieden stiften, Unfrieden mit Menschen, die anders reden, anders aussehen, anders essen, anderen Religionen angehören. Solche Unfriedensstifter gibt es auf der ganzen Welt, aber eben auch hier. Es sind in den meisten Fällen auch Deutsche, wie ich es einer bin. In nicht wenigen Fällen verdienen sie auch am Unfriedensstiften, direkt oder indirekt. Kurz gesagt, halte ich mich für einen guten Deutschen, der sich gern auch mit denen streitet, die sich menschenverachtend über andere stellen und die nicht erkennen, wie sie manipuliert werden. Zumal wir doch auf diesem wunderschönen blauen Planeten wichtigere Probleme haben, als uns gegenseitig im Interesse der Profitmacher den Schädel einzuschlagen, denn die wirklich vaterlandslosen Gesellen sitzen in den internationalen Großkonzernen, deren einzig zählender Wert das Geldscheffeln ist, egal, wieviele dafür sterben müssen.



# Denkfabrik aller Lukreze

*Günter Pohls zweiter Band zu Philosophie und Politik ist ein Buch der Änderungen*

Brechts „Flüchtlingsgespräche“ gehören zu den wenigen literarisch-philosophischen Dialogen, die im 20. Jahrhundert geschrieben wurden. Die beiden Akteure Kalle und Ziffel erörtern darin u. a. den Humor zusammen mit der Dialektik Hegels, der „das Zeug zu einem der größten Humoristen unter den Philosophen gehabt“ habe, „wie sonst nur noch der Sokrates“. Hegel habe sich Ordnung nicht ohne Unordnung denken können, sogar an ein und demselben Platz, etwa im Staat, dessen Harmonie von der Disharmonie der Klassen lebe. Er habe bestritten, daß eins gleich eins sei, „nicht nur, indem alles, was existiert, unaufhaltsam und unermüdlich in was anderes übergeht, und zwar in sein Gegenteil, sondern weil überhaupt nichts mit sich selber identisch ist“.

Übergängen von allem und jedem in andere (Aggregat-)Zustände, also mit Komik und Tragik vollgezogenen Vorgängen, widmen sich die beiden rheinischen Dialogpartner Myop und Noem in Günter Pohls Buch „Das Mädchen auf dem Ei“. Erklärtes Vorbild für ihr Gespräch ist aber nicht der von ihnen geschätzte Brecht, sondern der auch von jenem hoch angesehene Enzyklopädist Denis Diderot (1713–1784), genauer: dessen Roman „Jacques der Fatalist und sein Herr“. Myop und Noem arbeiteten sich schon in Pohls „Der Mann mit den Müllsäcken“ (2022) nach dessen Maßgaben durchs Dickicht von Philosophie, Geschichte und Zuständen. Beide Bände eint der Ober- oder Untertitel „Von der Ordnung der Welt“. „Das Mädchen auf dem Ei“ bezieht sich auf ein Porträt der Heloise, deren Briefwechsel mit ihrem Geliebten und Ehemann, dem Theologen Abaelard, über Jahrhunderte hinweg beide zum Inbegriff eines Liebespaars machte – vergleichbar mit Shakespeares Romeo und Julia. Eine angedeutete vertrackte Liebesaffäre gehört in diesem Band auch dazu, wenn sie auch nicht wie vor 900 Jahren kastriert wird.

Materialistisch-praktisch aber soll es dem Autor in seiner „Denkfabrik aller Lukrez‘ und Konsorten“ zufolge schon zugehen: Gegen Mythen und die „Flucht ins Außermaterielle“, den Irrationalismus des Kapitalismus und der FDP, den der Rechten, der AfD, gegen Kolonialismus und Patriarchat. „Subjektiv“ seien wir, meint Noem, „in der Epoche des Widerstreits von Rationalismus und Irrationalismus“. Letzterer müsse „so weit wie möglich zurückgedrängt werden, bevor es wieder um den sozialen Fortschritt gehen kann“. Pohls Debattierer befinden sich, wie alle Vernünftigen, im eigenen Land im Exil. Dazu noch einmal die „Flüchtlingsgespräche“: „Die beste Schule für Dialektik ist die Emigration. Die schärfsten Dialektiker sind die Flüchtlinge. Sie sind Flüchtlinge infolge von Veränderungen und sie studieren nichts als Veränderungen. Aus den kleinsten Anzeichen schließen sie auf die größten Vorkommnisse.“ Passend dazu drohte der deutsche Verfassungsschutzchef am 13. Februar – angeblich gegen Rechtsextremisten gewandt –, „verbale und mentale

Grenzverschiebungen“, also nicht Straftatbestände, gesinnungspolizeilicher Bearbeitung zu unterziehen, also alle Grenzen liberaler Rechtsordnung hinter sich zu lassen.

Pohl ist in diesem Sinn ein Grenzverschieber, wenn er einleitend ein Wort von Marx über Revolutionen aufgreift und Übergänge „Lokomotiven der Geschichte“, aber auch deren „Mahlsteine“ nennt – „die der Stofflichkeit einerseits wie auch jene der sozialen Haltungen und damit der gesellschaftlichen Formierungen andererseits“. Das klingt mehr nach vordialektischem Materialismus als es hier vonstatten geht, hat aber zur Folge, daß es innerhalb weniger Zeilen um das mittelalterliche Schriftstellerpaar Heloise und Abaelard, um die KP Chinas und ihren 100-Jahr-Plan, die merkwürdigen Verhaltensweisen von Glas (der vom Niederrhein stammende Pohl arbeitet seit mehr als 30 Jahren Glashandwerker – als Gestalter und Restaurator – und zugleich als politischer Fachmann für Lateinamerika), das Zeitkontinuum, den Urknall und den heiligen Augustinus gehen kann – ergänzt um Wichtiges zur „Unsterblichkeit des Rheinländers“, die abhängig ist von der Vollendung des Kölner Doms. Den einen, Noem, interessieren an all dem „Erlangung der Hegemonie/Übernahme der Macht/gefestigte sozialistische Gesellschaft“, den anderen, Myop, „in Sachen revolutionärer Geduld“ der Kathedralenbau, „was meint, etwas im Vertrauen darauf zu beginnen, daß andere Generationen es beenden werden“. Die falsche Annahme, „daß gesellschaftliche Prozesse – sofern sie fortschrittlich sind – unumkehrbar, irreversibel sind“ sei umgekehrt, meint Noem, auf „das zuweilen unzureichende Verständnis der Revolutionäre für die Bedeutung der Übergänge“ zurückzuführen.

So geht Denken, das ändern will: Gedanklich streng, aber mit leichter Hand.

Arnold Schölzel



Günter Pohl: *Das Mädchen auf dem Ei. Von der Ordnung der Welt. VdOdW, Sprockhövel 2023, 254 Seiten, 24 Euro, ISBN 978-3-00-074931-5, vdodw.de*

## BUCHTIPP



Florence Hervé (Hg.)

**Ihr wißt nicht, wo mein Mut endet**

Europäische Frauen im Widerstand gegen Faschismus und Krieg

Die hier porträtierten Frauen kamen aus mehr als zwanzig europäischen Ländern, aus dem faschistischen Deutschland, aus besetzten und nicht besetzten Regionen. Allesamt wideretzten sie sich der Terrorherrschaft des deutschen Faschismus und dem in weiten Teilen des Kontinents tobenden Krieg. Sie beteiligten sich an verschiedensten Aktionen des antifaschistischen Widerstands, auch transnational, übernahmen Verantwortung und waren immer wieder auch unter Waffen im Einsatz. Sie kämpften für Freiheit, Frieden, Menschenwürde und Solidarität, sie riskierten ihr Leben – und trugen zur Befreiung bei. Dabei emanzipierten sich viele auch von traditionellen Geschlechterrollen. Noch immer sind viel zu viele Widerstandskämpferinnen unsichtbar. Anknüpfend an den Band „Mit Mut und List“ werden rund 80 weitere Frauen vorgestellt. Wissenschaftlerinnen und Journalistinnen aus ganz Europa tragen dazu bei, ihnen ein Gesicht zu geben und ihre Geschichte zu erzählen, dem Vergessen ein lebendiges Erbe entgegenzusetzen. Diese Frauen machen Mut für das heutige Auftreten gegen Neofaschismus, Rechtspopulismus, Rassismus, Sexismus und Krieg.

*Florence Hervé, Dr. phil., ist Journalistin, Dozentin und Autorin. Zahlreiche Veröffentlichungen, darunter „Mit Mut und List“ sowie Text-Bild-Bände zum Massaker von Oradour (1944) und zum KZ Natzweiler-Struthof.*

Neue Kleine Bibliothek 334, 300 Seiten, 22,90 € ISBN 978-3-89438-821-8

### Korrektur

RF Nr. 312, Februar 2024, S. 26, 27

Im Beitrag von Wolfgang Herrmann „Vor 90 Jahren wurde Sandino ermordet“ berichten wir, daß nicht Romain Roland Sandino zum „General der freien Menschen“ ernannte, sondern Henry Barbusse.

# Der Arbeiterschützenbund

Zu den weniger bekannten Arbeiterorganisationen, die in der Zeit der Weimarer Republik in Deutschland wirkten, zählt der Arbeiterschützenbund (ASB). Das hängt sicher auch damit zusammen, daß die Mitgliederzahl im Vergleich zu anderen Sportorganisationen relativ gering war.

Der Arbeiterschützenbund Deutschlands (ASB) wurde am 1. November 1920 in Braunschweig gegründet und schloß sich als „alleinige Organisation für Arbeiterschießsport“ der Zentralkommission für Sport- und Körperpflege in Leipzig an. Die Frage, ob die Mitglieder Kommunisten oder Sozialdemokraten waren oder einer anderen Richtung der Arbeiterbewegung angehörten, spielte zu diesem Zeitpunkt noch keine Rolle. Erster Vorsitzender des Arbeiterschützenbundes wurde der Sozialdemokrat Fritz Flegel. Sitz des Arbeiterschützenbundes war zunächst Braunschweig, dann Dresden und schließlich Kassel.

Ziele der Organisation waren die Pflege und Förderung des Schießsports in den Arbeiterkreisen, die Heranziehung der Schießsportler zu Leibesübungen, die Bildung von Jugendvereinen sowie deren praktische und technische Ausbildung im Schießsport, die Pflege und Förderung der Körperkultur, die Gewährung von Rechtsschutz in schießsportlichen Streitigkeiten, die Veranstaltung von sportlichen Wettkämpfen, von Wanderungen sowie von Leichtathletikwettbewerben und die Versicherung der Mitglieder bei Unglücksfällen.

Das Eintrittsgeld legten die Ortsgruppen individuell fest. Jedoch waren pro Mitglied 30 Pfennige an die Kasse des Vereins abzuführen. Jugendliche (14 bis 20 Jahre) und weibliche Mitglieder zahlten einen Beitrag von zehn Pfennigen. Alle Mitglieder waren verpflichtet, als äußeres Erkennungszeichen die Bundesnadel des Arbeiterschützenbundes zu tragen. Dagegen galten die bei den bürgerlichen Schützen üblichen Schützenketten, Orden, Sterne, Medaillen oder sonstigen Auszeichnungen als verpönt.

Um ihr geschlossenes Auftreten zu demonstrieren, waren die Arbeiterschützen auch um eine einheitliche Kleidung bemüht. Soweit sie sich das finanziell leisten konnten, trugen sie eine schwarze oder dunkle lange Hose, eine dunkelgrüne Sportjoppe und einen dunklen, möglichst grünen Schlapphut mit Federn. Das Banner des ASB war in den Farben Grün und Rot gehalten. Das Kleinkaliberschießen war die am meisten verbreitete Disziplin der Arbeiterschützen. Diese galten auch nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages als militärisch nicht verwendbare Waffen und waren daher nicht verboten. Die Wettkämpfe fanden vom Frühjahr bis zum Herbst im Freien, im Winter vor allem in geschlossenen Räumen statt. Da einige der Mitglieder arbeitslos waren, sah die finanzielle Lage nicht gerade rosig aus. Daher war das Kleinkaliberschießen aber zunächst nicht möglich. Die Arbeiterschützen mußten sich mit dem Bolzenschießen begnügen und nutzten auch Luftbüchsen, Luftgewehre, Luftpistolen, Kugelbüchsen und Zimmerstutzen. Außerdem übten sie aber auch mit

Großkaliberwaffen, sogenannten Wehrmannsbüchsen, und mit Scheibenpistolen.

Organe des Arbeiterschützenbundes waren: der Vorstand, bestehend aus fünf Mitgliedern, einem Vorsitzenden, einem Kassierer, einem Schriftführer und zwei Beisitzern, ein Ausschuß mit sieben Mitgliedern, eine Revisionskommission mit drei Mitgliedern, die Gauvorstände, die Bezirksvorstände, die Ortsgruppenvorstände, der Bundessportausschuß und der Bundespreseausschuß. Es gab schließlich in Deutschland 21 Gaue, die weiterhin in Bezirke unterteilt waren. Bis Ende 1926 konnte die Mitgliederzahl auf rund 2300 gesteigert werden.

Seit Anfang 1924 erschien monatlich ein eigenes Blatt, die „Arbeiter-Schützen-Zeitung“ (ASZ.), die den Mitgliedern gratis geliefert wurde.

Auch wenn der ASB in dieser Zeit Sozialdemokraten, Kommunisten und parteilose Arbeiter in seinen Reihen vereinte, spielte doch eine Rolle, ob außerdem in den Wehrorganisationen der beiden Arbeiterparteien, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (RB) oder dem Roten Frontkämpferbund (RFB) noch eigene Schützensparten existierten. Darüber diskutierten die Delegierten ausführlich auf dem Erfurter Bundestag des ASB im September 1926.

Der Bundeskongreß beschloß eine klare Abgrenzung gegenüber allen bürgerlichen Organisationen. In den Arbeiterschützenbund wurde nicht aufgenommen, wer einem bürgerlichen Verein oder Verband, ganz gleich welcher Art, angehörte. Der Vorschlag, wonach der Bundestag des Arbeiterschützenbundes in der Einheit der internationalen Arbeiterbewegung eine dringende Notwendigkeit sah, wurde einstimmig angenommen. 1926 entstand der Arbeiterschützenbund auch in Berlin. Die erste und zugleich stärkste Berliner Abteilung mit etwa 80 Schützen wurde Ende 1926 in Friedrichshain gegründet. Der ASB konnte dann bis Oktober 1928 in den Verwaltungsbezirken Friedrichshain, Köpenick, Kreuzberg, Lichtenberg, Neukölln, Pankow, Prenzlauer Berg, Schöneberg, Spandau, Tempelhof, Wedding und Wilmersdorf Schießsportabteilungen bilden.

Daß der Arbeiterschützenbund den reaktionären Kräften ein Dorn im Auge war, bewiesen Meldungen in der bürgerlichen „Allgemeinen Deutschen Schützenzeitung“, in der Hugenberg-Presse und nicht zuletzt im „Völkischen Beobachter“. In der Ausgabe vom 12. Dezember 1926 bezeichnete Hitler den Arbeiterschützenbund als „knallrote Organisation“, die zum Bürgerkrieg treibe und hetzte besonders gegen die Beziehungen des ASB zur Sowjetunion.

Das Innenministerium ordnete eine schärfere Überwachung an, um die weitere Ausbreitung des Arbeiterschützenbundes einzudämmen. Die Führung im Arbeiterschützenbund lag zunächst überwiegend in den Händen von Sozialdemokraten. Bis zum Herbst 1928 betrieben Kommunisten und Sozialdemokraten den Schießsport noch gemeinsam. Einige Sozialdemokraten und parteilose Mitglieder hatten allerdings bereits am 13. Februar 1927 in Köln unter Protest eine Konferenz des

Arbeiterschützenbundes verlassen, da die meisten der rund 80 Delegierten in RFB-Kleidung erschienen waren beziehungsweise das Abzeichen der KPD angesteckt hatten. Die Auseinandersetzungen gingen weiter. Am 23. Oktober 1928 wurde die Ortsgruppe Berlin durch den Bundesvorstand des ASB ausgeschlossen.

In Berlin konstituierte sich noch im Oktober 1928 die sozialdemokratisch geführte Ortsgruppe des Arbeiterschützenbundes e. V., die sich bald danach „Freie Schützen-Vereinigung“ nannte. Der „Vorwärts“ war davon überzeugt, daß die neue Ortsgruppe die Gewähr dafür biete, daß nun kommunistische Zellenarbeit ausgeschlossen sei.

Gespalten wurden 1928 auch andere Arbeitersportorganisationen. Die ausgeschlossenen Sportler gründeten am 26. März 1929 die Interessengemeinschaft zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeitersport, aus der sich 1930 die Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit entwickelte. Dieser Organisation traten die oppositionellen Arbeiterschützen bei.

Seit Januar 1930 gaben sie eine eigene Wochenschrift, den „Arbeiter-Schießsport“ heraus. Die Zeitschrift berichtete ausführlich über den internationalen Schießsport, insbesondere in der Sowjetunion.

Mit allen nur möglichen Mitteln versuchten die Behörden weiter, die oppositionellen Arbeiterschützen und andere Arbeitersportorganisationen zu behindern. Im August 1930 gaben der Bezirksschulsausschuß und die Bezirksschuldeputationen Berlin einen Runderlaß heraus, durch den 25 Arbeiterorganisationen, darunter dem Arbeiterschützenbund (Opposition), die Benutzung von Schulräumlichkeiten verboten wurde. Der preußische Minister für Volkswohlfahrt bezeichnete die ausgeschlossenen Organisationen als staatsfeindlich. Generell ließen sich ausreichende Beweise für die staatsfeindliche Betätigung der oppositionellen Arbeiterschützen aber nur schwer finden.

Plötzliche Haussuchungen ohne Vorankündigung und ohne gesetzliche Grundlage in verschiedenen Städten bei oppositionellen Arbeitersportlern und andere Schikanen häuften sich. Vom 15. bis zum 28. Oktober 1932 fand der letzte zentrale Wettkampf der oppositionellen Arbeiterschützen vor der Errichtung der faschistischen Diktatur statt, das Reichsfernschießen. 35 000 Arbeiterschützen aus mehr als 5000 Mannschaften beteiligten sich daran. Die faschistische Diktatur traf sozialdemokratische und kommunistische Sportler gleichermaßen. Die Faschisten zerstörten die Sportstätten der Arbeiter und raubten das Vermögen dieser Organisationen. Viele Arbeitersportler wurden verhaftet, in Gefängnisse und Konzentrationslager verschleppt. Mitglieder der Schützensparte setzten in anderen antifaschistischen Widerstandsgruppen ihr Leben im illegalen antifaschistischen Kampf ein.

Als im März 1934 in Waltershausen der Kommunist Hermann Thiel beerdigt wurde, lag auf seinem Sarg demonstrativ der grüne Hut der Arbeiterschützen.

Dr. Kurt Laser

# „RotFuchs“-Singegruppe bei der LL-Demo dabei



Am 15. Januar trafen sich viele Menschen an der Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde. Unter ihnen waren auch Mitglieder der „RotFuchs“-Singegruppe, die mit ihren Kampfliedern revolutionäre Grüße an die Teilnehmer des stillen Gedenkens übermittelten. Zu unserer Freude sangen viele Menschen im Vorbeigehen mit oder blieben stehen, setzten sich extra hin, um zu lauschen oder äußerten einen Musikwunsch, den wir gern erfüllten, sofern er zu unserem Repertoire gehörte. Das wärmte das Herz der Jungen

und Alten. Erst die Kälte an den Händen unseres Gitarristen Hans Buley zwang uns in den a-capella-Gesang und schließlich zum Aufhören. Auch Mitglieder des Ernst-Busch-Chores waren gekommen und erfreuten das Publikum. Die „RotFuchs“-Singegruppe ist gern bereit, auch in Veranstaltungen von RF-Regionalgruppen, die mit der Berliner S-Bahn erreichbar sind, aufzutreten. Wir werden zudem beim Programm zur zentralen Mitgliederversammlung des RF-Fördervereins im Oktober mitwirken.

Gabi Parakeninks

## „RotFuchs“-Veranstaltungen im März

### ■ Regionalgruppe Magdeburg

**Am 5. März um 16.30** spricht der Wirtschaftsfachmann Uwe Trostel zum Thema: **Vergesellschaftung, Gemeinwohl, Gewinnverteilung – was von der DDR zu lernen ist**  
**Ort:** Begegnungsstätte „Pik ASZ“, Leipziger Straße 43, 39120 Magdeburg

### ■ Regionalgruppe Cottbus

**Am 9. März um 10 Uhr** gemeinsame Veranstaltung mit der GRH und ISOR Diskussionsrunde zum Thema: **Die neue Partei – eine Alternative zur gegenwärtigen linken Politik?**  
Gäste: Harri Grünberg und ein Vertreter des BSW Brandenburg  
**Ort:** Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

### ■ Regionalgruppe Güstrow

**Am 14. März um 15 Uhr** liest der Journalist und Sachbuchautor Volker Bräutigam aus seinem gemeinsamen Buch mit Friedhelm Klinkhammer: **„Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist am Ende. Aber ein Ende ist nicht in Sicht.“**  
**Ort:** Haus der Generationen der Volkssolidarität, Weinbergstraße 28, 18273 Güstrow

### ■ Regionalgruppe Saale-Orla

**Am 15. März um 17 Uhr** spricht Harri Grünberg zum Thema: **Ursachen und Lösungswege im Nahost-Konflikt**  
**Ort:** Gaststätte „Bayrische Bierstuben“, Schloßstraße 12, 07318 Saalfeld

### ■ Regionalgruppe Dresden

**Am 16. März um 10 Uhr** spricht Wilfried Handwerk (Osteuropa-Berater) zum Thema: **Ukraine aktuell: Verhältnis Ukraine – Rußland, Ukraine – EU**  
**Ort:** „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

### ■ Regionalgruppe Bernau

**Am 16. März um 15 Uhr** spricht Oberst a. D. Gerhard Giese zum Thema: **Manöverkritik – Sind Friedenshelden hier am Werke? Manöver Steadfast Defender 2024 – Zur Lage**  
**Ort:** Treff 23 (Kulturbühne), Breitscheidstraße 43 A, 16321 Bernau

### ■ Regionalgruppe Halle

**Am 19. März um 15 Uhr** spricht der Politikwissenschaftler, Journalist und Publizist Dr. Wolfram Adolphi zum Thema: **Epochengespenster? China – Zu den Herausforderungen auf den Wegen in eine menschenwürdige Zukunft**  
**Ort:** Sportgaststätte „Motor“, Ottostraße 27, 06130 Halle

### ■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

**Am 19. März um 18 Uhr** liest Ellen Brombacher aus ihrem Buch **„Deutsch-jüdisches Familienbild“**  
**Ort:** Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

### ■ Regionalgruppe Strausberg

**Am 21. März um 15 Uhr** spricht Joachim Zappe zum Thema: **Bietet die Entwicklung von der unipolaren zu multipolaren Weltordnung die Möglichkeit zur Lösung der drängendsten Probleme der Menschheit?**  
**Ort:** Mehrgenerationenhaus Strausberg, Wirtschaftsweg 70, 15344 Strausberg

### ■ Regionalgruppe Berlin-Treptow-Köpenick

**Am 21. März um 17 Uhr** spricht auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Regionalgruppe der GRH Wolfgang Dockhorn, stellv. Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zum Thema: **Die Ursachen der Spaltung der Partei Die Linke – Was will die Partei Sahra Wagenknecht?**  
**Ort:** Wahlkreisbüro der Partei Die Linke, Brückenstraße 28, 12439 Berlin

### ■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

**Am 22. März um 15 Uhr** spricht Prof. Dr. Lutz Kleinwächter (WeltTrends, Potsdam) zum Thema: **Ursachen des Nahost-Konflikts und mögliche Lösungswege**  
**Ort:** Klub der Volkssolidarität, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

### ■ Regionalgruppe Chemnitz/Zwickau

**Am 23. März 2024 um 10 Uhr** spricht Oberst a. D. Gerhard Giese zum Thema: **Die Reaktionen der Russischen Föderation auf das Manöver Steadfast Defender 2024**  
**Ort:** Seniorenbüro, Kopernikusstraße 7, 08056 Zwickau

### ■ Regionalgruppe Neubrandenburg

**Am 23. März um 10 Uhr** spricht Peter Ritter, Vorsitzender des Landesvorstandes der Partei Die Linke, zum Thema: **Die aktuelle Situation und die Perspektive der Partei Die Linke**  
**Ort:** Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

### ■ Regionalgruppe Rostock

**Am 23. März um 10 Uhr** spricht Prof. Dr. sc. techn. Reinhard Schiffel zum Thema: **Die Umwelt- und Klimapolitik der Bundesregierung**  
**Ort:** Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

### ■ Regionalgruppe Bernau

**Am 23. März um 15 Uhr** Mitgliederversammlung, Thema: **Verständigung zu aktuell politischen Fragen**  
**Ort:** Treff 23 (Kulturbühne), Breitscheidstraße 43 A, 16321 Bernau

### ■ Regionalgruppe Leipzig

**Am 26. März um 18 Uhr** Veranstaltung zum Thema: **Der Kampf des palästinensischen Volkes um nationale Selbstbestimmung**  
**Ort:** Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04105 Leipzig

### ■ Regionalgruppe Potsdam

**Am 26. März um 18 Uhr** spricht Dr. Lothar Schröter (Militärhistoriker und Buchautor) zum Thema: **Der Ukraine-Konflikt und seine Folgen**  
**Ort:** Bürgertreff in der Waldstadt (am Waldstadtcener), Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam

### Veranstaltungen im April

#### ■ Regionalgruppe Schwerin

**Am 4. April um 16 Uhr** Diskussion mit Wolfgang Dockhorn, stellv. Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zum Thema: **Warum eine neue Partei Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit? Chancen und Inhalte**  
**Ort:** Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Quartier Friedrichs“, Friedrich-Engels-Straße 38, 19061 Schwerin

# Unvergessen – Widerstandskämpfer Ernst Enge



Ernst Enge (Foto privat)

Ernst Enge wurde am 1. Februar 1893 geboren, war Eisendreher und lebte mit seiner Familie in Chemnitz/Gablenz, Adelsbergstraße 45.

Er war aktiver Gewerkschaftsfunktionär und trat 1921 der KPD bei. Seiner ersten Inhaftierung im Juni 1933 folgten zwei Jahre Haft im Zuchthaus Waldheim und 1939 eine weitere „vorbeugende“ Haft von sechs Wochen im Gefängnis auf dem Kaßberg. Diese Haftanstalt

wurde auch das „Tor in den Tod“ genannt, da von hieraus die Abtransporte direkt in Konzentrationslager erfolgten.

Nach seiner Entlassung wurde er Ende Oktober 1939 für den Chemnitzer Rüstungsbetrieb Maschinenbaufirma Moll zwangsverpflichtet. Er widmete sich intensiv der illegalen Arbeit und organisierte unter Chemnitzer Antifaschisten den Widerstand in Rüstungsbetrieben. Dies geschah gemeinsam mit SPD-Mitgliedern und parteilosen Arbeitern und in enger Verbindung mit französischen, tschechischen und vor allem sowjetischen Zwangsarbeitern sowie Kriegsgefangenen. So wurden nachts Radio Moskau gehört und Flugblätter in russischer Sprache angefertigt, die ihren Weg bis in die Kriegsgefangenenlager nach Plauen fanden. Es wurden auch Pässe, Kompass und Kartenmaterial für die Flucht aus dem Zwangsarbeitslager der Chemnitzer Astra-Werke besorgt. Es gelang, durch einen Motorbrand in einer der Astra-Abteilungen die Kriegsproduktion sechs Tage lang lahmzulegen. Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene wurden mit Nahrungsmitteln, Kleidung und Nachrichten versorgt. Die Widerstandsgruppe um Ernst Enge stellte Verbindungen zur Saefkow- und Schuhmann-Kresse-Gruppe her.

Als die Niederlage der Faschisten immer deutlicher erkennbar war, besorgte Ernst Enge für die Gruppe Waffen, die er mit anderen Genossen im Zeisigwald vergraben hatte.

Am 26. September 1944 wurde er nach Gegenwehr im Tabakwarenkiosk seines

Schwagers Gustav Klukas in Hilbersdorf, Frankenger Str./Ecke Rudolf-Liebold-Straße, von der Gestapo überwältigt und im Polizeigefängnis Hartmannstraße grausam mißhandelt. Am 17. Oktober 1944 kam er wahrscheinlich im Kaßberg-Gefängnis ums Leben. Die Gestapo konnte trotz der Folter kein Geständnis und keine Namen erpressen und tarnte seinen Tod als Selbstmord. Gustav Klukas, den man ebenfalls festnahm, erlag am 31. Dezember 1944 im Gefängnis seinen schweren Verletzungen, die er während der Verhöre durch die Gestapo erlitten hatte. Die Verhaftung erfolgte durch den Gestapomann Munkelt, der nach 1945 unbehelligt in der BRD lebte.

Von 1945 bis 1968 war die Siedlung Schenkenberg im Chemnitzer Stadtteil Reichenhain nach Ernst Enge benannt. 1968 wurde eine Straße im Chemnitzer Stadtteil Gablenz nach ihm benannt, die noch heute diesen Namen trägt.

In einer Grundschule in Karl-Marx-Stadt/Chemnitz-Gablenz, Carl-von-Ossietzky-Straße 171, die bis 1990 seinen Namen trug, erinnert ein Gedenkstein an ihn.

2013 wurde ein „Stolperstein“ für Ernst Enge am Polizeipräsidium, Hartmannstraße 24, verlegt.

Ernst Enges wird für seinen antifaschistischen Kampf in der Gedenkstätte „Ehrenhain der Sozialisten“ in Chemnitz gedacht.

**Raimon Brete**  
Chemnitz

## Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats März!

### Zum 97. Geburtstag

Kurt Heß (Plauen) am 2. März  
Heinz Birch (Berlin) am 9. März

### Zum 95. Geburtstag

Werner Rothe (Schwielowsee) am 9. März  
Sonja Brendel (Berlin) am 16. März

### Zum 94. Geburtstag

Herbert Kühling (Weißenfels) am 28. März

### Zum 93. Geburtstag

Thea Kleine (Berlin) am 26. März

### Zum 92. Geburtstag

Eva Kolowrat (Berlin) am 3. März

### Zum 91. Geburtstag

Helmut Braunschweig (Schorfheide) am 12. März  
Gottfried Hamm (Penzlin) am 15. März

### Zum 80. Geburtstag

Hinrich Siedenschnur (Wismar) am 11. März  
Bernd Cizek (Papendorf) am 26. März

### Zum 75. Geburtstag

Evamaria Drews-Diederich (Neubrandenburg) am 5. März  
Manfred Herzog (Ahrensfelde) am 6. März

### Zum 70. Geburtstag

Karola Pöschmann (Doebeln) am 2. März  
Sonja Navarro (Volkach) am 16. März  
Maritta Böttcher (Jüterbog) am 29. März

### Zum 65. Geburtstag

Klaus Leger (Münster) am 28. März

### Zum 60. Geburtstag

Horst Noll (Wuppertal) am 9. März  
Elke Brucks (Torgau) am 28. März

**WIE IMMER GILT UNSERE GRATULATION AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.**

## Herzliche Grüße übermitteln wir Gabriele Parakeninks

aus Berlin zu ihrem 70. Geburtstag am 27. März.

Liebe Gabi, Dein Jubiläum ist uns Anlaß, Dir Dank zu sagen für Dein vielseitiges Engagement im „RotFuchs“-Förderverein.

Die anspruchsvolle Aufgabe, die Du seit 2023 als Vereinsschatzmeisterin übernommen hast, erfüllst Du mit außerordentlichem Verantwortungsbewußtsein, unbedingter Verlässlichkeit und großem Elan. Darüber hinaus bist Du überall dort zu finden, wo man Dich braucht, ob in der RF-Singegruppe, im RF-Versandkollektiv, in der operativen Arbeit oder dem monatlichen Korrekturlesen unseres Blattes.

Wir gratulieren Dir und wünschen Dir von Herzen, daß Deine Schaffenskraft nie erlahmen möge.

**Redaktion und Vorstand**





## LESERBRIEFE

### Ohne Rußland gibt es keinen Frieden in Europa

90 000 NATO Soldaten aus 32 Ländern, darunter 12 000 Angehörige der Bundeswehr, sollen an den europäischen Grenzen Rußlands am Manöver „Steadfast Defender 2024“ teilnehmen. Deutsche Panzer mit dem Balkenkreuz, stehen dann wieder an Rußlands Grenzen. Das Manöver soll die Reaktion der NATO auf den möglichen Überfall Rußlands auf ein Mitglied üben. Abgesehen davon, daß die Gefahr eines russischen Überfalls auf Mitgliedsstaaten der NATO erfunden ist, geht von solchen Manövern eine ernste Gefährdung für den Weltfrieden aus. Erinnert sei an das NATO-Manöver „Able Archer 83“, als der sowjetische Oberstleutnant Petrow sich weigerte, auf einen irrtümlich angezeigten Raketenangriff der USA mit dem Abschluß sowjetischer Raketen zu antworten und damit wahrscheinlich einen Weltkrieg verhinderte. Es sollte nicht verkannt werden, daß von den 12 550 weltweit existierenden nuklearen Waffen, wovon Rußland und die USA über 11 000 verfügen, permanent eine große Gefahr ausgeht. Statt Schuldzuweisungen und Bedrohungen sollte unsere Regierung zum Prinzip von Willy Brandt und Egon Bahr „Wandel durch Annäherung“ zurückkehren. Bedrohungen und Sanktionen spitzen die Lage nur gefährlich zu.

Wilfried Schubert, Güstrow

### Deutsches Ringtauschmanöver und russischer Vormarsch

Das mit Waffenlieferungen und Krediten so willig handelnde, kriegsgeile Deutschland will plötzlich (Kanzler Scholz) die von der Ukraine angeforderten „Taurus“ nicht liefern, obwohl die Kriegstreiber den Anschein erwecken, daß dazu eigentlich die politische Bereitschaft besteht.

Bei „Taurus“ handelt es sich um eine präzise, tieffliegende und mit LV-Ausweichsystemen ausgerüstete Angriffswaffe mit einer Reichweite von über 500 km. Damit könnte die Ukraine leicht Ziele im russischen Kernland (ukrainische Grenze – Moskau 500 km) bekämpfen und somit zu einer ersten Bedrohung für die RF werden. Das ist ein für die russische Luftverteidigung schwerer zu bekämpfendes System, als es die britischen

„Storm Shadow“- und französischen „Scalp“-Raketen sind. Zwei wesentliche Gründe lassen die BRD zögern. Erstens gibt es zwischen Nachkriegsdeutschland (BRD) und der UdSSR (RF) keinen Friedensvertrag zum 2. Weltkrieg, sondern nur einen Waffenstillstand, der der RF im Falle des Einsatzes oder der Lieferung von Angriffswaffen, die laut UN-Charta Aggressionswaffen sind, das Recht gibt, die BRD militärisch zu bestrafen. Das trifft für die ehemaligen Alliierten der Sowjetunion nicht zu. Zweitens sind die „Taurus“ technologisch und bedienungsmäßig so anspruchsvoll, daß zu deren Lieferung an die Ukraine unbedingt deutsches Bedienungs- und Wartungspersonal am Einsatzort sein müßte, womit die BRD zum unmittelbaren Kriegsteilnehmer werden würde. Aus diesem Grund strebt Deutschland einen Ringtausch mit GB und Frankreich an, wobei Deutschland „Taurus“ an beide Länder abgibt und diese dafür ihre weniger präzisen und wirksamen Raketen (geringere Reichweite 250 km) in die Ukraine schicken. So will die BRD einerseits Lieferbereitschaft signalisieren und sich andererseits von der Rolle eines aktiven Kriegsteilnehmers befreien.

Ein Wort zu Awdejewka:

Man kann nicht nur, sondern man muß von einer Schlacht sprechen, die in Awdejewka stattfand. Die Ukraine hatte das gesamte Gebiet zu einer Festung, wirksamer als die in Mariupol und Bachmut, ausgebaut und ausgerüstet, welche Großbetriebe wie Kokerei und Chemiekombinat einschließt. Während Bachmut eine nicht existierende strategische Bedeutung angedichtet wurde, besitzt Awdejewka diese wirklich. Mit dem Fall des als Festung ausgebauten Ortes haben die RF-SK einen echten Durchbruch erzielt und können daraus einen Angriff in die Tiefe der Ukraine, mit unübersehbaren Folgen für Land und Armee, entwickeln. Präsident Selenskyj hatte seinen neuen Oberkommandierenden Syrsky, dem die ukrainischen Soldaten den Namen „Fleischwolf“ gaben, beauftragt, diesen Ort mit allen Mitteln zu verteidigen. Drei Elitebrigaden wurden aus umkämpften Frontabschnitten abgezogen und in den Kessel von Awdejewka hineingeworfen. Erstmals wurde auch die berühmt-berüchtigte 3. Sturmbrigade der Ukraine, die meist aus ASOW-Nazis besteht, zur verbissenen Zurückschlagung der erfolgreich angreifenden RF-SK eingesetzt. Selenskyjs Ziel konnten auch sie nicht erfüllen. Die 30. Samarer Mutschützenbrigade und die kampferprobten neuen Sturmeinheiten der 114. Brigade brachten ihnen ca. 30 % personelle Verluste und machten ihnen einen Strich durch die Rechnung. Der entschlossene Vormarsch dieser russischen Truppen führte am 17.2.24 zur taktischen Schließung des gesamten Awdejewker Kessels, wodurch es kaum noch Möglichkeiten zum unbehelligten Abzug und zur Versorgung der nun eingeschlossenen ukrainischen Streitkräfte gab. 30 % der ukrainischen Garnison verließen ihre Standorte ohne Weisung. Die NATO-Söldner vor Ort (7000) kontentisch nach einem russischen Ultimatum zwischen „Ergeben“ oder „Vernichten“ entscheiden. Die Reste erhielten den Abzugsbefehl.

Die RF-SK werden ihren Auftrag, weitere Territorien bis zu den Präsidentenwahlen in der RF zu befreien, erfüllen.

Oberst a. D. Gerhard Giese, Strausberg

### Lügen entlarven!

Aktuell trainieren 12 000 Soldaten der NATO-Großübung einen Rußland unterstellten Angriffswillen auf einen NATO-Staat. Das ist ja nur die halbe Wahrheit, in Wirklichkeit sind es über 90 000.

Aber warum dieser Irrsinn?

Nicht Rußland hat Deutschland und den Westen angegriffen, sondern das Gegenteil ist der Fall. Auch der gegenwärtige Krieg hat seine Ursachen nicht in der Aggressivität Rußlands, sondern der Westen wollte und will die legitimen Sicherheitsinteressen Rußlands nicht akzeptieren.

Nicht Rußland ist unser Feind, sondern die Kräfte, die uns das immer wieder besseren Wissens einreden wollen und die letztendlich an jedem Krieg Milliarden verdienen. Mit dem Krieg in der Ukraine hat man eines erreicht: Die Waffenarsenale des Westens müssen dringend aufgefüllt werden, also genügend Aufträge für die Rüstungsindustrie der kommenden Jahre. Frau Baerbock und ihresgleichen konnten Rußland zwar nicht „ruinieren“, dafür aber die eigene Volkswirtschaft, wofür sie auch noch dummdreist Putin persönlich verantwortlich machen wollen. In Mecklenburg-Vorpommern werden nun keine friedlichen Handelsschiffe mehr gebaut, grobe Schlosserarbeiten für die Kriegsmarine sind schließlich viel wichtiger. Es kann nur eine Schlußfolgerung geben: Schluß mit Waffenlieferungen an die Ukraine und mit Sanktionen gegen Rußland, Friedensverhandlungen zwischen der Ukraine und Rußland und Aufnahme diplomatischer Beziehungen!

Ralf Kaestner, Bützow

### Politikerversagen oder Medienversehen?

In letzter Zeit wird in den Medien immer wieder davon gesprochen, daß Rußland vorhabe, Deutschland oder ein NATO-Land zu überfallen. Herr Pistorius sagt: „Wir müssen kriegstüchtig werden. Wir müssen wehrhaft sein. Und die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür aufstellen. In fünf bis acht Jahren könnte es möglich sein, daß Rußland ein NATO-Land angreift.“ Herr Stoltenberg erklärt: „Wenn Putin in der Ukraine gewinnt, gibt es keine Garantie dafür, daß die russische Aggression sich nicht noch auf andere Länder ausbreitet.“ Herr Gauck meint: „Es sei völkerrechtlich nicht verboten, ein überfallenes Opfer mit Waffen zu unterstützen. Deshalb dürfen wir das tun. Und wir müssen es tun – mit allem, was uns zur Verfügung steht. Ohne Wenn und Aber. Denn ein russischer Sieg würde mittelfristig auch die Sicherheit weiterer europäischer Staaten bedrohen.“ Herr Heusgen: „Putin will ein Groß-Rußland in den Grenzen der ehemaligen Sowjetunion wiederherstellen. Sollte Putin den Krieg in der Ukraine nicht verlieren, müssen wir damit rechnen, daß er auch nach der Republik Moldau oder den baltischen Staaten greift.“

Auffällig ist bei den angeführten Zitaten, daß es sich lediglich um Behauptungen handelt. Schlüssige, beweiskräftige Argumente werden nicht vorgelegt.

Gleichwohl erklären die Zitierten ziemlich einhellig, eine erneute Kriegsgefahr für die nächsten fünf bis zehn Jahre ausgemacht zu haben und begründen damit ein enormes europäisches Aufrüstungserfordernis. Allein die Osterweiterung der NATO bis an die Grenzen Rußlands sind Beweis genug, daß eine Bedrohung Rußlands durch die NATO besteht und nicht umgekehrt. Natürlich spielen für einen „eventuellen zukünftigen“ Konflikt nicht nur militärische, sondern auch politische und ökonomische Zusammenhänge eine gewichtige Rolle. Hierbei sei nur an die 2010 in Astana vereinbarte OSZE-Erklärung erinnert, in der sich die Teilnehmer zu „...einer freien, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok bekennen ...“, die nach 2010 erheblich aus der Balance geraten ist, da das Prinzip der unteilbaren Sicherheit verletzt wurde; und an die Sanktionen, die seit 2014 gegenüber Rußland verhängt wurden und inzwischen einen Wirtschaftskrieg ausgelöst haben.

Daraus läßt sich zwangsläufig keine Bedrohung für „unsere“ Demokratie und westliche Werte in Europa und Deutschland durch Rußland ableiten.

**Peter Schulz, Ostseebad Nienhagen**

### **Panische Angst vor Frieden?**

Die Vorbereitungen zu den US-Präsidentenwahlen am 5. November 2024 sind in vollem Gange. Sollte der Republikaner Trump gewinnen, ist aufgrund seiner Äußerungen zum Ukraine-Konflikt zu erwarten, daß er diesen sofort beendet. Das erklärt, warum die Bundesregierung z.Zt. derartig in Panik verfällt. Wie stünde man denn da, wenn der selbst festgelegte Feind auf einmal ausfällt? Der kollektive Westen hat sich in eine so jämmerliche Lage manövriert und kann wohl kaum erwarten, daß Putin ihm ein zweites Mal die Hand reicht. Das ist das Ergebnis, wenn man in Nibelungentreue jede Maßgabe des Lehrers ohne eigene Meinung durchsetzt, dessen Ansichten stereotyp wiederholt und das dann als seine eigene Meinung ausgibt, um die wahre Kette der Meinungsbildung zu verschleiern. Das trifft den Gedanken Horst Seehofers, der in einem kurzen Moment der Ehrlichkeit mal sagte (bezogen auf die Bundesregierung und sicher auch auf die Landesregierungen): „Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.“ So viel zum heutigen politischen System in Deutschland.

Nun auch noch eine NATO-Übung mit 90 000 Soldaten und Rostock als Panzerdrehkreuz, und alles in Richtung Baltikum, weil man davon ausgeht, daß Putin nicht nur Polen, sondern auch das Baltikum schlucken möchte. Welch ein Irrsinn und fataler Denkfehler, der den Frieden in Europa wahrlich nicht sicherer macht.

**Wolfgang Mengel, Stralsund**

### **Bundeswehr braucht Kämpfer**

Wehrpflicht geistert seit einiger Zeit wieder in deutschen Kämpferherzen. Bundeswehr sucht nach Personal für das Feld der Ehre. Allen voran Marie-Agnes Strack-Zimmermann und der nach Umfragen beliebteste Politiker Deutschlands – Pistorius – sind in größter Sorge um den Nachschub an Kämpferseelen. Allein mit Milliarden und Kriegstechnik scheint die Kriegstüchtigkeit, Recht und Pflicht zur reinen Verteidigung vor dem Russen (wieder mal) nicht zu funktionieren. Kriegseuphorie deutscher Jugend scheint sich trotz allen Werbens und patriotischen Aufklärens mitreißender, emotionalster Berichte und Bilder von den Fronten nicht zu friedensstellend zu entfalten.

Wer mehr und mehr Krieg braucht, um angeblich damit den Frieden zu sichern, der kommt nicht ohne mehr und mehr an Kämpfern aus. Alles Vorzeigen neuer Helden zündet wohl nicht so recht, noch nicht.

**Roland Winkler, Aue**

### **Zum Sprung bereit**

Die Deutschen haben im 2. Weltkrieg in der Sowjetunion nichts als verbrannte Erde und Millionen Tote hinterlassen, doch die UdSSR hat nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus nicht Rache an der deutschen Bevölkerung geübt, sondern die ersten Traktoren geliefert... Darüber gibt es sogar ein Lied, welches wir als Pioniere gesungen haben: „Tausend Traktoren durchrollen das Land ... dank Euch, ihr Sowjetsoldaten!“ Und was macht die deutsche Regierung heute?

Sie hat aus der Geschichte nichts gelernt. Sie tut alles, um mit deutschen Waffen den Ukraine-Konflikt anzuzünden. Sogar alte DDR-Waffen, die von der Sowjetunion und der DDR in der Ukraine gelagert waren, gehörten dazu.

Und Deutschland steht an der Spitze, wenn es um den Wirtschaftskrieg gegen Rußland geht. Die Erdöl-Pipeline wurde zerstört, um Rußland wirtschaftlich in die Knie zwingen. Doch der Schuß ging nach hinten los. Wir Bürger bezahlen nun dafür, und müssen uns auf immer weiter steigende Preise für Gas-, Strom und Lebensmittel einstellen.

Viele europäische Staaten beziehen noch immer Gas aus Rußland, zwar über Umwege, aber egal. Die Menschen in diesen Ländern können besser leben als die Bürger in Deutschland.

Rußland ist ein starkes Land, ein riesen-großes Land, die Bodenschätze sind unermesslich. Die USA und der Westen – mit Deutschland an der Spitze – setzen nun zum Sprung an, um Rußland zu zerlegen.

Doch das wird ihnen nicht gelingen. Viele – von Napoleon bis Hitler – haben es versucht, und sich dabei das Genick gebrochen.

**Mira Runkel, Schwarzenberg**

### **Leningrad – Nichts wird vergessen**

Mit einem Freundschaftszug fuhr ich 1974 nach Leningrad und erlebte eine beeindruckende Stadt an der Neva mit vielen Sehenswürdigkeiten. Unvergessen bleibt der Eindruck den der Besuch des

Piskarjowskoje-Gedenkfriedhofes hinterließ. Unsere Delegation durchschritt das schlichte Eingangsportal, der Weg zwischen den Grabfeldern links und rechts schien kein Ende zu nehmen. 470 000 Opfer der 1,1 Millionen Toten der Blockade Leningrads wurden hier begraben. Die drei Millionen Einwohner waren von der deutschen Wehrmacht-Heeresgruppe Nord und spanischen Truppen und im Norden von finnischen Truppen blockiert. Während dieser Belagerung vom 8. September 1941 bis 27. Januar 1944 starben 1,1 Millionen Einwohner, etwa 900 000 starben an Hunger. Durch massive Bombenabwürfe wurden Lebensmittellager, die Wasser- und Elektrizitätswerke zerstört, durch Artillerie wurden Schulen, Krankenhäuser und Entbindungsheime getroffen. Zahlen, die uns am Eingang zum Gedenkfriedhof genannt wurden, sie gingen mir nicht aus dem Kopf. Zunehmend vergrößerte sich die Figur Mutter Heimat. Zu ihren Füßen die „Ewige Flamme“. Hinter ihr schloß eine 150 Meter lange und 4,5 Meter hohe Granitmauer das Mahnmal ab. Die Inschrift, nach einem Gedicht von Olga Bergholz, einer Überlebenden der Blockade, lautet:

„Hier liegen Leningrader. Hier liegen Bürger – Männer, Frauen und Kinder. Neben ihnen Soldaten der Roten Armee. Mit ihrem Leben verteidigten sie Dich, Leningrad, die Wiege der Revolution.“

Nicht alle ihre edlen Namen können wir hier nennen. So viele sind es unter dem ewigen Schutz von Granit. Aber wisse, der du diese Steine betrachtest: Niemand ist vergessen und nichts wird vergessen.“ Auf dem Rückweg war nur das Knirschen der Schritte auf dem Kiesbelag zu hören. Wohl jeder ging, wie ich, seinen Gedanken nach. Mein Vater verlor zwei Brüder im Krieg und wurde in Frankreich selbst schwer verwundet ... Nie wieder Krieg! war das bestimmende Thema in unserer Familie. Die heutige Generation kennt die Kriegsauswirkungen, Zerstörung, Hunger, Versehrte usw. nur aus Berichten; hören sie der älteren Generation zu?

Haben sie sich seit 1998 schon an deutsche Teilnahme an Kriegen gewöhnt?! Anfang der 1990er glaubten viele, nicht nur die Sowjetunion, den Zusagen des Westens: Keine Osterweiterung der NATO. Heute steht die NATO 1 000 km östlich, mit weiteren NATO-Staatenmitgliedern. Seit Februar 2024 findet an den Grenzen zu Rußland das seit 1990 größte NATO-Manöver mit 90 000 Mann statt. Und in der BRD wird demonstriert gegen rechts, AfD gemeint. Es ist an der Zeit zu erkennen, wo sich schon längst eine massive Rechtsentwicklung vollzogen hat. Haß, Aggressionen, Kriegsbeteiligung in der ganzen Welt, Absage an Diplomatie, Kriegsproduktion und „Wehrhaftigkeit“ einer ganzen Bevölkerung.

Frieden brauchen die Völker!

Das erste Dekret der jungen Sowjetmacht war: AN ALLE – FRIEDEN!

**Jürgen Schwarzenberg, Ludwigslust**

## Urteil des Internationalen Gerichtshofes (IGH)

Menschlicher Verstand ist nicht in der Lage zu erkennen, daß Palästinenser, also Frauen, Kinder und Männer, mit den Verbrechen der Hamas „unter einer Decke“ stecken oder diese unterstützen. Aber genau das unterstellt Netanyahu dem Volk von Palästina im Gaza, das sich in einer hilflosen Situation befindet, ohne Lebensmittel, Wasser, Strom, Medikamente ..., es fehlt das Nötigste!

Das ist menschenverachtend und kann nicht mit dem „Recht auf Selbstverteidigung“ gerechtfertigt werden. Der Gerichtshof (IGH) in Den Haag urteilte, daß Israels Streitkräfte sofort sicherstellen zu haben, daß keine Handlungen begangen werden, die die UN-Völkermordkonvention verletzen. Hiermit erinnert das IGH lediglich daran, daß kein Staat über dem Gesetz steht. Das hindert den israelischen Ministerpräsidenten jedoch nicht daran, den Krieg gegen das Volk von Palästina als Selbstverteidigung bis zum „absoluten Sieg“ fortzusetzen.

Den Eilantrag Südafrikas, in dem ein sofortiges Ende der Gewalt gefordert wird, haben aktuell 130 Staaten unterstützt. Sie sehen in der israelischen Kriegsführung Hinweise für Genozid. Die Bundesregierung indes weist den Vorwurf des Völkermords entschieden zurück, sie wird Israel weiterhin aktiv unterstützen, so war der Pressemitteilung zu entnehmen.

So bleibt die „Genozid-Klage“ gegen Israel ohne Macht. Das Töten im Gaza kann unter unser aller Augen weitergehen? Was sonst?

**Ernst Jäger, Panketal**

## Kampf gegen rechts darf sich nicht auf die AfD beschränken

Im Zentrum der diesjährigen Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz im Januar, vor allem auch der vielbeachteten Podiumsdiskussion, stand der Kampf gegen rechts.

Meiner Meinung nach ist es wichtig zu erkennen, daß das Thema nicht eingeeengt auf die AfD werden darf. Natürlich ist die AfD eine „gesichert“ rechte Partei mit einer eindeutigen Neigung zu der faschistischen „Lösung der Klassenfrage“ in der Vergangenheit Deutschlands. Da trat sie das Erbe der rechten Gruppierungen innerhalb der CDU/CSU und anderer an, deren Verbundenheit mit der NSDAP nur biologisch endete.

Mit gewaltiger Repression und investigativem Journalismus soll in der Bevölkerung die herrschende Sicht verankert werden, die Demokraten sitzen in der Regierung und die faschistischen Kräfte sind in der AfD konzentriert. Fakt ist: Die Regierung, die nach 1945 in Deutschland am klarsten Demokratieabbau, Hochrüstung, Vernichtung schwer erkämpfter sozialer Rechte und Leistungen, Umverteilung von unten nach oben und aktive aggressive Kriegspolitik mit allen Komponenten der ideologischen Kriegsvorbereitungspropaganda betreibt - also RECHTE Politik durchsetzt - ist eindeutig nicht die AfD (die es gewiß tun würde, wenn sie „dran“ wäre), sondern die gegenwärtige Regierungskoalition mit der Merz-BlackRock-CDU/CSU-Truppe in aktiver Reserve.

**Peter Tiedke, Frankfurt (Oder)**

## CDU-Politik jetzt von der AfD betrieben

Amnesie ist eine Krankheit. In der Politik wirkt diese verheerend. Denn dann kann man andere und sich stets immer wieder neu täuschen. Deshalb soll hier erinnert werden: Die AfD-Ausländerpolitik von heute ist die praktizierte CDU-Ausländerpolitik der 90er Jahre, maßgeblich angeführt u.a. von solch „großen Deutschen“ wie der jüngst verstorbene, zu unrecht hochgelobt Wolfgang Schäuble, war er doch auch bei der CDU-Schwarzgeld-Affäre involviert und beim Betrug des griechischen Volkes in der Bankenkrise.

In den neunziger Jahren war es angesagte, dienstlich vorgeschriebene Methode der zuständigen Ausländer- und Sozialbehörden, Integration zu verhindern, den Aufenthalt der Asylbewerber so unangenehm zu machen wie möglich und viele schnellstens wieder abzuschleppen. Verfahren dauerten endlos lange. Ausländer mußten ihre Kinder viele Jahre in Asylheimen großziehen, bei Verbot einer Wohnungnahme, von Arbeit und langen Zeiten ohne Bargeld, mit Bezugsscheinen, die günstige Käufe in Supermärkten unmöglich und damit arm machten.

Das war in ganz Deutschland die geübte Praxis und führte zu Diskriminierung und Benachteiligung, Krankheit und Kriminalität und schließlich auch zu einer Grundhaltung gegenüber dem deutschen Staat, die wenig von guten Gefühlen und Erinnerungen geprägt wurde. Wer seinerzeit weniger betroffen war und deshalb davon nichts weiß, wird heute nicht verstehen, warum bei informellen Treffen von CDU-Mitgliedern mit AfD-Politikern zum Thema Migration diese sich durchaus auf gleicher Wellenlänge verständigen können.

„Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!“ (Bertolt Brecht)

Konservative Werte der CDU/CSU, auch die der „Werteunion“, sind nationalistisch orientiert, dienen den Interessen von „Oberschichten“ und führen zur heutigen Rechtsdrift bei den politisch Herrschenden, den SPD-„Genossen“, wie den „Olivgrünen“.

Die AfD wird im Falle ihres Wahlsieges nicht für Überraschungen sorgen, sondern erwartbar für die Überführung der Rechtsdrift in einen praktisch realisierten Rechtsruck. Deren heutige Regierungskritik wird dann schnell dem Vergessen anheimfallen, doch die Spaltung der Gesellschaft wird in großen Schritten vorangetrieben werden.

**Renato Lorenz, Berlin**

## Vergessen wir nicht unsere Überzeugung!

An Demonstrationen gegen rechts nahm in den letzten Wochen in der gesamten BRD eine gewaltige Anzahl von Menschen teil. Das ist eine Größenordnung, die bei Kundgebungen in den letzten Jahrzehnten selten erreicht wurde. An Friedenskundgebungen beteiligten sich weit weniger Menschen, ebenso bei Protesten gegen den Sozialabbau. Sind diese Themen weniger wichtig, dafür auf die Straße zu gehen? Zumal gerade heute diese Fragen extrem an Gewicht gewonnen haben. In Kriegen und bei kriegerischen Handlungen weltweit werden unzählige Menschen getötet, der Sozialabbau in unserem Land ist gewaltig und betrifft neuerdings auch den „Mittelstand“.

Die neofaschistische Entwicklung in deutschen Landen und der Welt ist beängstigend und gefährlich. Aber wer über Neofaschismus spricht und den Kapitalismus dabei außen vor läßt, verkennt den Zusammenhang zwischen Faschismus und Kapitalismus!

Auslöser für die Massendemonstrationen gegen rechts war ein „Geheimtreffen“ zwischen Vertretern der AfD und anderer bürgerlicher Parteien in Potsdam, bei dem es insbesondere um „Remigration“ und Massenabschiebungen von Flüchtlingen gegangen sein soll. Da entsteht berechtigter Protest in der Bevölkerung und es kommen Angst und Erinnerungen an Deportationen in Deutschland in der finsternen Zeit seiner Geschichte auf. Was passiert nun in den Medien und in Regierungskreisen? Andere wichtige Themen verschwinden, spielen kaum noch eine Rolle. Der Protest in der Bevölkerung gegen rechts wird aufgegriffen, uneingeschränkt gutgeheißen und medial und regierungsoffiziell angekurbelt. Man manipuliert gewaltig, so daß es zu einem alles andere übergreifenden Thema wird. Das Neue daran ist, daß das bei ähnlichen Aktionen in der Vergangenheit so nie der Fall war. Man ist froh, jetzt in großem Stil ablenken zu können von Demokratie- und Sozialabbau, Militarisierung im Land und die Massen auf „Kriegstüchtigkeit“ einschwören zu können. Spätestens da sollten die Menschen aufwachen.

Lassen wir uns nicht manipulieren. Gehen wir der Bundesregierung und ihren Medien nicht auf den Leim. Vergessen wir nicht, wo die wirklichen Ursachen des Sozialabbaus und der Militarisierung des Lebens, von Kriegen, Elend, Hunger, Armut und Faschismus zu finden sind. Vergessen wir nicht unsere Überzeugung, die auf Wissen und Erfahrung beruht - unsere Überzeugung, daß es eine vom Wesen her konsequent antifaschistische, eine gerechtere, friedliche, menschlichere Gesellschaftsordnung gibt als den Kapitalismus und vermitteln wir diese der jungen Generation!

**Bernd Gnant, Kühlungsborn**

## Eine Ausstellung bekennt Farbe - Einladung zur Vernissage

In der letzten Zeit erleben wir eine bedrohliche Entsolidarisierung unserer Gesellschaft, und die Gefahr immer neuer Kriege wächst. Dagegen möchte ich, trotz allem, optimistisch, mit Fantasie und künstlerischer Kraft Zeichen setzen.

Interessenten lade ich sehr herzlich zur Vernissage meiner Kunstaussstellung

## „Der Wind schläft nicht auf den Dächern“

am **19. April 2024** um 19 Uhr in der Galerie der Naturfreunde Berlin, Paretzer Straße 7, 10713 Berlin, ein. Laudatio: Uwe Hicksch / Musik: Pablo Mirò

Meine Bilder entstehen aus Reflektionen aktueller Ereignisse und meinem Engagement für ein friedliches Miteinander der Menschen. Der Wunsch nach einer besseren und gerechteren Welt, die Liebe zur Natur und der sorgsame Umgang mit ihr, sind Themen meiner Kunst. Meine Bildgestaltung verstehe ich als poetisch realistische Interpretationen wichtiger Erkenntnisse.





Glückwunschkarte zum Internationalen Frauentag  
Graphik: German A. Komlew (UdSSR, 1980) – Archiv W. Metzger



### „RotFuchs“ abonnieren einfach gemacht

Für den Bezug des RF  
als Printausgabe  
genügt ein Anruf bei

Rainer Behr: 030-98 38 98 30  
Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73

oder die formlose Bestellung  
per E-Mail:

[vertrieb@rotfuchs.net](mailto:vertrieb@rotfuchs.net)

Allen Mitstreiterinnen und  
Leserinnen des RF übermit-  
teln wir unseren herzlichen  
Gruß zum 8. März – dem  
internationalen Kampftag der  
Frauen.

**Redaktion und Vorstand**

## IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

#### Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.  
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

#### Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),  
Bruni Steiniger

#### Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“  
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin  
Tel. 0160 -238 30 85  
E-Mail: [rotfuchskessel@t-online.de](mailto:rotfuchskessel@t-online.de)

#### Layout:

Hinkelsteindruck, soz. GmbH

#### Herstellung:

Druckerei Gottschalk

#### Internet:

[www.rotfuchs.net](http://www.rotfuchs.net)

**Redaktionsschluß für die übernächste  
Ausgabe ist der 28. eines Monats.**

ISSN (Print) 2628-7900

ISSN (Online) 2628-7897

#### Autorenkreis:

Joachim Augustin  
Dr. Matin Baraki  
Ralph Dobrawa  
Dr. Peter Elz  
Peter Franz  
Dr. h.c. Gerhard Giese  
Georges Hallermayer  
Helmuth Hellge  
Wolfgang Herrmann (Dreesch)  
Dr. Ralf Hohmann  
Lutz Jahoda  
Rico Jalowietzki

Uli Jeschke  
Dr. Hans-Jürgen Joseph  
Dr. Kurt Laser  
Prof. Dr. Anton Latzo  
Dr. Holger Michael  
Horst Neumann  
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)  
Hans Schoenefeldt  
Johann Weber  
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)  
Edda Winkel

#### Künstlerische Mitarbeit:

Renate Aulfes  
Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

#### Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,  
12504 Berlin, Tel. 030 -983 898 30  
[vertrieb@rotfuchs.net](mailto:vertrieb@rotfuchs.net)

#### Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,  
10123 Berlin, Tel. 030 -241 26 73  
[WDockhorn@t-online.de](mailto:WDockhorn@t-online.de)

#### Finanzen:

RotFuchs-Förderverein e.V.  
c/o Gabriele Parakeninks  
Postfach 520 223, 12592 Berlin  
Mail: [parakeninks@rotfuchs.net](mailto:parakeninks@rotfuchs.net)  
Tel. 0151/68 51 51 56

#### Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein  
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00  
BIC: BELADEBEXXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.